



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

3

# Voranschlag

Zusatzerläuterungen  
und Statistik

2013

## **Impressum**

### **Redaktion**

Eidg. Finanzverwaltung  
Internet: [www.efv.admin.ch](http://www.efv.admin.ch)

### **Vertrieb**

BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3003 Bern  
[www.bbl.admin.ch/bundespublikationen](http://www.bbl.admin.ch/bundespublikationen)  
Art.-Nr. 601.200.13d

# INHALTSÜBERSICHT

- Band 1 Bericht zum Voranschlag**  
Kommentar zum Voranschlag  
Voranschlag  
Kennzahlen des Bundes  
Entwurf zum Bundesbeschluss über den Voranschlag für das Jahr 2013
- Band 2A Voranschlag der Verwaltungseinheiten – Zahlen**  
Voranschlagskredite und Ertragspositionen  
Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen
- Band 2B Voranschlag der Verwaltungseinheiten – Begründungen**  
Voranschlagskredite und Ertragspositionen  
Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen  
Zusätzliche Informationen zu den Krediten
- Band 3 Zusatzerläuterungen und Statistik**  
Zusatzerläuterungen  
Statistik
- Band 4 Sonderrechnungen**  
Fonds für die Eisenbahngrossprojekte  
Infrastrukturfonds  
Bereich der Eidgenössischen Technischen Hochschulen  
Eidgenössische Alkoholverwaltung
- Band 5 Finanzplan 2014–2016**  
Zahlen im Überblick  
Ausgangslage, Strategie und Ergebnisse  
Finanzplan 2014–2016  
Anhang

## Aufbau der Finanzberichterstattung

*Band 1* informiert in konzentrierter Form über die finanzielle Lage des Bundeshaushalts. Der Anhang liefert wesentliche Zusatzinformationen für die Beurteilung des Zahlenwerks.

In *Band 2* werden alle Informationen im Zusammenhang mit den Voranschlagskrediten und Ertrags- bzw. Einnahmenpositionen ausgewiesen. Im Unterschied zu den Bänden 1 und 3 sind in den Zahlen die Aufwände und Erträge aus der Leistungsverrechnung zwischen den Verwaltungseinheiten enthalten. Band 2A enthält die Zahlen, Band 2B die Begründungen.

*Band 3* geht im Kapitel «Zusatzerläuterungen» vertiefend auf einzelne Einnahmen- und Ausgabenpositionen ein, stellt Sensitivitätsanalysen für unterschiedliche Konjunkturszenarien dar

und erläutert Querschnittsfunktionen (Personal, Informations- und Kommunikationstechnologien, Bundestresorerie sowie die FLAG-Steuerung). Der Statistikteil zeigt detaillierte Finanzinformationen im Mehrjahresvergleich.

*Band 4* enthält die Sonderrechnungen, welche ausserhalb der Bundesrechnung (Bände 1–3) geführt werden.

*Band 5* zeigt die Entwicklung des Haushalts in den Finanzplanjahren. Die wesentlichen Aussagen finden sich im eigentlichen Berichtsteil. Der Anhang enthält weitergehende Informationen mit standardisierte Übersichten über die wichtigsten Einnahmenpositionen und Aufgabengebiete.



**Zusatzerläuterungen und Statistik**

Seite

<b>Zusatzerläuterungen</b>	<b>7</b>
<b>1 Zusätzliche Erläuterungen zu ausgewählten Einnahmen</b>	<b>9</b>
11 Direkte Bundessteuer	10
12 Verrechnungssteuer	12
13 Stempelabgaben	15
14 Mehrwertsteuer	17
15 Mineralölsteuer	18
16 Schwerkverkehrsabgabe	19
17 Kapitaleinlageprinzip als Teil der Unternehmenssteuerreform II	20
<b>2 Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten</b>	<b>23</b>
21 Soziale Wohlfahrt	25
22 Finanzen und Steuern	27
23 Verkehr	29
24 Bildung und Forschung	31
25 Landesverteidigung	33
26 Landwirtschaft und Ernährung	34
27 Beziehungen zum Ausland – Internationale Zusammenarbeit	35
28 Übrige Aufgabengebiete	36
<b>3 Haushaltsrisiken / Alternativszenarien</b>	<b>37</b>
31 Haushaltsrisiken	37
32 Alternativszenarien	41
<b>4 Querschnittsfunktionen</b>	<b>43</b>
41 Personal	43
42 Informations- und Kommunikationstechnologien IKT	45
43 Bundestresorerie	48
44 Beratung und Auftragsforschung	49
<b>5 Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget FLAG</b>	<b>51</b>
<b>6 Vergleich Finanzierungs- und Erfolgsrechnung</b>	<b>53</b>
<b>7 Leistungsverrechnung zwischen Verwaltungseinheiten</b>	<b>55</b>
<b>Statistik</b>	<b>57</b>
<b>A Übersicht</b>	<b>59</b>
A01 Rechnungsabschlüsse des Bundes (ordentlicher Haushalt)	59
A02 Ausserordentlicher Haushalt (Finanzierungsrechnung)	60
A03 Vorgaben der Schuldenbremse	61
<b>B Finanzierungsrechnung</b>	<b>63</b>
Einnahmen nach Kontengruppen	
B11 Einnahmen nach Kontengruppen	63
B12 Entwicklung der Einnahmen nach Kontengruppen	64
B13 Struktur der Einnahmen nach Kontengruppen	65
Ausgaben nach Kontengruppen	
B21 Ausgaben nach Kontengruppen	66
B22 Entwicklung der Ausgaben nach Kontengruppen	68
B23 Struktur der Ausgaben nach Kontengruppen	70



	Seite
Ausgaben nach Aufgabengebieten	
B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten	72
B32 Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten	74
B33 Struktur der Ausgaben nach Aufgabengebieten	76
B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2013/2012	78
Ausgaben und Einnahmen zweckgebundener Fonds	
B41 Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	80
B42 Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital	82
B43 Spezialfinanzierung Strassenverkehr	83
<b>C Erfolgsrechnung</b>	<b>85</b>
C01 Ertrag nach Kontengruppen	85
C02 Aufwand nach Kontengruppen	86
C03 Entwicklung von Ertrag und Aufwand nach Kontengruppen	88
C04 Struktur von Ertrag und Aufwand nach Kontengruppen	89
C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2013/2012	90



## ZUSATZERLÄUTERUNGEN





**Entwicklung der Einnahmen nach Kontengruppen**

Mio. CHF	Rechnung	Voranschlag	Voranschlag	Differenz zu VA 2012	
	2011	2012	2013	absolut	%
<b>Ordentliche Einnahmen</b>	<b>64 245</b>	<b>64 117</b>	<b>64 479</b>	<b>363</b>	<b>0,6</b>
<b>Fiskaleinnahmen</b>	<b>58 996</b>	<b>59 914</b>	<b>60 474</b>	<b>560</b>	<b>0,9</b>
Direkte Bundessteuer	17 891	18 759	18 993	234	1,2
Verrechnungssteuer	4 861	4 186	4 811	625	14,9
Stempelabgaben	2 857	2 445	2 200	-245	-10,0
Mehrwertsteuer	21 642	22 550	22 630	80	0,4
Übrige Verbrauchssteuern	7 341	7 435	7 398	-37	-0,5
Mineralölsteuer	5 020	5 090	4 985	-105	-2,1
Tabaksteuer	2 208	2 233	2 301	68	3,0
Biersteuer	113	112	112	0	0,0
Verkehrsabgaben	2 323	2 323	2 326	3	0,1
Automobilsteuer	408	370	375	5	1,4
Nationalstrassenabgabe	360	353	371	18	5,1
Schwerverkehrsabgabe	1 555	1 600	1 580	-20	-1,3
Zölle	1 046	1 060	995	-65	-6,1
Spielbankenabgabe	376	395	380	-15	-3,8
Lenkungsabgaben	660	761	738	-23	-3,0
Übrige Fiskaleinnahmen	–	–	3	3	–
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>1 410</b>	<b>924</b>	<b>907</b>	<b>-17</b>	<b>-1,8</b>
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	269	275	248	-27	-9,7
Gewinnausschüttung SNB	833	333	333	0	0,0
Zunahme des Münzumschs	54	87	91	3	3,9
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	221	196	203	7	3,5
Übrige Regalien und Konzessionen	33	33	32	0	-0,9
<b>Finanzeinnahmen</b>	<b>1 601</b>	<b>1 337</b>	<b>1 137</b>	<b>-200</b>	<b>-15,0</b>
Zinseinnahmen	369	496	269	-227	-45,8
Beteiligungseinnahmen	838	840	867	27	3,2
Übrige Finanzeinnahmen	395	1	1	0	-30,2
<b>Übrige laufende Einnahmen</b>	<b>1 645</b>	<b>1 691</b>	<b>1 750</b>	<b>59</b>	<b>3,5</b>
Entgelte	1 200	1 247	1 282	35	2,8
Wehrpflichtersatzabgabe	157	170	170	0	0,0
Gebühren	225	244	240	-4	-1,7
Rückerstattungen	132	116	124	8	7,1
EU Zinsbesteuerung	97	135	141	6	4,2
Übrige Entgelte	588	581	607	25	4,3
Verschiedene Einnahmen	445	443	468	24	5,5
<b>Investitionseinnahmen</b>	<b>593</b>	<b>252</b>	<b>212</b>	<b>-40</b>	<b>-15,9</b>

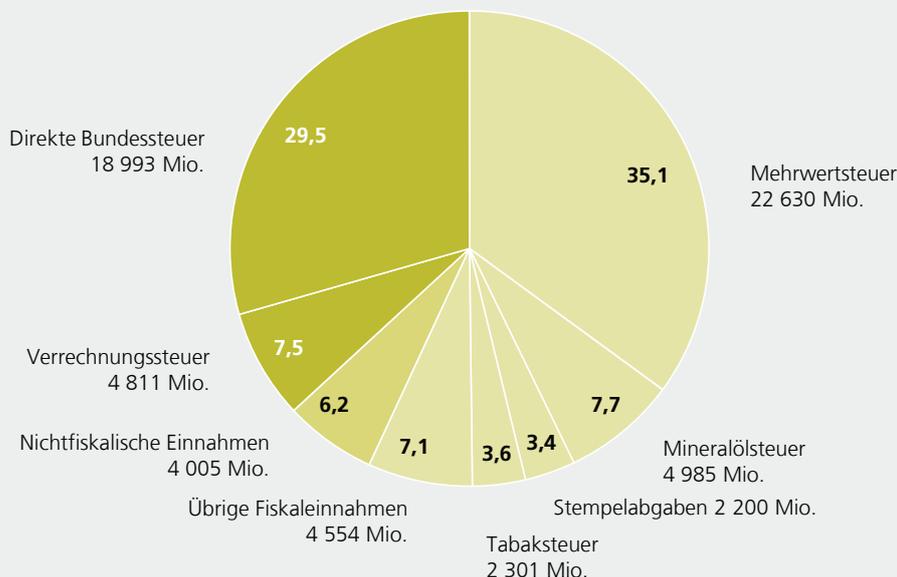
Die Bedeutung der verschiedenen Bundeseinnahmen illustriert die Grafik auf der nächsten Seite:

- *Mehrwertsteuer (35%) und direkte Bundessteuer (29%)* sind die wichtigsten Einnahmenquellen des Bundes. Sie machen zusammen rund zwei Drittel der Einnahmen aus. Ihre Anteile an den Gesamteinnahmen haben sich im Vergleich zum Vorjahr wenig geändert.
- *Mineralölsteuer (8%) und Verrechnungssteuer (7%)* entwickeln sich in der Tendenz gegenläufig. Die Mineralölsteuer dürfte in Zukunft wegen effizienteren Treibstoffmotoren sinken. Die Verrechnungssteuer zeigte in den letzten Jahren ein starkes Wachstum; die neue Schätzmethode trägt dem Rechnung. Der Anteil der Verrechnungssteuer steigt im Vergleich zum Vorjahresbudget um 0,9 Prozentpunkte.

- *Tabaksteuer (4%) und Stempelabgaben (3%)*: Aufgrund des sinkenden Konsums gehen die Einnahmen aus der Tabaksteuer tendenziell zurück. Für 2013 ist jedoch eine Steuererhöhung geplant. Bei den Stempelabgaben wurde die Emissionsabgabe auf Fremdkapital per 1.3.2012 abgeschafft. Aufgrund der unterjährigen Abschaffung fallen auch 2013 noch Minder-einnahmen an; der Anteil der Stempelabgaben sinkt deshalb um 0,4 Prozentpunkte.
- Die übrigen Einnahmen sind im Einzelnen von untergeordneter Bedeutung, in der Summe dennoch gewichtig: Übrige Fiskaleinnahmen (7%), Nichtfiskalische Einnahmen (6%).

Im Folgenden werden einige ausgewählte Einnahmen detaillierter kommentiert. Das Sonderkapitel (vgl. Ziff. 17) ist dem Kapitaleinlagenprinzip gewidmet, welches mit der Unternehmenssteuerreform II eingeführt wurde.

**Struktur der Einnahmen 2013** in %  
Ordentliche Einnahmen



## 11 Direkte Bundessteuer

Mio. CHF	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Voranschlag 2013	Differenz zu VA 2012 absolut	%
<b>Direkte Bundessteuer</b>	<b>17 891</b>	<b>18 759</b>	<b>18 993</b>	<b>234</b>	<b>1,2</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	27,8	29,3	29,5		
Steuer auf Reinertrag juristischer Personen	8 396	9 272	9 047	-225	-2,4
Steuer auf Einkommen natürlicher Personen	9 665	9 667	10 126	459	4,7
Pauschale Steueranrechnung	-170	-180	-180	0	0,0

Die direkte Bundessteuer wird auf dem Einkommen natürlicher Personen sowie auf dem Reingewinn juristischer Personen erhoben. Bei der Schätzung der Einnahmen der natürlichen Personen werden die Einkommen der Haushalte als Grundlage verwendet, bei den juristischen Personen die geschätzten steuerbaren Unternehmensgewinne. In beiden Fällen muss auch die zeitliche Verzögerung berücksichtigt werden, die sich aus dem Veranlagungs- und Bezugsverfahren ergibt.

Das Voranschlagsjahr 2013 ist das «Hauptfälligkeitsjahr» der Steuerperiode 2012: Auf dem im Jahr 2012 erwirtschafteten Einkommen oder Gewinn werden die Steuern im Jahr 2013 fällig.

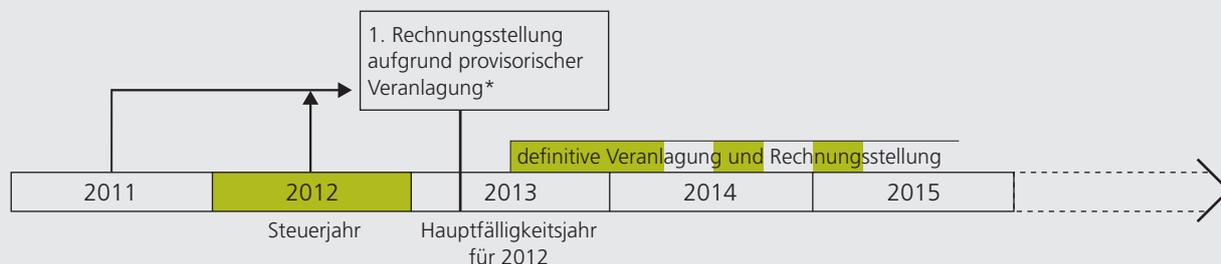
Im Frühjahr 2013 wird grundsätzlich die Steuerschuld für die abgelaufene Steuerperiode 2012 erstmals in Rechnung gestellt. Diese Rechnung beruht jedoch noch auf einer provisorischen Veranlagung, in der Regel gestützt auf die Steuererklärung des Vorjahres (vgl. Schema). Die Steuerpflichtigen können aber der

Steuerbehörde Änderungen in ihrer Einkommenssituation frühzeitig melden, damit dies bei der provisorischen Veranlagung berücksichtigt wird. Das Veranlagungs- und Bezugsverfahren

führt zu einer effektiven Verzögerung von mindestens ein bis zwei Jahren zwischen der Erwirtschaftung eines Einkommens oder Unternehmensgewinns durch den Steuerpflichtigen und der Verbuchung einer daraus entstehenden Einnahme durch den Bund.

Zahlungen können sich über mehrere Jahre erstrecken und führen somit beim Bund auch zu «Eingängen aus früheren Perioden». Die definitive Veranlagung für das Steuerjahr 2012 liegt auch bei der Fälligkeit der Steuerschuld des darauf folgenden Steuerjahres 2013 (per 31.3.2014) nicht in jedem Fall vor; im nachfolgenden Schema ist dies durch die zeitliche Streckung der Zeitspanne für die definitive Veranlagung dargestellt.

### Direkte Bundessteuer: Veranlagungsverfahren



\* Die provisorische Veranlagung erfolgt zum Grossteil noch aufgrund der Angaben über die Einkommenslage von 2011. Die Steuererklärung über die im Jahr 2012 erwirtschafteten Einkommen wird erst im späteren Verlauf von 2013 (oder im Jahr 2014) ausgewertet.

Schlussendlich vereinnahmt der Bund auch «vorzeitig fällige Beträge», z.B. in Form von Quellensteuern oder ratenweisen Vorauszahlungen. Die Bedeutung der bereits frühzeitig entrichteten Steuern hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Dafür verantwortlich ist der vermehrte Einsatz des ratenweisen Vorausbezugs in den Kantonen. Dadurch erhalten die Steuerpflichtigen die Möglichkeit, ihre Steuerrechnung für ein bestimmtes Steuerjahr bereits im selben Kalenderjahr zu begleichen. Das System des ratenweisen Vorausbezugs wurde bis anhin in den Kantonen Waadt, Genf, Freiburg sowie zuletzt im Kanton Jura eingeführt. In der Folge hat sich die beschriebene Verzögerung beim Veranlagungs- und Bezugsverfahren in den letzten Jahren deutlich verkürzt.

So beliefen sich die vorzeitig fälligen Beträge im Rechnungsjahr 2007 noch auf rund 300 Millionen. Dieser Betrag hat sich innerhalb von vier Jahren auf 1,8 Milliarden versechsfacht und somit

zu einer wesentlichen Komponente der direkten Bundessteuer entwickelt. Im Voranschlagsjahr wird davon ausgegangen, dass sich das Wachstum der vorzeitig fälligen Beträge wieder normalisiert. Einerseits dürfte der Durchdringungsgrad bei den Steuerzahlern bereits relativ hoch sein und andererseits stehen zur Zeit keine weiteren Kantone vor der Einführung des ratenweisen Vorausbezugs. Konkret wird im Voranschlag 2013 im Vergleich zur aktuellen Schätzung für das laufende Jahr mit einem Wachstum der vorzeitig fälligen Beträge von 5 Prozent oder rund 90 Millionen gerechnet.

Die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer stehen dem Bund nicht vollumfänglich zur Verfügung. 17 Prozent oder 3,3 Milliarden der gesamten Erträge der natürlichen und juristischen Personen (vor Abzug der pauschalen Steueranrechnung von 180 Mio.) gehen an die Kantone.

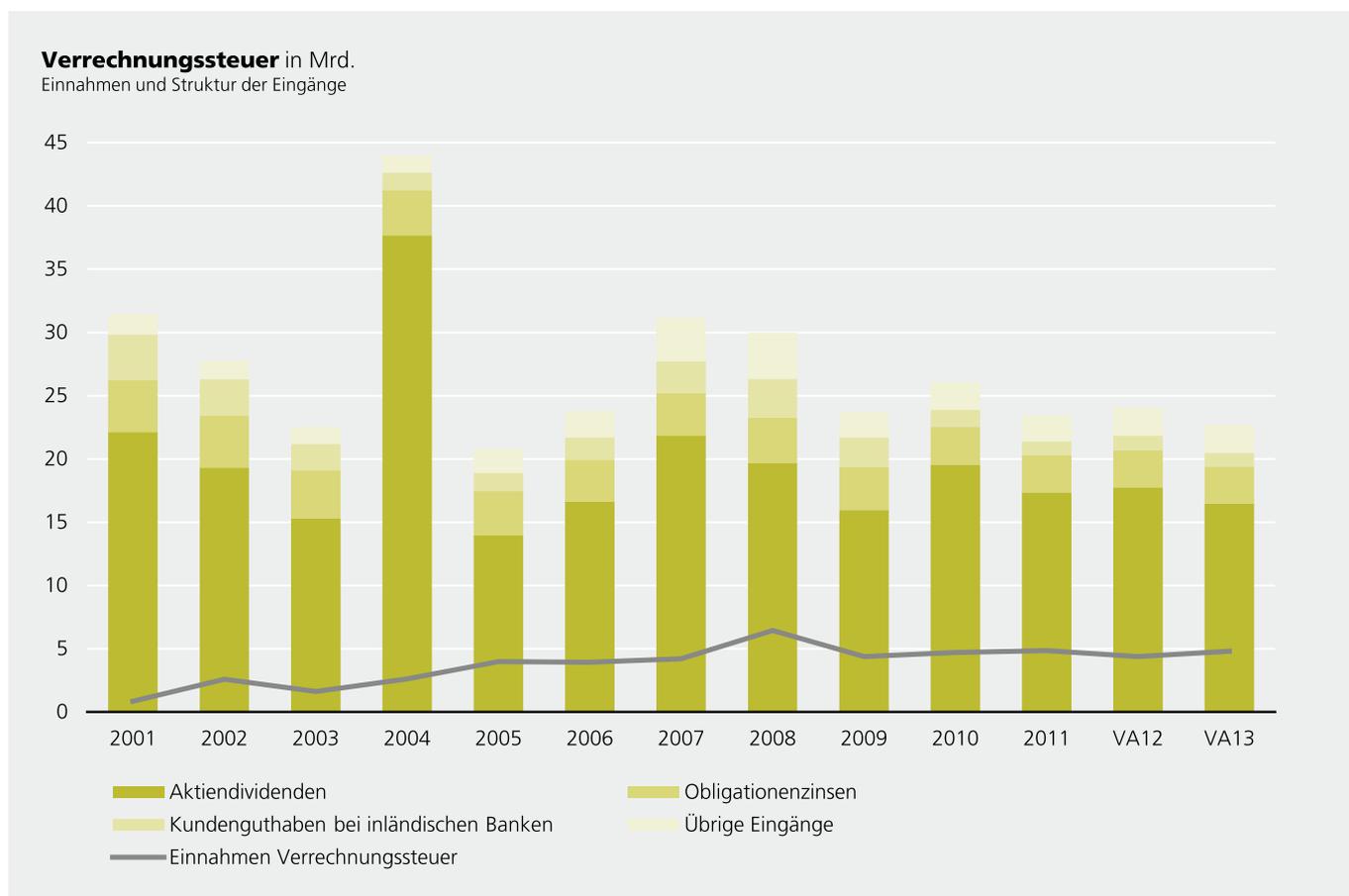
## 12 Verrechnungssteuer

Mio. CHF	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Voranschlag 2013	Differenz zu VA 2012	
				absolut	%
<b>Verrechnungssteuer</b>	<b>4 861</b>	<b>4 186</b>	<b>4 811</b>	<b>625</b>	<b>14,9</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	7,6	6,5	7,5		
Verrechnungssteuer (Schweiz)	4 849	4 175	4 800	625	15,0
Steuerrückbehalt USA	11	11	11	0	0,0

Der Ertrag der Verrechnungssteuer verzeichnet aufgrund zyklischer Schwankungen, einmaliger Faktoren gesetzlicher oder rechnerischer Natur oder aufgrund anderer, kaum quantifizierbarer und von Natur aus unvorhersehbarer Sonderfaktoren eine ausgeprägte *Volatilität*. Ein weiterer Grund für die Fluktuationen besteht darin, dass sich der Ertrag aus der *Differenz* zwischen den Steuereingängen und den Rückerstattungen ergibt (siehe Grafik). Eine genaue Schätzung des zukünftigen Ertrags ist demzufolge nicht möglich. Aus diesen Gründen wurde im Budget von 2005 bis 2011 jeweils anstelle einer Punktschätzung ein langjähriger Durchschnittsbetrag eingesetzt. Dieser Durchschnitt wurde jedoch regelmässig übertroffen. Für den Voranschlag 2012

und erneut 2013 wurde der Ertrag dieser Steuer mit der *exponentiellen Glättungsmethode* veranschlagt, die aufgrund der letzten Ergebnisse geeigneter scheint.

Nach diesen Berechnungen beläuft sich die Schätzung für das laufende Geschäftsjahr 2012 auf 4,65 Milliarden anstelle der 4,2 Milliarden im Budget. Die Differenz ist darauf zurückzuführen, dass die Schätzung das hohe Niveau berücksichtigt, das 2011 erreicht wurde und das bei der Erstellung des Voranschlags 2012 noch nicht bekannt war. Die Schätzung für 2013 beträgt 4,8 Milliarden und folgt damit der sich in den letzten Jahren abzeichnenden Grundtendenz.



### Inadäquate Punktschätzung

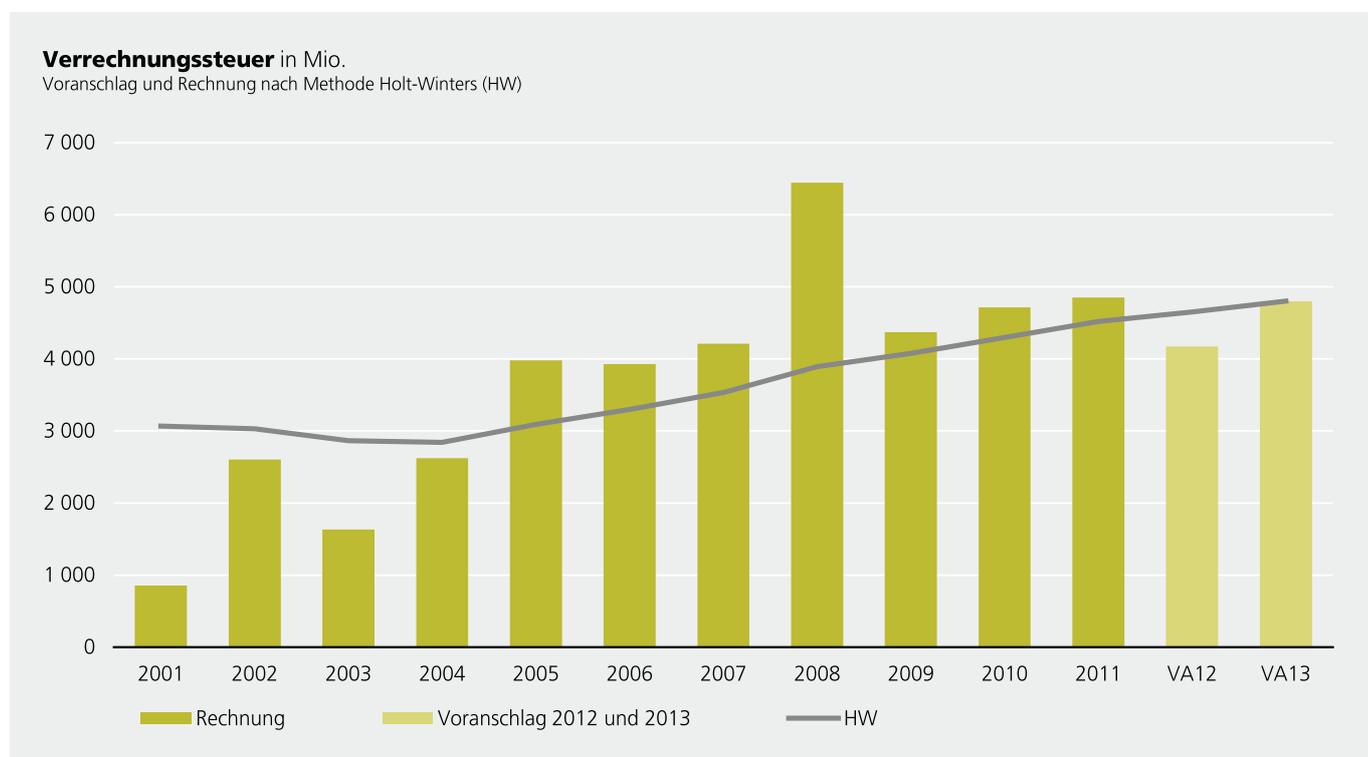
Die Gründe, weshalb seit Jahren auf eine punktuelle Schätzung verzichtet wurde, treffen angesichts der Besonderheiten der Verrechnungssteuer und der Anforderungen der Schuldenbremse immer noch zu.

- Erstens ist immer noch sehr unsicher, wie hoch der Verrechnungssteuerertrag für ein bestimmtes Jahr ausfallen wird. Die Eingänge waren auch in den vergangenen Jahren sehr *volatil* und stiegen 2008 auf einen historischen Wert. Nachdem sie 2007 bei rund 4 Milliarden lagen, erreichten sie im Jahr darauf 6,4 Milliarden (+53 % innerhalb eines Jahres), und sanken 2009 wieder auf 4,4 Milliarden.
- Ausserdem erweist sich die Volatilität dieser Steuer im Kontext der *Schuldenbremse* als problematisch, weil die höchstzulässigen Ausgaben direkt vom Einnahmenniveau abhängen, das um den Faktor *k* korrigiert wird (vgl. Band 1, Ziff. 22). Der Faktor *k* vermag die starken Schwankungen der Verrechnungssteuer jedoch nicht auszugleichen, weil er nur konjunkturell bedingte Schwankungen vermindern kann. Es braucht demnach eine glättende Schätzmethode, um zu vermeiden, dass sich diese starken Schwankungen dieser Steuer in den jährlichen Ausgaben niederschlagen.

### Schätzung mit exponentieller Glättung

Ab dem Voranschlag 2012 fiel die Wahl deshalb auf die robuste Holt-Winters-Methode, die folgende Merkmale aufweist:

- Zunächst erlaubt diese Methode eine Begrenzung des Einflusses der sogenannten *Ausreisser*, welche die ganze Prognose verfälschen. Der jährliche Ertrag der Verrechnungssteuer weist effektiv extreme Werte innerhalb einer Spannweite von 853 Millionen im Jahr 2001 und 6,4 Milliarden 2008 auf. Deswegen braucht es eine spezifische Glättungstechnik wie diejenige, die bei der Holt-Winters-Methode verwendet wird. So kann trotz der grossen Volatilität des Ertrags der Verrechnungssteuer eine «robuste» Prognose erstellt werden. Damit lassen sich in Zukunft starke jährliche Schwankungen der veranschlagten Einnahmen und eine damit einhergehende, durch die Vorgaben der Schuldenbremse bedingte inadäquate Ausgabenpolitik verhindern.



- Schliesslich nimmt diese Methode eine *exponentielle Glättung* vor, welche die jüngsten Ergebnisse stärker gewichtet als die weiter zurückliegenden. Mit anderen Worten beruht die Prognose auf dem Prinzip, den Ergebnissen umso weniger Einfluss einzuräumen, je älter sie sind. Dieser Einfluss nimmt exponentiell ab. Konkret ist eine Schätzung, die mit Hilfe einer solchen Glättungstechnik erstellt wurde, reaktiver als eine Schätzung, die auf einem arithmetischen Mittel oder einem mobilen Durchschnitt beruht. Sie eignet sich deshalb besser für die Einschätzung zukünftiger Entwicklungen einer Einnahme, deren Ertragsniveau manchmal brüsklen Schwankungen oder sogar plötzlichen Trendwenden unterliegt.
- Die Holt-Winters-Methode erlaubt zudem die Berücksichtigung eines allfälligen *Trendeffekts*. Die in den vergangenen Jahren beobachtete Ertragsentwicklung bei der Verrechnungssteuer lässt auf eine steigende Grundtendenz schliessen, die in der Schätzung berücksichtigt werden sollte.

#### **Konfiguration der Schätzung**

Die Schätzperiode erstreckt sich über die zwanzig letzten bekannten Jahresergebnisse. Für den Voranschlag 2013 sind dies die Ergebnisse der Jahre 1992 bis 2011.

Für 2013 besteht die die Prognose für das letzte bekannte Jahr aus dem geglätteten Wert, der mit der Holt-Winters-Methode errechnet wurde (d.h. 4,5 Mrd. für 2011), plus einem Betrag für die Jahre 2012 und 2013, der der geschätzten jährlichen Zunahme entspricht. Da die Glättung gestützt auf die aktuellen Daten eine jährliche Zunahme von rund 3,2 Prozent ergibt, berücksichtigt die Schätzung für 2013 eine Zunahme von 150 Millionen (siehe Grafik).

Das solcherart ermittelte Ergebnis wird nicht um die für die nächsten Jahre erwarteten *Sonderfaktoren* wie beispielsweise die Folgen der Einführung des Kapitaleinlageprinzips oder der Steuerabkommen mit Deutschland, Grossbritannien und Österreich korrigiert. Jeder Einzelfaktor ist damit nur noch einer von vielen Sonderfaktoren, welche oft nicht voraussehbar sind. Zwar mag sich ihre jeweilige Auswirkung im Nachhinein als bedeutsam erweisen, doch im Voraus ist sie kaum quantifizierbar. Hingegen werden die Sonderfaktoren wegen der regelmässigen Aktualisierung der für die Berechnung benützten Zeitreihe gleich nach Bekanntgabe eines neuen Jahresergebnisses die zukünftigen Schätzungen sukzessive beeinflussen.

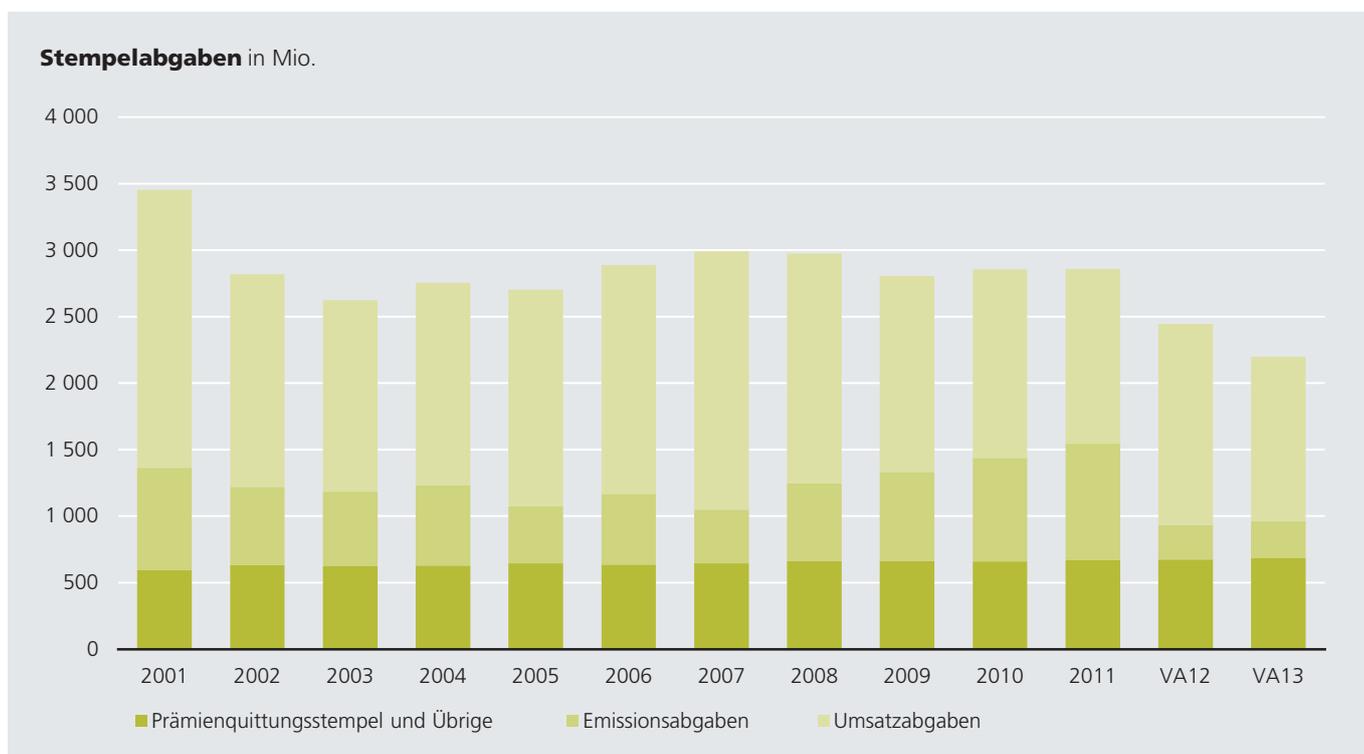
### 13 Stempelabgaben

Mio. CHF	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Voranschlag 2013	Differenz zu VA 2012	
				absolut	%
<b>Stempelabgaben</b>	<b>2 857</b>	<b>2 445</b>	<b>2 200</b>	<b>-245</b>	<b>-10,0</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	4,4	3,8	3,4		
<b>Emissionsabgabe</b>	<b>874</b>	<b>260</b>	<b>275</b>	<b>15</b>	<b>5,8</b>
<b>Umsatzabgabe</b>	<b>1 312</b>	<b>1 510</b>	<b>1 240</b>	<b>-270</b>	<b>-17,9</b>
Inländische Wertpapiere	192	260	190	-70	-26,9
Ausländische Wertpapiere	1 120	1 250	1 050	-200	-16,0
<b>Prämienquittungsstempel und Übrige</b>	<b>671</b>	<b>675</b>	<b>685</b>	<b>10</b>	<b>1,5</b>

Die *Stempelabgaben* werden erhoben auf der Emission von Aktien und anderen inländischen Beteiligungsrechten, dem Handel mit inländischen und ausländischen Wertpapieren sowie auf bestimmten Versicherungsprämien. Die Stempelabgaben schwankten in den vergangenen Jahren stark. Beeinflusst werden sie insbesondere von der Konjunkturentwicklung im In- und Ausland, vor allem von der Zahl neuer oder expandierender Gesellschaften sowie in noch grösserem Ausmass von der äusserst volatilen Entwicklung des Börsengeschehens. Ferner prägten sie auch die zahlreichen Gesetzesänderungen namentlich im Bereich der Umsatzabgabe im Hinblick auf die Globalisierung der Börsengeschäfte und die Konkurrenz der ausländischen Börsen. Ausserdem wurde die Emissionsabgabe auf der Emission von Fremdkapital im Rahmen der neuen Grossbankenregelung «too big to fail» per 1.3.2012 aufgehoben.

#### Emissionsabgabe

2013 wird sich die Aufhebung der Emissionsabgabe auf der Emission von Fremdkapital zum ersten Mal auf das ganze Jahr auswirken. Daraus werden deutliche Mindereinnahmen gegenüber dem besonders hohen Niveau von 2011 resultieren (596 Mio., wobei in diesem Betrag die Abgaben der Bundestresorerie im Rahmen ihrer Mittelbeschaffung am Kapitalmarkt enthalten sind). Nach der Befreiung wird die Emissionsabgabe nur noch auf der Schaffung von Eigenkapital, d.h. im Wesentlichen Aktienkapital erhoben. Der Voranschlag geht von der Annahme aus, dass sich der Emissionsertrag 2013 im ähnlichen Rahmen wie der für 2012 erwartete Betrag bewegen und gegenüber dem 2011 verzeichneten Wert kaum verändern wird.



### **Umsatzabgabe**

Die Umsatzabgabe wird zum grössten Teil auf den Börsengeschäften erhoben. Ihr Ertrag unterliegt somit den naturgemäss unvorhersehbaren Schwankungen der Aktienmärkte. Ausserdem ist sie den Folgen der Strukturanpassungen im Angebot an Finanzprodukten und in den Anlagestrategien der Investoren ausgesetzt.

Über 80 Prozent des Ertrags aus den Umsatzabgaben entfallen auf Börsengeschäfte mit ausländischen Wertpapieren, der Rest entfällt auf den Handel mit inländischen Titeln. Seit dem Sommer 2007 beeinträchtigen die Finanzmarktkrise, die nachfolgende Rezession und in jüngster Zeit die Schuldenkrise in Europa die Entwicklung der Stempelabgaben. Zunächst profitierte der Ertrag aus der Umsatzabgabe von Portfeuilleumschichtungen. Danach verzeichnete er aufgrund des weltweiten Kurseinbruchs an den Börsen einen deutlichen Rückgang. Dieses Jahr wird wegen der schlechteren Wirtschaftslage in zahlreichen Industrieländern und den Turbulenzen infolge der europäischen Schuldenkrise mit einem weiteren Rückgang gerechnet. Die für 2012 erwartete Umsatzabgabe (1,1 Mrd.) liegt deutlich unter dem Budgetwert.

Im Voranschlag 2013 wird im Zuge der erwarteten Erholung der Weltwirtschaft und entsprechend positiven Gewinnaussichten börsenkotierter Unternehmen von einer leichten Zunahme des Handelsvolumens an der Börse ausgegangen. Die Unsicherheit im Zusammenhang mit der starken Verschuldung im Euroraum und deren Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung werden die Börsenmärkte aber weiterhin belasten. Zudem werden die neuen Anlagemöglichkeiten in steuerbefreite Produkte das Wachstum der Erträge aus der Umsatzabgabe beschränken. Insgesamt geht der Voranschlag gegenüber dem tiefen Einnahmenniveau, das für 2012 erwartet wird (1,1 Mrd.), von einer sehr beschränkten Zunahme bei den Einnahmen aus der Umsatzabgabe aus. Der 2011 verzeichnete Wert wird nicht erreicht.

### **Prämienquittungsstempel**

Die Einnahmen aus dem Prämienquittungsstempel stiegen in den letzten Jahren insgesamt kaum. 2011 reichte die Zunahme in gewissen Versicherungssparten gerade aus, um den Rückgang auf den Prämien der Lebensversicherungen auszugleichen. Für 2013 wird von der Annahme ausgegangen, dass diese Einnahmen insgesamt nahe beim für 2012 budgetierten Wert zu liegen kommen werden.

## 14 Mehrwertsteuer

Mio. CHF	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Voranschlag 2013	Differenz zu VA 2012 absolut	%
<b>Mehrwertsteuer</b>	<b>21 642</b>	<b>22 550</b>	<b>22 630</b>	<b>80</b>	<b>0,4</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	33,7	35,2	35,1		
<b>Allgemeine Bundesmittel</b>	<b>16 837</b>	<b>17 350</b>	<b>17 430</b>	<b>80</b>	<b>0,5</b>
<b>Zweckgebundene Mittel</b>	<b>4 805</b>	<b>5 200</b>	<b>5 200</b>	<b>0</b>	<b>0,0</b>
Krankenversicherung 5%	889	920	920	0	0,0
MWST-Prozent für die AHV (83%)	2 269	2 340	2 340	0	0,0
Bundesanteil am AHV-Prozent (17%)	465	480	480	0	0,0
MWST-Zuschlag 0.4% für die IV	863	1 130	1 130	0	0,0
Einlage in den Fonds für Eisenbahngrossprojekte	320	330	330	0	0,0

Der Mehrwertsteuer unterliegen Lieferungen von Gegenständen und Dienstleistungen, die ein Unternehmen im Inland gegen Entgelt erbringt (einschliesslich Eigenverbrauch), sowie die Einfuhr von Gegenständen und der Bezug von Dienstleistungen von Unternehmen mit Sitz im Ausland. Abrechnungspflichtig sind grundsätzlich selbständige Leistungserbringer, die einen Umsatz von jährlich mehr als 100 000 Franken aus steuerbaren Leistungen erzielen. Sie haben die Steuer auf dem Bruttoentgelt zu entrichten. Andererseits dürfen sie in ihrer Abrechnung die Steuer abziehen, die auf den von ihnen selber bezogenen Gegenständen und Dienstleistungen lastet (Vorsteuerabzug).

Nicht alle Leistungen werden gleich hoch besteuert. Für die meisten Lieferungen von Gegenständen und für nahezu alle Dienstleistungen gilt der Normalsatz von 8,0 Prozent. Waren des täglichen Bedarfs werden nur mit dem reduzierten Satz von 2,5 Prozent belastet. Beherbergungsleistungen unterliegen dem Sondersatz von 3,8 Prozent.

Eine Reihe von Leistungen sind von der Mehrwertsteuer ausgenommen, so namentlich in den Bereichen Gesundheit, Soziales, Bildung, Kultur, Geld- und Kapitalverkehr, Versicherungen, Vermietung von Wohnungen und Verkauf von Liegenschaften. Wer solche Leistungen erbringt, hat kein Anrecht auf Vorsteuerabzug.

Es besteht aber die Möglichkeit, gewisse ausgenommene Leistungen zu versteuern (Option). In diesem Fall gilt das Anrecht auf Vorsteuerabzug.

Die Einnamenschätzung für den Voranschlag 2013 stützt sich auf das prognostizierte Wachstum des nominellen Bruttoinlandprodukts (2,0 %) und die aktuelle Einnamenschätzung für das laufende Jahr (22,2 Mrd.) ab. Letztere fällt im Vergleich zum Voranschlagswert 2012 rund 350 Millionen tiefer aus. Das effektiv erwartete Einnamewachstum beträgt daher 2,2 Prozent. Das höhere Wachstum im Vergleich zum nominellen Bruttoinlandprodukt ist auf eine Änderung in der Kontierungspraxis zurückzuführen: Der Bundesanteil an den Bussen und Zinseinnahmen, welche im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuer erhoben werden, werden neu den Mehrwertsteuereinnahmen zugeordnet und nicht auf separaten Kontengruppen (Finanzeinnahmen sowie verschiedene Einnahmen) verbucht. Dadurch wird das Einnamewachstum um rund 50 Millionen verzerrt.

Bei den in der Tabelle aufgeführten Komponenten sind auch die Debitorenverluste enthalten. Insgesamt werden diese für 2013 auf 170 Millionen geschätzt. Aufwandseitig müssen zur Berechnung der jeweiligen Einnahmenanteile die Debitorenverluste anteilig abgezogen werden.

## 15 Mineralölsteuer

Mio. CHF	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Voranschlag 2013	Differenz zu VA 2012 absolut %	
<b>Mineralölsteuern</b>	<b>5 020</b>	<b>5 090</b>	<b>4 985</b>	<b>-105</b>	<b>-2,1</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	7,8	7,9	7,7		
Mineralölsteuer auf Treibstoffen	2 995	3 040	2 980	-60	-2,0
Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	2 006	2 030	1 985	-45	-2,2
Mineralölsteuer auf Brennstoffen und Übrige	19	20	20	0	0,0

Die wichtigsten Einflussfaktoren für den Ertrag aus den *Mineralölsteuern* sind der Fahrzeugbestand, die durchschnittliche jährliche Anzahl zurückgelegter Kilometer und der durchschnittliche Treibstoffverbrauch pro Kilometer.

- Der *Motorfahrzeugbestand* wuchs in den vergangenen Jahren stetig. So betrug die Zunahme im vergangenen Jahr rund 2,2 Prozent. Bei den Neuzulassungen wurde mit 420 900 Fahrzeugen ein neuer Rekordwert erreicht. Der Voranschlag 2013 unterstellt eine weitere Zunahme des Bestandes.
- Mit dem Fahrzeugbestand nahm auch die Anzahl der *zurückgelegten Kilometer* zu. Der Durchschnitt pro Fahrzeug war bei den Personenwagen allerdings in den vergangenen Jahren leicht rückläufig. Auch in dieser Hinsicht wird mit einer fortgesetzten Entwicklung gerechnet.
- Der *durchschnittliche Verbrauch* neuer Fahrzeuge ist im Allgemeinen geringer als derjenige der alten Fahrzeuge derselben Kategorie. Der durchschnittliche Treibstoffverbrauch sinkt seit längerem kontinuierlich. In den vergangenen zwei

Jahren ging der durchschnittliche Verbrauch weiter zurück. So sind bis im Jahr 2011 der durchschnittliche Verbrauch auf 6,39 l/100 km sowie die *CO<sub>2</sub>-Emissionen* im Mittel auf 155 g/km gesunken. Eine Fortsetzung dieses Trends wird auch für den Voranschlag 2013 unterstellt.

Auf der Basis der genannten Annahmen zu Fahrzeugbestand, Fahrleistung und Verbrauch sowie aufgrund des unterstellten Wirtschaftswachstums, wird zunächst mit einem moderaten Zuwachs der Mineralölsteuereinnahmen von 1 Prozent gegenüber dem Voranschlag 2012 gerechnet.

Ein wichtiger zusätzlicher Einflussfaktor ist die Änderung des Bundesgesetzes über die Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen (SR 641.71). Mit dieser Änderung orientieren sich die CO<sub>2</sub>-Emissionen von in der Schweiz neu immatrikulierten Personenwagen an den EU-Vorschriften und sind daher bis 2015 auf 130 g/km zu senken. Damit wird sich der Rückgang des durchschnittlichen Verbrauchs deutlich akzentuieren. Im Budgetjahr erreichen diese Mindereinnahmen bereits 85 Millionen, so dass insgesamt ein leichter Rückgang der Einnahmen um 2,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr resultiert.

## 16 Schwerverkehrsabgabe

Mio. CHF	Rechnung	Voranschlag	Voranschlag	Differenz zu VA 2012	
	2011	2012	2013	absolut	%
<b>Schwerverkehrsabgabe</b>	<b>1 555</b>	<b>1 600</b>	<b>1 580</b>	<b>-20</b>	<b>-1,3</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	2,4	2,5	2,5		
Einlage in den Fonds für Eisenbahngrossprojekte	805	752	932	180	23,9
Ungedeckte Kosten des Schwerverkehrs	206	283	90	-193	-68,2
Kantonsanteile	505	518	511	-7	-1,3
Übrige	39	47	46	0	-0,7

Die Einnahmen aus der Schwerverkehrsabgabe (LSVA) werden gegenüber dem Vorjahr um 1,3 Prozent tiefer veranschlagt. Allerdings zeigen die ersten Schätzungen für das laufende Jahr, dass der für 2012 veranschlagte Wert um 40 Millionen verfehlt werden dürfte. Die tieferen Einnahmen im Jahr 2012 sind vor allem auf die seit der Budgetierung eingetretene konjunkturelle Abkühlung sowie die raschere Fahrzeugparkerneuerung zurückzuführen. Weniger Einnahmen ergeben sich auch daraus, dass die Tarifierung an die Teuerung geringer ausfiel als ursprünglich erwartet. Zudem wurde die Umsetzung der Teuerungsanpassung auf Mitte Jahr verschoben und gleichzeitig der Rabatt für Fahrzeuge der Emissionsklasse EURO 6 eingeführt.

Die im Voranschlag 2013 eingestellten Einnahmen liegen um 20 Millionen (+1,3%) über der aktuellen Schätzung für 2012. Die Budgetierung beruht auf folgenden Annahmen:

- Zusätzliche Einnahmen sind in erster Linie konjunkturell bedingt. Nach der vorübergehenden Wachstumsverlangsamung wird für 2013 wieder mit einer kräftigeren Entwicklung gerechnet. Allerdings ist schwer abzuschätzen, wie stark sich die Zunahme der transportierten Mengen bei den Einnahmen auswirkt, da sich die LSVA unabhängig von der Ladung nach dem höchstzulässigen Gesamtgewicht des Fahrzeugs bemisst.
- Der LSVA-Tarif wurde am 1.7.2012 an die Teuerung angepasst. Im Jahr 2013 werden somit erstmals alle Monate mit dem neuen Tarif abgerechnet, womit sich im Vergleich zum Vorjahr etwas höhere Einnahmen ergeben. Die Berücksichtigung der Teuerung ist nach Artikel 42 des Landverkehrsabkommens zwischen der Schweiz und der EU alle zwei Jahre vorgesehen. Die Tarifierung betrug 0,97 Prozent. Der Wert beruht auf der Entwicklung der Konsumentenpreise in der Schweiz von April 2009 bis März 2011.

- Zeitgleich mit der Teuerungsanpassung wurde für Inhaber von Fahrzeugen der Schadstoffklasse EURO 6 ein Rabatt von 10 Prozent eingeführt, was zu leicht tieferen Einnahmen führt. Dieser Rabatt soll bis zu demjenigen Zeitpunkt gelten, ab welchem nur noch EURO 6-Fahrzeuge gekauft und in Verkehr gesetzt werden können, was Ende 2014 der Fall sein wird. Zu diesem Zeitpunkt muss das Rabattsystem dieser Fahrzeuge neu beurteilt werden.
- Ebenfalls einnahmenmindernd wirkt die Umstellung des Fahrzeugparks. Im Jahr 2011 ist der Anteil der stärker belasteten Fahrzeuge (EURO 0 bis 3) am Total der LSVA-Bruttotonnenkilometer auf unter 30 Prozent gesunken (2010: 37%, 2009: 46%). Dieser Erneuerungsprozess hin zu weniger umweltbelastenden und damit weniger stark besteuerten Lastwagen wird sich auch im Jahr 2013 fortsetzen.

Der Ertrag aus der Schwerverkehrsabgabe ist zweckgebunden. Nach Abzug der Debitorenverluste sowie der Entschädigung der Kantone für den Vollzug der LSVA und die polizeilichen Kontrollen wird ein Drittel den Kantonen und zwei Drittel dem Bund zugewiesen. Vom Bundesanteil verbleiben 90 Millionen im allgemeinen Haushalt. Diese Mittel werden (nach Art. 85 Abs. 2 BV) zur Deckung der vom Strassenverkehr verursachten (externen) Kosten verwendet und den für den Bundesbeitrag an die individuelle Prämienverbilligung bestimmten Mitteln zugewiesen. Dies schafft Spielraum, um im ordentlichen Budget die finanziellen Mittel für den Substanzerhalt und Betrieb der Bahninfrastruktur zu erhöhen.

## 17 Kapitaleinlageprinzip als Teil der Unternehmenssteuerreform II

Kapitaleinlagen sind Einlagen, Aufgelder (AgiOS) und Zuschüsse von Inhabern von Beteiligungsrechten bei der Gründung einer Gesellschaft oder bei einer Kapitalerhöhung. Werden solche Kapitaleinlagen über den Nennwert des Grund- oder Stammkapitals hinaus geleistet, werden sie den Kapitaleinlagereserven (KER) zugewiesen. Vor der Unternehmenssteuerreform II (UStR II) wurde die Ausschüttung solcher Reserven steuerlich nach dem Nennwertprinzip beurteilt, d.h. nur die Rückzahlung des Nominalkapitals war steuerfrei. Dagegen war die Rückzahlung der übrigen Kapitaleinlagen der Verrechnungssteuer unterstellt (auf Stufe der Gesellschaft) und wurde bei den Aktionären als Einkommen behandelt (soweit es sich bei den Beteiligten um Privatpersonen handelte). Diese Lösung wurde allgemein als sachwidrig qualifiziert, da die KER nicht aus Gewinnen stammen.

Mit dem Bundesgesetz vom 23.3.2007 über die Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeiten und Investitionen (Unternehmenssteuerreformgesetz II) wurde das Nennwertprinzip durch das Kapitaleinlageprinzip (KEP) abgelöst. Nach den neuen Bestimmungen wird die Rückzahlung von in der Handelsbilanz offen ausgewiesenen KER, die nach dem 31.12.1996 geleistet worden sind, gleich wie die Rückzahlung von Grund- oder Stammkapital von der Besteuerung ausgenommen.

Das KEP ist seit 1.1.2011 in Kraft. Die lange Rückwirkung für KER, die in den Jahren 2007 bis 2010 geleistet wurden, ergab sich aus dem Umstand, dass der Bundesrat in seiner Botschaft zum Unternehmenssteuerreformgesetz II vom 22.6.2005 das KEP für nach dem 31.12.1996 geleistete KER vorsah (BBl 2005 4878). Die so fixierte zeitliche Begrenzung führte aufgrund der Beratungsdauer im Parlament und des ergriffenen Referendums zu einer vierzehnjährigen statt der ursprünglich beabsichtigten zehnjährigen Rückwirkung.

### Gemeldete Kapitaleinlagereserven

Grundvoraussetzung für eine steuerfreie Rückzahlung der Kapitaleinlagereserven (KER) ist, dass diese in der Handelsbilanz ausgewiesen und der ESTV gemeldet wurde. Die rückwirkenden KER aus den Geschäftsjahren 2007–2010 müssen spätestens in der Handelsbilanz des 2011 endenden Geschäftsjahres ausgewiesen werden.

Bis am 30.6.2012 wurden von rund 2900 Gesellschaften KER im Gesamtbetrag von rund 804 Milliarden aus den Geschäftsjahren 2007–2011 gemeldet. Im Jahr 2011 neu gebildet wurden Reserven im Umfang von rund 43 Milliarden. Die erstmals steuerfreien Rückzahlungen im Jahr 2011 beliefen sich auf 34 Milliarden. Da noch nicht alle Meldungen vorliegen, handelt es sich bei den hier präsentierten Zahlen noch um einen Zwischenstand.

Der Hauptteil der gemeldeten KER stammt mit 795 Milliarden aus den Geschäftsjahren 2007–2010. Zu diesen Reserven aus der Rückwirkung des KEP lassen sich die folgenden Aussagen machen:

- Auf börslich gehandelte Gesellschaften (128 in der Zahl) entfallen 28 Prozent (220 Mrd.) der gemeldeten Reserven. Der Rest entfällt auf nicht kotierte Gesellschaften.
- Bei den kotierten Gesellschaften entstanden die KER im Rahmen von Kapitalerhöhungen (Verwässerungsschutz gemäss Obligationenrecht). Bei den anderen Gesellschaften stellte die ESTV fest, dass bereits bei der Gründung Agio verbucht (an Stelle von Fremdkapital) und meistens auch bei Kapitalerhöhungen Agio-Zahlungen geleistet worden sind.
- KER sind auch in einem grossen Ausmass bei Tochtergesellschaften von Konzernen vorhanden. Falls diese ausgeschüttet werden, fliessen sie als Beteiligungsertrag der Muttergesellschaft zu und sind unabhängig vom KEP gewinnsteuerfrei.
- Die von zugezogenen Gesellschaften importierten KER fliessen zum grössten Teil wieder zurück an ausländische Aktionäre. Sie führen deshalb kaum bis gar nicht zu Mindereinnahmen bei natürlichen Personen in der Schweiz.

### Höhe der Mindereinnahmen

Aus dem KEP entstehen Mindereinnahmen, wenn steuerbare Dividenden durch die steuerfreie Rückzahlung von KER ersetzt werden. Der Umfang der Mindereinnahmen ist deshalb grösstenteils abhängig von der Dividendenpolitik der Publikumsgesellschaften.

Die enorme Zunahme des Bestandes an KER in den Jahren 2007 bis 2010 zeigt, dass Kapitalerhöhungen eher bei schlechter Konjunkturlage vorgenommen werden. Wenn die Gesellschaften wieder namhafte Gewinne erwirtschaften, werden diese einbehalten. Anstelle von steuerbaren Gewinnausschüttungen (Dividenden) werden dann KER steuerfrei zurückbezahlt. Dieses zyklische Verhalten der Unternehmen führt zu dauerhaften Mindereinnahmen für den Staat.

Die Schätzung der Mindereinnahmen erfolgt auf Basis der bekanntgegebenen Rückzahlungen von KER, die anstelle der bisher ausgeschütteten steuerbaren Dividenden treten (sog. «Ersatzdividenden»). Was die börsenkotierten Gesellschaften angeht, wurden die Mindereinnahmen im Frühjahr 2011 wie folgt geschätzt:

- Bei einer jährlichen Ersatzdividende von brutto 8 Milliarden entfallen rund 10 Prozent auf natürliche Personen in der Schweiz und unterstehen somit den Einkommenssteuern (800 Mio. x Grenzsteuersatz von 30% = 240 Mio.).

- Bei der Verrechnungssteuer wird auf Basis eines langjährigen Durchschnitts davon ausgegangen, dass rund 10 Prozent der Verrechnungssteuer auf Dividenden nicht zurückgefordert wird (800 Mio. x VSt von 35 % = 280 Mio.).

Diese Schätzungen haben sich insgesamt bestätigt, wobei die Ersatzdividenden im Jahr 2011 mit 9,5 Milliarden (davon 9 Mrd. börsenkotierte Gesellschaften) höher als erwartet ausfielen:

- Im Jahr 2011 wurden von 373 Gesellschaften 34 Milliarden zurückerstattet. Davon entfielen auf die kotierten Gesellschaften (94 in der Zahl) total 12 Milliarden, wovon 9 Milliarden als Ersatzdividenden für im Vorjahr steuerbare Dividenden verwendet wurden. Auf die Rückzahlungen der nicht kotierten Gesellschaften (22 Mrd.) entfielen Ersatzdividenden im Umfang von rund 500 Millionen.
- Insgesamt wurden rund 950 Millionen (10 %) zu Gunsten von natürlichen Personen in der Schweiz ausgeschüttet. Die Mindereinnahmen belaufen sich damit auf 285 Millionen (Einkommenssteuern 2012) und 333 Millionen (Verrechnungssteuer 2011). Die Mindereinnahmen lagen damit an der oberen Bandbreite der Schätzung.

Ebenfalls bestätigt wurde der geschätzte einmalige Einbruch bei der Verrechnungssteuer aus dem Systemwechsel von schätzungsweise 1,2 Milliarden im Jahr 2011. Aufgrund der Ersatzdividenden sanken im Jahr 2011 die Einnahmen um rund 3,3 Milliarden (9,5 Mrd. x 35 %). Der Rückgang wurde durch die Akontozahlungen (rund 2,1 Mrd.) nur teilweise aufgefangen. Bei einem Rückgang der Ersatzdividenden würden wiederum Mehreinnahmen resultieren, weil den steuerbaren Dividenden keine Rückerstattung aus dem Vorjahr gegenüberstünde.

Wenn in den kommenden Jahren weiterhin in diesem Rahmen KER zurückbezahlt werden, führt dies jährlich zu Mindereinnahmen für den Bund von 200–300 Millionen bei der Verrechnungssteuer (davon 10 % Kantonsanteil) und 70–100 Millionen bei der direkten Bundessteuer (davon 17 % Kantonsanteil). Auf die Kantone und Gemeinden entfallen die übrigen zwei Drittel der Mindereinnahmen bei den Einkommenssteuern (jährlich 130–200 Mio.).

#### Stand der politischen Diskussion

Die bisher eingereichten Motionen, welche eine Aufhebung der Rückwirkung (11.3189, 11.3199) bzw. eine Einschränkung des KEP (11.3351, 11.3462) bezweckten, wurden vom Nationalrat abgelehnt, letztere relativ knapp am 23.12.2011.

Im Ständerat wurden darauf am 16.3.2012 zwei weitere Motionen eingereicht, die Motion Fetz (12.3315) und die Motion Bischof (12.3316). Beide Vorstösse verlangen eine Vorlage mit Gesetzesänderungen, um die unerwarteten Mindereinnahmen aus dem KEP zu reduzieren. Entsprechende Normen über die Zuweisung und Verwendung der KER sollen im Aktien- oder Steuerrecht aufgenommen werden. Der Bundesrat hat am 16.5.2012 beide Motionen zur Annahme beantragt und sich bereit erklärt – bei Annahme der Motionen im Ständerat – die konkrete Ausgestaltung der Revision mit einer Vernehmlassung zu eruieren, welche noch Jahr 2012 gestartet würde. Der Ständerat folgte am 7.6.2012 einem Ordnungsantrag von Ständerat Niederberger und wies die beiden Motionen an die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerates (WAK-S) zur Vorprüfung zurück.



Mio. CHF	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Voranschlag 2013	Differenz zu VA 2012	
				absolut	%
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>62 333</b>	<b>64 131</b>	<b>64 842</b>	<b>711</b>	<b>1,1</b>
Δ in % Vorjahr	5,2	2,9	1,1		
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 490	2 599	2 637	38	1,4
Ordnung und öffentliche Sicherheit	950	1 043	1 087	44	4,2
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	3 214	3 181	3 294	113	3,5
Landesverteidigung	4 533	4 653	4 810	157	3,4
Bildung und Forschung	6 509	6 681	6 916	235	3,5
Kultur und Freizeit	429	476	484	8	1,7
Gesundheit	210	217	229	12	5,5
Soziale Wohlfahrt	20 557	21 005	21 565	560	2,7
Verkehr	8 062	8 467	8 614	147	1,7
Umweltschutz und Raumordnung	1 127	1 172	1 032	-140	-11,9
Landwirtschaft und Ernährung	3 663	3 728	3 693	-35	-0,9
Wirtschaft	632	563	559	-4	-0,7
Finanzen und Steuern	9 954	10 345	9 921	-423	-4,1

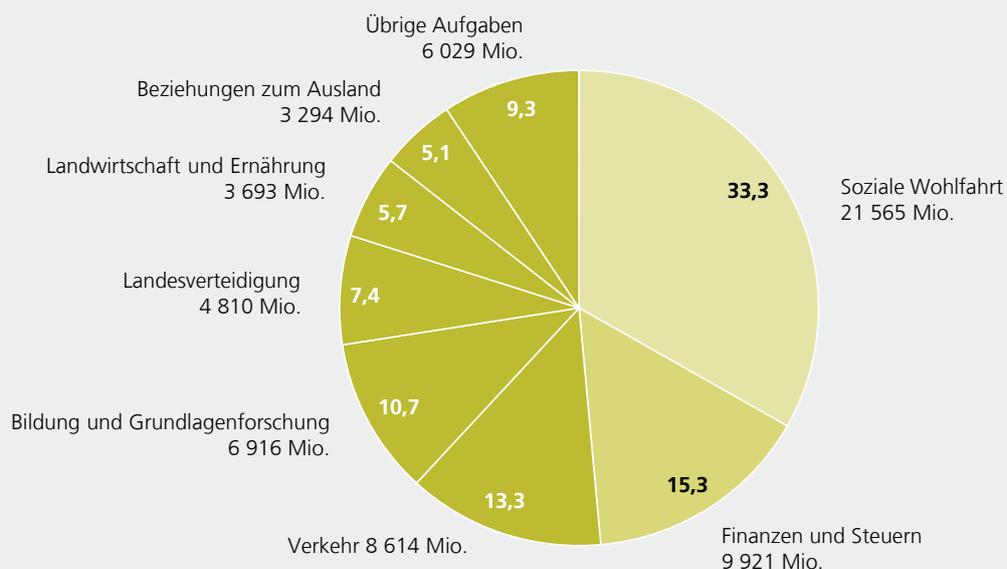
Im Voranschlag 2013 liegen die Gesamtausgaben um gut 700 Millionen höher als im Voranschlag 2012 (+1,1%). Sie wachsen damit schneller als die Einnahmen (+0,6%), aber langsamer als das nominale Bruttoinlandprodukt (+2,0%).

Die wichtigsten Wachstumstreiber sind zum einen die Soziale Wohlfahrt, zum anderen die Aufgabengebiete, die in den vergangenen Jahren als prioritär bezeichnet wurden. So nehmen die Ausgaben für Bildung und Forschung und für die Beziehungen zum Ausland gegenüber dem Voranschlag 2012 um je 3,5 Prozent zu. Auch der Verkehrsbereich wächst mit 1,7 Prozent,

während die Mittel für die Landesverteidigung u.a. aufgrund der Budgetierung von Kreditresten aus früheren Jahren (im Rahmen der spezifischen Regelungen des Ausgabenplafonds für die Armee) gar um 3,4 Prozent wachsen. Demgegenüber liegen die Ausgaben für Finanzen und Steuern dank dem sehr tiefen Zinsniveau um 4,1 Prozent tiefer als im letzten Voranschlag. Sodann gehen aufgrund von einmaligen Effekten auch die Ausgaben für die Landwirtschaft (Kompensation der Aufstockungen für die Milchwirtschaft) sowie für Umweltschutz und Raumordnung (Kompensation der tieferen Erträge der CO<sub>2</sub>-Abgabe in der Rechnung 2011) gegenüber dem Vorjahresbudget zurück.

### Struktur der Ausgaben nach Aufgabengebieten 2013 in %

Ordentliche Ausgaben



Die Entwicklung der Struktur der Ausgaben nach Aufgabengebieten bettet sich gut in den Trend der letzten Jahre ein. Der Anteil der sozialen Wohlfahrt wächst weiterhin und erreicht erstmals ein Drittel der Gesamtausgaben (+0,5 %-Punkte). Wie in den vergangenen Jahren steigt auch der Anteil der Ausgaben für Bildung und Forschung (neu 10,7%, +0,3 %-Punkte). Demgegenüber nimmt der Anteil der Finanzen und Steuern aufgrund der rückläufigen Zinsausgaben markant ab (-0,8 %-Punkte). Die

Anteile der übrigen Aufgabengebiete verändern sich gegenüber dem Vorjahresbudget nur wenig. Um 0,1 Prozentpunkt höher liegen die Anteile des Verkehrs, der Landesverteidigung und der Beziehungen zum Ausland, um 0,1 bzw. 0,2 Prozentpunkte tiefer diejenigen der Landwirtschaft und der übrigen Aufgabengebiete. Zusammen beanspruchen die stark gebundenen Ausgaben für die soziale Wohlfahrt und für Finanzen und Steuern nach wie vor knapp die Hälfte des Haushalts.

## 21 Soziale Wohlfahrt

Mio. CHF	Rechnung	Voranschlag	Voranschlag	Differenz zu VA 2012	
	2011	2012	2013	absolut	%
<b>Soziale Wohlfahrt</b>	<b>20 557</b>	<b>21 005</b>	<b>21 565</b>	<b>560</b>	<b>2,7</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	33,0	32,8	33,3		
Altersversicherung	10 184	10 452	10 714	262	2,5
Invalidenversicherung	4 671	4 951	5 022	71	1,4
Krankenversicherung	2 150	2 263	2 271	7	0,3
Ergänzungsleistungen	1 305	1 402	1 441	39	2,8
Militärversicherung	221	230	224	-6	-2,6
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	941	459	464	5	1,1
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	84	93	110	17	18,7
Migration	937	1 084	1 252	169	15,6
Soziale Hilfe und Fürsorge	64	71	66	-5	-6,7

Die Ausgaben des Bundes für die Soziale Wohlfahrt werden 2013 voraussichtlich um 2,7 Prozent zunehmen (2012: +2,9%). Absolut ist ein Zuwachs von 560 Millionen budgetiert. Davon entfallen 47 Prozent auf die Altersversicherung, die somit das Bild in diesem Aufgabengebiet entscheidend prägt. Ins Gewicht fällt zudem das Aufgabenwachstum im Bereich Migration – und zwar sowohl in absoluten Zahlen wie relativ (gemessen an den Zuwachsraten). Dagegen ist im Bereich Invalidenversicherung ein eher moderates Ausgabenwachstum budgetiert. Unterdurchschnittlich fällt das Wachstum überdies in der Arbeitslosenversicherung und in der Krankenversicherung aus.

Die Bundesausgaben für die *Altersversicherung* setzen sich in der Hauptsache aus drei Zahlungsströmen zusammen: (1) aus dem gesetzlichen Bundesbeitrag an die AHV im Umfang von 19,55 Prozent der AHV-Ausgaben, (2) aus dem Anteil der Versicherung am AHV-Mehrwertsteuerprozent sowie (3) aus den Erträgen der Spielbankenabgabe. Insgesamt steigen die budgetierten Ausgaben für die Altersversicherung um 262 Millionen bzw. um 2,5 Prozent:

- Der Bundesbeitrag erhöht sich um 251 Millionen (+3,3 %) auf 7896 Millionen. Dieser Anstieg kommt einerseits durch eine Zunahme der Anzahl Rentenbezüger um 2,4 Prozent zustande. Andererseits wird eine Anpassung der Renten an die Lohn- und Preisentwicklung von 0,9 Prozent unterstellt.
- Der Anteil der Versicherung am Mehrwertsteuerprozent zu Gunsten der AHV wird gemäss Voranschlag auf dem für 2012 budgetierten Niveau verharren (2322 Mio.; -1 Mio.). Der Grund dafür liegt im erwarteten Verlauf der Mehrwertsteuererträge: Gemäss aktuellen Schätzungen wird der für 2012 budgetierte Wert für das Mehrwertsteuerprozent zu Gunsten der AHV um rund 50 Millionen verfehlt.
- Bei der Spielbankenabgabe ist das Jahr 2011 massgebend. Damals betragen die Einnahmen 376 Millionen. Diese werden 2013 zweckgebunden für die Finanzierung der AHV verwendet (-5 Mio. im Vergleich zu 2012).

Zur Finanzierung der *Invalidenversicherung* (IV) leistet der Bund 2013 nicht nur seinen ordentlichen Beitrag in Höhe von 37,7 Prozent der IV-Ausgaben, sondern er zahlt im Rahmen der IV-Zusatzfinanzierung einen Sonderbeitrag an die IV-Zinsen, und er überweist der Versicherung die Erträge aus der befristeten Mehrwertsteuererhöhung (im Umfang von 0,4 MWST-Prozenten). Über die IV-Zusatzfinanzierung fliessen der IV im Jahr 2013 1304 Millionen zu, so dass die Versicherung gemäss aktuellen Szenarien ein positives Umlageergebnis von rund 300 Millionen erzielen wird.

- Der ordentliche Beitrag des Bundes wird gemäss Voranschlag um 1,9 Prozent auf 3657 Millionen steigen. Der Grund für die Zunahme liegt vor allem bei den individuellen Massnahmen (berufliche Massnahmen, Frühintervention, Integration) und den Durchführungskosten. Mit Inkrafttreten des ersten Massnahmenpakets der 6. IV-Revision verstärkt die IV hier ihre Anstrengungen. Dagegen verändern sich die Geldleistungen, die rund drei Viertel der IV-Ausgaben ausmachen, kaum.
- Der Mehrwertsteuerzuschlag für die IV bleibt gegenüber dem Voranschlag 2012 unverändert bei 1122 Millionen. Dies spiegelt – wie bei der AHV – den Verlauf der Mehrwertsteuererträge.
- Der Sonderbeitrag des Bundes an die IV-Zinsen sinkt angesichts der verringerten Verschuldung der IV gegenüber dem Voranschlag 2012 um 3 Millionen auf 182 Millionen. Ende 2012 dürfte die IV gegenüber dem Ausgleichsfonds der AHV noch Schulden von 14,6 Milliarden haben. Diese Schuld wird während der IV-Zusatzfinanzierung (bis 2017) fix zu 2 Prozent verzinst.

Bei den *Ergänzungsleistungen* (EL) zahlt der Bund Beiträge an die Kantone. Er übernimmt 5/8 der jährlichen EL, die der Existenzsicherung dienen. Die Krankheits- und Behinderungskosten sowie die Zusatzkosten von EL-Bezügern im Heim werden dagegen vollumfänglich von den Kantonen getragen. Bei den zu Hause

lebenden Personen gilt die ganze jährliche EL als Existenzsicherung; bei den Personen im Heim macht die Existenzsicherung nur einen Teil der jährlichen EL aus. Der Bund richtet den Kantonen zudem eine Abgeltung für die EL-Verwaltungskosten aus. Umfangmässig machen die EL zur AHV und zur IV je etwa die Hälfte der gesamten Bundesausgaben in diesem Bereich aus. Im Voranschlagsjahr kommt das Ausgabenwachstum von 39 Millionen (+2,8 %) grösstenteils durch die die EL zur AHV zustande (+ 29,6 Mio. bzw. +4,3 %). Die Zunahme ist primär auf die Neuordnung der Pflegefinanzierung (höhere Vermögensfreibeträge für EL-Bezüger in Heimen) sowie auf die Zunahme der Anzahl EL-Bezüger und der ausgerichteten EL-Leistungen zurückzuführen. Bei den EL zur IV wird ein Anstieg des Bundesbeitrages um 9,3 Millionen (+1,3 %) budgetiert. Dieser ist auf zwei gegenläufige Entwicklungen zurückzuführen: Einerseits steigen die Kosten um 27,5 Millionen infolge der demografischen und der wirtschaftlichen Entwicklung sowie der Umsetzung der neuen Pflegefinanzierung. Andererseits ergibt sich durch den tiefen Rechnungsabschluss 2011 ein Niveau-Effekt, der die erwarteten Ausgaben gegenüber dem Budget 2012 um 18,2 Millionen senkt.

Die zweckgebundenen Einnahmen aus der Alkohol- und Tabaksteuer, die für die Finanzierung der Bundesbeiträge an die AHV, IV und EL reserviert sind, werden 2013 auf 2549 Millionen veranschlagt. Der Bundesanteil von 17 Prozent an den Einnahmen aus dem Mehrwertsteuerprozent, welches für die Deckung der demografiebedingten Mehrkosten der AHV seit 1999 erhoben wird, beträgt 476 Millionen (nach Abzug der Debitorenverluste). Damit können 23,0 Prozent der Bundesbeiträge an die AHV, IV und EL (einschliesslich Sonderbeitrag an IV-Zinsen) gedeckt werden. Dies ist etwas weniger als im Voranschlag 2012 (23,2 %).

Die Ausgaben des Bundes in der *Krankenversicherung* fallen zum grössten Teil im Bereich der individuellen Prämienverbilligung an. Der Bundesbeitrag beträgt nach Artikel 66 des Krankenversicherungsgesetzes (SR 832.10) 7,5 Prozent der Bruttokosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP). Die Ausgaben des Bundes für die Prämienverbilligung nehmen im Voranschlag 2013 um 0,3 Prozent gegenüber dem Vorjahresbudget zu. Der Voranschlagswert für 2012 liegt allerdings deutlich über dem effektiven Bundesbeitrag für das laufende Jahr. Das um diesen Sonderfaktor bereinigte Wachstum der Ausgaben für die Prämienverbilligung beträgt im Budget 2013 rund 3,7 Prozent. In diesem Schätzwert berücksichtigt sind der mutmassliche Anstieg der Durchschnittsprämie, die Zunahme der Versichertenanzahl und die Wirkungen der beschlossenen Sparmassnahmen in der OKP. Die Aufteilung des Bundesbeitrags auf die Kantone richtet sich nach deren Anteil an der Wohnbevölkerung (inkl. Grenzgänger). Die Kantone stocken den Bundesbeitrag nach Bedarf auf, um dem gesetzlichen Auftrag nachkommen zu können. Die Aufwendungen des Bundes für die Prämienverbilligung werden zum Teil zweckfinanziert. Zugunsten unterer Einkommensschichten werden 5 Prozent des Ertrags aus der Mehrwertsteuer (ohne AHV-/IV- und FinöV-Anteil) verwendet, was für 2013 einen budgetierten Betrag von 920 Millionen (nach Abzug der Debitorenverluste) ergibt. Zudem tragen im Voranschlag 2013 die Einnahmen für die ungedeckten Kosten des Strassenverkehrs mit 90 Millionen zur Finanzierung der individuellen

Prämienverbilligung bei. Die zweckgebundenen Mittel decken damit insgesamt rund 45 Prozent der Ausgaben des Bundes für die Prämienverbilligung.

Die Ausgaben des Bundes für die *Militärversicherung* nehmen im Voranschlag 2013 um 2,6 Prozent gegenüber dem Voranschlag 2012 ab. Während die Renten und Abfindungen sinkende Tendenz aufweisen, nehmen die Behandlungskosten und Barleistungen gegenüber dem Budget 2012 zu.

Im Bereich *Arbeitslosenversicherung/Arbeitsvermittlung* wachsen die Ausgaben um 5,2 Millionen (+1,1 %). Diese Entwicklung erklärt sich im Wesentlichen durch zwei gegenläufige Bewegungen. Zum einen steigt der Bundesbeitrag an die Arbeitslosenversicherung gegenüber dem Vorjahr um 7 Millionen. Grund für diese Steigerung ist das erwartete Wachstum der beitragspflichtigen Lohnsumme. Zum anderen fallen die Ausgaben im Bereich *Arbeitsvermittlung* um 1,7 Millionen tiefer aus, hauptsächlich als Folge der Minderausgaben für das Informationssystem für die Arbeitsvermittlung und die Arbeitsmarktstatistik (AVAM), wobei rund die Hälfte der Abnahme auf einer finanzierungswirksamen Umwandlung der Mittel in interne Leistungsverrechnungen beruht.

Die Aufwendungen des Bundes für den *sozialen Wohnungsbau* und die *Wohnbauförderung* nehmen im Vergleich zum Voranschlag 2012 um rund 17 Millionen oder 18,7 Prozent zu. Diese Entwicklung ist dem Umstand zuzuschreiben, dass die vorgezogenen Wohnbau-Investitionen im Rahmen der wirtschaftlichen Stabilisierungsmassnahmen 2009 in den Jahren 2011 und 2012 vollständig kompensiert wurden.

Für die *Migration* zeichnet sich 2013 gegenüber dem Budget 2012 ein Mehrbedarf von 169 Millionen (+16 %) ab. Nachdem letztes Jahr ein starker Anstieg der Asylgesuche verzeichnet wurde und auch im laufenden Jahr mit hohen Gesuchszahlen zu rechnen ist (Januar bis Juni 2012: 14 430 Gesuche), muss für das Budget 2013 ebenfalls von hohen Asylgesuchszahlen ausgegangen werden (23 000 Gesuche), vor allem aufgrund der weiterhin instabilen politischen Lage in verschiedenen Ländern Nordafrikas und im Nahen Osten. Am meisten Gesuche stellen Personen aus Eritrea, Tunesien und Nigeria. Die hohen Gesuchszahlen und die hohen Bestände von Asylsuchenden bringen markant höhere Ausgaben für den Betrieb der Empfangs- und Verfahrenszentren, höhere Fürsorge-/Nothilfeleistungen und Abgeltungen an die Kantone für deren Verwaltungskosten mit sich. Auch im Bereich der anerkannten Flüchtlinge müssen deutliche Mehrausgaben budgetiert werden, da deren Bestand als Folge der hohen Anerkennungsquote der letzten Jahre steigt. Im Budget bereits eingestellt sind die finanziellen Auswirkungen der Nationalratsbeschlüsse (Erstrat) im Rahmen der Asylgesetzrevision (dringliche Änderungen): Die Aufhebung der Möglichkeit von Botschaftsgesuchen dürfte die Ausgaben leicht senken. Demgegenüber fallen Mehrbelastungen für Sicherheitspauschalen und Beschäftigungsprogramme im Zusammenhang mit Bundeszentren für Asylsuchende an. Diese Mittel bleiben bis zum Inkrafttreten der entsprechenden Bestimmungen gesperrt.

## 22 Finanzen und Steuern

Mio. CHF	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Voranschlag 2013	Differenz zu VA 2012	
				absolut	%
<b>Finanzen und Steuern</b>	<b>9 954</b>	<b>10 345</b>	<b>9 921</b>	<b>-423</b>	<b>-4,1</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	16,0	16,1	15,3		
Anteile an Bundeseinnahmen	4 300	4 354	4 456	102	2,3
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	2 605	2 889	2 288	-601	-20,8
Finanzausgleich	3 049	3 102	3 178	76	2,5

Dieses Aufgabengebiet weist das zweitgrösste Finanzvolumen auf. 2013 entfallen darauf 15,3 Prozent der ordentlichen Gesamtausgaben, ein leichter Rückgang gegenüber dem Vorjahr (15,6 %). Der Aufgabenbereich zeichnet sich dadurch aus, dass er von den finanzpolitischen Prioritäten ausgenommen ist (die Anteile an den Bundeseinnahmen beispielsweise sind in der Verfassung geregelt und hängen direkt von der Höhe der Einnahmen ab), und dass er durch zahlreiche äussere Faktoren (Finanzmärkte, Zinssätze, Finanzierungsbedarf, Strategie der Bundestresorerie) beeinflusst wird.

Die Entwicklung der Ausgaben im Bereich Finanzen und Steuern gegenüber 2012 (-4,1 %) verläuft gegenläufig zu den anderen wichtigsten Aufgabengebieten. Der Rückgang ist hauptsächlich auf die deutlich rückläufigen Kosten der Vermögens- und Schuldenverwaltung aufgrund geringerer Finanzierungskosten 2013 zurückzuführen. Dem Rückgang stehen jedoch einerseits die Erhöhung der Anteile an den Bundeseinnahmen und andererseits die Zunahme bei den Transferzahlungen des Bundes im Rahmen des Finanzausgleichs gegenüber.

17 Prozent der Einnahmen aus der direkten Bundessteuer (DBST) und 10 Prozent der Einnahmen aus der Verrechnungssteuer entfallen auf die *Anteile an den Bundeseinnahmen*. Ausserdem umfassen sie ein Drittel der Einnahmen aus der leistungsabhängigen Schwerkverkehrsabgabe (LSVA) sowie 20 Prozent des Ertrags aus dem Wehrpflichtersatz. Die Zunahme der Anteile an den Bundeseinnahmen gegenüber dem Vorjahr (+102 Mio.; +2,3 %) erklärt sich hauptsächlich mit den Mehreinnahmen aus der Verrechnungssteuer mit einer dem Wachstumspfad angepassten Erhöhung des Budgetwerts. Ihr Anteil an den Einnahmen nimmt um 59 Millionen (+ 14,2 %) zu. Die direkte Bundessteuer trägt aufgrund einer günstigeren Konjunkturannahme ebenfalls zu dieser Entwicklung bei, was zu einer Erhöhung dieser Anteile um 40 Millionen (+1,2 %) führt. Dasselbe gilt für den Gesamtbetrag der Debitorenverluste auf der Mehrwertsteuer, den Zöllen und der LSVA (+10 Mio. oder +6,2 % gegenüber 2012), die ebenfalls diesem Aufgabengebiet zugeordnet sind. Der Rückgang der LSVA-Erträge (vgl. Ziff. 16), die zu einem Rückgang der Kantonsanteile führen (-7 Mio.; -1,2 %), hebt sich leicht von diesem generellen Trend ab.

Der markante Rückgang der *Ausgaben für die Vermögens- und Schuldenverwaltung* gegenüber dem Voranschlag 2012 (-601 Mio.; -20,8 %) ist auf die Kombination der stark rückläufigen Ausgaben für die Passivzinsen (-574 Mio.; -20,2 %) und der sinkenden Kommissionen, Abgaben und Gebühren der Bundestresorerie (-27 Mio.; -63,6 %) zurückzuführen. Die rückläufigen Zinssätze bilden die Hauptursache für den Rückgang der Passivzinsen gegenüber dem Voranschlag 2012. Fast zwei Drittel davon entfallen auf die Zinslast der Anleihen (einschliesslich Agios). Das tiefe Zinsniveau ist der Grund für die massive Erhöhung der für 2013 veranschlagten Agios 2013 (300 Mio. gegenüber 66 Mio. 2012, d.h. 234 Mio. mehr). In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, dass ein höheres Agiovolumen eine zusätzliche Entlastung bei der Zinslast bedeutet. Dazu kommt die sinkende Zinslast der Anleihen (-124 Mio.) aufgrund der Verringerung einerseits der finanziellen Grundlast (namentlich infolge der Rückerstattung von Obligationen im Umfang von 8,6 Mrd. 2012) und andererseits der Zinssätze der Obligationen. Wegen des deutlichen Rückgangs der Zinssätze sind auch rückläufige Zinslasten bei den Geldmarktbuchforderungen (-45 Mio.; -63,1 %) – dies trotz einer Erhöhung des Emissionsvolumens auf 14,8 Milliarden (gegenüber vorgängig 12 Mrd.) –, den Depotkonten (-36 Mio.) und der Sparkasse des Bundes (-30 Mio.) zu verzeichnen. Schliesslich fallen die im Vorjahr budgetierten Mehrbelastungen bei der Verrechnungssteuer wegen Anleihen, die mit einem Disagio emittiert und 2012 fällig wurden, 2013 nicht mehr an (2013 werden keine derartigen Anleihen fällig); dies führt zu einer zusätzlichen Entlastung von 73 Millionen. Die rückläufigen Kommissionen, Abgaben und Emissionskosten der Bundestresorerie sind vor allem durch die Aufhebung der Emissionsabgabe per 1.3.2012 im Rahmen der Massnahmen zur Stärkung der Stabilität im Finanzsektor («too big to fail») bedingt.

2013 ist das zweite Jahr der zweiten Vierjahresperiode des neuen *Finanzausgleichs* (NFA), der 2008 in Kraft trat und ebenfalls diesem Aufgabengebiet zugeordnet ist. Er umfasst den vertikalen Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich. Die vom Parlament beschlossenen Transferzahlungen des Bundes für 2013 belaufen sich auf insgesamt 3178 Millionen, was gegenüber 2012 einer Zunahme um 76 Millionen (+2,5 %) entspricht. Der Beitrag des Bundes an den vertikalen Ressourcenausgleich beläuft sich 2013

auf 2208 Millionen, 88 Millionen mehr (+4,1 %) als 2012. Diese Zunahme ergibt sich zum einen aus der ex post Korrektur des Alpha-Fehlers (Parameter, der bestimmt, mit welchem Gewicht die steuerbaren Vermögen in das Ressourcenpotenzial einfließen) für 2012 (+11,6 Mio.) und zum anderen aus dem Anstieg des Ressourcenpotenzials um 3 Prozent (+76,2 Mio.). Der Beitrag des Bundes an den Lastenausgleich beträgt 2013 insgesamt 730 Millionen (je 365 Mio. für den geografisch-topografischen und den soziodemografischen Lastenausgleich). Betragsmässig nimmt

er damit gegenüber 2012 wegen der negativen Teuerung (-1 % gegenüber April 2012) um 7,4 Millionen ab. Der für den Härteausgleich budgetierte Betrag (239 Mio.) liegt unter dem Vorjahreswert, da der Kanton Schaffhausen 2013 ressourcenstark wird und damit seinen Anspruch auf Härteausgleich verliert. Der Härteausgleich sollte grundsätzlich während der ersten acht Jahre, das heisst bis 2015, gleich bleiben (244 Mio.) und dann um 5 Prozent jährlich abgebaut werden.

## 23 Verkehr

Mio. CHF	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Voranschlag 2013	Differenz zu VA 2012	
				absolut	%
<b>Verkehr</b>	<b>8 062</b>	<b>8 467</b>	<b>8 614</b>	<b>147</b>	<b>1,7</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	12,9	13,2	13,3		
Strassenverkehr	2 589	2 843	3 001	158	5,5
Öffentlicher Verkehr	5 341	5 444	5 419	-25	-0,5
Luftfahrt	132	180	193	13	7,4

Das Aufgabengebiet Verkehr wächst mit 1,7 Prozent stärker als der Gesamthaushalt und weist im Vorjahresvergleich einen Zuwachs von 147 Millionen auf. Während die Ausgaben für den Strassenverkehr und die Luftfahrt deutlich ansteigen, ist beim öffentlichen Verkehr ein leichter Rückgang zu verzeichnen.

Die Ausgaben für den *Strassenverkehr* nehmen um 158 Millionen bzw. 5,5 Prozent deutlich zu:

- Die Nationalstrassenausgaben steigen um 27 Millionen auf 2213 Millionen (+1,2%) und liegen damit leicht über dem Wachstum des Gesamthaushalts.
- Die Ausgaben für die Hauptstrassen nehmen teuerungsbedingt um rund 5 Millionen auf 192 Millionen zu.
- Der für die übrigen Strassen eingesetzte Wert steigt gegenüber dem Vorjahr markant um 132 auf 221 Millionen (+147%). Diese Zunahme ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass – entgegen 2012 – für 2013 erstmals detaillierte Angaben zu den aus dem Infrastrukturfonds unterstützten Agglomerationsprogrammen vorliegen. Gegenüber dem auf Schätzwerten basierenden Vorjahreswert erhöht sich dadurch der Anteil der Strassenprojekte an der jährlichen Einlage in den Infrastrukturfonds von 8 auf 20 Prozent. Im Gegenzug sinkt der Anteil des öffentlichen Verkehrs an der Einlage entsprechend.
- Die Kantonsanteile an den zweckgebundenen Einnahmen (Mineralölsteuern und -zuschlag, Nationalstrassenabgabe) sinken infolge der leicht zurückgehenden zweckgebundenen Einnahmen um rund 6 Millionen auf 374 Millionen.

Einnahmen und Ausgaben des zweckgebundenen Fonds «Spezialfinanzierung Strassenverkehr» sind im Statistikteil des vorliegenden Bandes in Tabelle B43 dargestellt. Für das Voranschlagsjahr wird ein negativer Saldo von 352 Millionen erwartet. Einerseits sinken die Einnahmen aus den Mineralölsteuern infolge des erwarteten Verbrauchsrückgangs (effizientere Fahrzeuge), andererseits ist bei den Ausgaben ein deutliches Wachstum festzustellen. Per Ende 2013 wird die Spezialfinanzierung einen voraussichtlichen Stand von 1471 Millionen erreichen.

Die Ausgaben für den *öffentlichen Verkehr* nehmen im Vorjahresvergleich leicht ab (-25 Mio. bzw. -0,5%):

- Die starke Abnahme bei den Beiträgen an die Infrastruktur der SBB und Privatbahnen um 217 auf 2638 Millionen (bzw. -7,6%) ist primär auf das im Rahmen der Teilrevision der Eisenbahn-Netzzugangsverordnung angepasste Trassenpreissystem und der damit verbundenen Erhöhung der Trassenpreise auf 1.1.2013 sowie auf Effizienzsteigerungsmaßnahmen der Bahnen zurückzuführen. Die Betriebsabgeltungen für Betrieb und Unterhalt der SBB- und Privatbahninfrastruktur werden entsprechend reduziert. Hinzu kommt, dass die dem öffentlichen Verkehr zuzurechnende jährliche Einlage in den Infrastrukturfonds gegenüber dem Vorjahr um 68 Millionen abnimmt. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Anteile Strassen-/Schienenprojekte erstmals auf detaillierte Angaben zu den Agglomerationsprogrammen abgestützt werden können.
- Die zweckgebundenen Einnahmen des FinöV-Fonds nehmen insgesamt um rund 170 auf 1561 Millionen zu (+12,2%). Allein die Einlagen aus der LSVA steigen um 180 Millionen, weil die im ordentlichen Bundeshaushalt zurückbehaltenen Mittel von 283 auf 90 Millionen sinken. Diese werden – wie es die Verfassung vorsieht (Art. 85 Abs. 2 BV) – zur Deckung der vom Strassenverkehr verursachten (externen) Kosten und insbesondere zur Prämienverbilligung der Krankenkassen verwendet (vgl. Band 3, Ziff. 21, Krankenversicherung). Die Mineralölsteuereinnahmen sinken im Vergleich zum Vorjahr um 10 Millionen, weil der Mittelbedarf für 25 Prozent der Bauaufwendungen der NEAT-Basislinien tiefer ausfällt. Die Einnahmen aus dem Mehrwertsteuer-Promille bleiben konstant.
- Die Abgeltungen für den regionalen Personenverkehr steigen um rund 14 auf 877 Millionen (+1,7%), während die Beiträge an die Güterverkehrsverlagerung um rund 7 auf 311 Millionen zunehmen (+2,2%).

Die Ausgaben für die *Luftfahrt* steigen gegenüber dem letzten Jahr um 13 Millionen (+7,4%). Im Vorjahr wurde ein tieferer Aufwand zulasten der Spezialfinanzierung Luftverkehr (Art. 86 BV) budgetiert, um einen Sockelbetrag zur Abfederung von Einnahmeschwankungen aufzubauen.

### Bundeshaushalt und Infrastrukturfonds

Nebst direkten Ausgaben im Aufgabengebiet Verkehr (bspw. für Ausbau und Unterhalt) tätigt der Bund auch Verkehrsinvestitionen über den separaten Infrastrukturfonds (vgl. Band 4, Sonderrechnung Infrastrukturfonds). Diese indirekten Ausgaben finanziert er mit jährlichen Einlagen in den Fonds, die in der Aufgabensicht des Bundeshaushaltes enthalten sind. Über den Infrastrukturfonds (IF) investiert der Bund zudem aus der 2008 erfolgten ausserordentlichen Ersteinlage (2200 Mio.) sowie aus der weiteren ausserordentlichen Einlage 2011 (850 Mio.) zusätzliche Mittel in Nationalstrassen und leistet Beiträge an Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen. Diese Mittel sind in der Aufgabensicht nicht enthalten.

Im Bundeshaushalt steigen die Ausgaben des Strassenverkehrs gegenüber dem Vorjahr um 158 Millionen resp. 5,6 Prozent (Ausgaben im Bundeshaushalt inkl. der dem Strassenverkehr zurechenbaren jährlichen Einlage in den IF). Die aus den beiden ausserordentlichen Einlagen des IF zugunsten der Strasse finanzierten Ausgaben nehmen gegenüber 2012 ebenfalls zu (13 Mio.). Daraus ergibt sich in einer Gesamtsicht ein Ausgabenanstieg von 171 Millionen (5,2 %). Die aus dem IF mitfinanzierten Ausgaben haben daran folgenden Anteil:

- Nationalstrassen: Die Gesamtausgaben des Bundes für die Nationalstrassen von 2632 Millionen setzen sich aus den Ausgaben des Bundeshaushaltes von 2213 Millionen (inkl. zurechenbare jährliche Einlage in den IF von 441 Mio.) sowie aus Ausgaben von 419 Millionen zusammen, welche der IF aus den a.o. Einlagen zugunsten der Netzfertigstellung und für die Engpassbeseitigung aufwendet. Gegenüber dem Vorjahr nehmen sie um 33 Millionen zu.
- Hauptstrassen: Die Gesamtausgaben des Bundes für die Hauptstrassen von 212 Millionen ergeben sich aus den Ausgaben des Bundeshaushaltes von 192 Millionen (inkl. zurechenbare jährliche Einlage von 21 Mio.) und Mitteln in der Höhe von 20 Millionen, welche der IF aus den a.o. Einlagen für Pauschalbeiträge an Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen leistet. Gegenüber dem Vorjahr zeigt sich eine Erhöhung um rund 5 Millionen.

Die übrigen aus dem Infrastrukturfonds finanzierten Aufgaben (Strassen- und Schienenprojekte des Agglomerationsverkehrs) werden ausschliesslich aus der jährlichen Einlage finanziert und sind deshalb in der Aufgabensicht des Bundes vollständig abgebildet.

## 24 Bildung und Forschung

Mio. CHF	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Voranschlag 2013	Differenz zu VA 2012	
				absolut	%
<b>Bildung und Forschung</b>	<b>6 509</b>	<b>6 681</b>	<b>6 916</b>	<b>235</b>	<b>3,5</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	10,4	10,4	10,7		
Berufsbildung	751	884	884	0	0,0
Hochschulen	1 891	1 927	1 984	56	2,9
Grundlagenforschung	2 506	2 519	2 608	90	3,6
Angewandte Forschung	1 331	1 322	1 408	86	6,5
Übriges Bildungswesen	29	29	32	3	8,9

Der Aufgabenbereich Bildung und Forschung weist gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs von 235 Millionen (+3,5 %) auf. 59 Millionen davon werden zusätzlich zugunsten der Bildung und 176 Millionen zusätzlich für die Forschung ausgegeben. Insgesamt sind für die Bildung 2900 Millionen budgetiert, für die Forschung 4016 Millionen.

*Abgrenzung des Aufgabengebiets zu den Krediten der BFI-Botschaft:* Das Aufgabengebiet Bildung und Forschung beinhaltet zusätzlich zu den mit der BFI-Botschaft beantragten Krediten weitere Ausgaben. So werden die Pflichtbeiträge an internationale Organisationen (86 Mio.), die Mietaufwendungen des ETH-Bereichs und des Eidgenössischen Hochschulinstituts für Berufsbildung (EHB) für die Immobilien im Eigentum des Bundes (317 Mio.) sowie weitere Kredite (v.a. Ressortforschung und Personalaufwand; 308 Mio.) nicht im Rahmen der BFI-Botschaft beantragt. Der überwiegende Teil (90 %) der Kredite im Aufgabenbereich Bildung und Forschung ist jedoch Bestandteil der BFI-Botschaft oder für die europäischen Forschungs- und Bildungsprogramme bestimmt. Diese Kredite wachsen im Vergleich zum Vorjahr um 3,6 Prozent (+217 Mio.). Das Wachstum ist geringer als letztes Jahr (+5,5 %), da der Voranschlag 2012 grosse Erhöhungen enthielt, die das Parlament im Rahmen der BFI-Botschaft 2012 beschlossen hatte. Für den Zeitraum 2013–2016 wurden die von der WBK-S und der WBK-N S beantragten, vom Ständerat in der Sommersession 2012 bei der Beratung der BFI-Botschaft 2013–2016 aber nicht genehmigten zusätzlichen Mittel nicht in den Voranschlag und den Finanzplan aufgenommen.

Die Beiträge an die *Berufsbildung* werden auf dem Vorjahresniveau beibehalten (884 Mio.). Damit kann der Bund seinen Anteil auf dem Niveau der gesetzlichen Richtgrösse für die Bundesbeteiligung von einem Viertel der Aufwendungen der öffentlichen Hand in diesem Bereich, das 2012 erreicht wurde, stabilisieren.

Die *Hochschulen* wachsen mit 2,9 Prozent (+56 Mio.) infolge der 2012 bereits erfolgten Anstrengungen zugunsten der Fachhochschulen weniger stark als das Aufgabengebiet. Die Beiträge an die Bundeshochschulen steigen um 4,3 Prozent (+30 Mio.). In diesen Beiträgen sind in erster Linie die dem Teilaufgabengebiet «Bildung» zugeordneten Mittel an den ETH-Bereich enthalten (671 Mio. bzw. 26,2 % der gesamten Beiträge an den ETH-Bereich). Der Anteil des Eidgenössischen Hochschulinstituts für Berufsbildung (EHB) an den Ausgaben für Bundeshochschulen beträgt knapp 6 Prozent (40 Mio.). Die Bundesbeiträge an die kantonalen Universitäten (758 Mio.) steigen um 1,4 Prozent (+11 Mio.), hauptsächlich für projektbezogene Investitionen und Beiträge. Das Wachstum dürfte gleich hoch oder höher sein als das der kantonalen Ausgaben im Zeitraum 2013–2016. Bei den Fachhochschulen beträgt das Wachstum 3,3 Prozent (+16 Mio.), den Bestrebungen des Bundes entsprechend, seinen gesetzlichen Anteil von einem Drittel an den anrechenbaren Aufwendungen der öffentlichen Hand zu erfüllen.

Bei den Forschungsausgaben wird zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung unterschieden. Die Ausgaben für die Grundlagenforschung nehmen gegenüber dem Vorjahr um 3,6 Prozent (+90 Mio.) zu. Bei den Ausgaben für die angewandte Forschung ist das Wachstum deutlich höher (+6,5 %; +86 Mio.).

Die *Grundlagenforschung* umfasst namentlich die Beiträge an den Schweizerischen Nationalfonds SNF und wissenschaftlichen Akademien, das CERN, einen Teil der Leistungen an die Europäische Raumfahrtbehörde ESA sowie knapp 60 Prozent der Bundesbeiträge an den ETH-Bereich. Von letzterem abgesehen verzeichnen die Beiträge an SNF und Akademien absolut den grössten Zuwachs (+3,1 %; +27 Mio.). Der SNF verwendet die zusätzlichen Mittel für die Ausweitung der Forschungsförderung

und die verstärkte Abgeltung der indirekten Forschungskosten (Overhead-Beiträge) sowie für die ab 2013 vom Bund delegierten Aufgaben im Bereich Forschungsinfrastrukturen und bilaterale Zusammenarbeit. Der Beitrag an das CERN wird aufgrund der Einführung des neuen Verteilschlüssels bei den Mitgliederbeiträgen im Vergleich zum Vorjahr um 19 Prozent tiefer budgetiert (-8 Mio.).

Zur *angewandten Forschung* gehören namentlich die Ausgaben der Kommission für Technologie und Innovation (KTI), ein Teil der Beiträge an den ETH-Bereich und an die ESA, die Ausgaben der landwirtschaftlichen Forschungsanstalten sowie 90 Prozent der Mittel für die EU-Forschungsrahmenprogramme. Letztere nehmen im Vorjahresvergleich um 16,7 Prozent (+77 Mio.) zu und beeinflussen damit das starke Wachstum der angewandten

Forschung massgeblich. Die Zunahme ist auf die höhere Wirtschaftsleistung der Schweiz im europäischen Vergleich, die Eingang in den Verteilschlüssel der Mitgliederbeiträge findet, sowie die Entwicklung der EU-Budgets zurückzuführen. Die Beiträge an die KTI weisen ebenfalls ein hohes relatives Wachstum auf (+9,0%; +12 Mio.), insbesondere im Hinblick auf die Umsetzung des Aktionsplans Koordinierte Energieforschung im Rahmen der Energiestrategie 2050 des Bundes.

Die Zunahme um 3 Millionen (+8,9%) im *übrigen Bildungswesen* beruht grösstenteils auf einer Verschiebung von Krediten zur internationalen Bildungszusammenarbeit in dieses Aufgabengebiet, die bisher vor allem unter Beiträgen an die angewandte Bildungsforschung geführt wurden.

## 25 Landesverteidigung

Mio. CHF	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Voranschlag 2013	Differenz zu VA 2012	
				absolut	%
<b>Landesverteidigung</b>	<b>4 533</b>	<b>4 653</b>	<b>4 810</b>	<b>157</b>	<b>3,4</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	7,3	7,3	7,4		
Militärische Landesverteidigung	4 417	4 530	4 686	156	3,4
Nationale Sicherheitskooperation	116	122	124	1	1,1

Bei der Landesverteidigung kommt es gegenüber 2012 zu einer Zunahme der Ausgaben um insgesamt 157 Millionen oder 3,4 Prozent. Dieser Ausgabenzuwachs ist grösstenteils auf die Militärische Landesverteidigung (+156 Mio.) zurückzuführen. Gegenüber der Legislaturfinanzplanung 2013–2015 wurde der Plafond der Armee aufgrund von Kreditresten aus früheren Jahren um 27 Millionen erhöht.

Für das Ausgabenwachstum gegenüber dem Voranschlag 2012 sind im Wesentlichen die folgenden Entwicklungen verantwortlich:

- Investitionen bei der Verteidigung (+64 Mio.): Einerseits werden die Brenn- und Treibstofflager aufgefüllt. Der höhere Erdölpreis wirkt dabei belastend, der tiefere Dollarkurs entlastend. Andererseits werden 35 Millionen für den Ersatz eines der beiden Business-Jets des Lufttransportdienstes des Bundes budgetiert.
- Rüstungsaufwand (+42 Mio.): Der Rüstungsaufwand steigt insgesamt von 1037 auf 1079 Millionen (+4,1 %). Für die Beschaffung von Rüstungsmaterial sind 578 Millionen budgetiert. Die beantragten Mittel stützen sich auf die Rüstungsprogramme 2003–2011 ab, schwergewichtig auf die bewilligten Vorhaben der Rüstungsprogramme 2010 und 2011 (285 Mio., neue Fahrzeuggeneration, geschütztes Mannschaftstransportfahrzeug, Unterstützungsbrückensystem, AMRAAM als Teilersatz der Luft-Luft-Lenk Waffen). Daneben sind im Voranschlag 2013 gesamthaft 501 Millionen für die Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorbereitung (PEB; 110 Mio., +5 Mio.) sowie für die Ausrüstung und den Erneuerungsbedarf (AEB; 391 Mio., -5 Mio.) eingestellt. Letzteres dient der materiellen Sicherstellung der Einsatzbereitschaft der Armee.

- Internationale militärische Kooperation (+25 Mio.): Die höheren Beiträge der Schweiz an die UNO tragen ebenfalls zum Ausgabenwachstum bei der Militärischen Landesverteidigung bei. Die jährlich schwankenden Beiträge sind darauf zurückzuführen, dass die Abrechnungen nicht periodengerecht erfolgen.
- Immobilien (+15 Mio.): Mit Blick auf den Nachholbedarf im Immobilienbereich sollen rund 4 Prozent mehr Mittel aufgewendet werden (Anstieg von 405 auf 420 Mio.), um dringende Vorhaben in den Bereichen Umbauten, Sanierungen und Unterhalt zu realisieren.
- Personalaufwand (+17 Mio.): Der Anstieg beim Personalaufwand ist mehrheitlich eine Folge der Lohnmassnahmen 2013 und der entsprechenden Erhöhung der Arbeitgeberleistungen. Es findet zudem ein Aufbau von zivilen Stellen bei der Verteidigung und bei armasuisse Immobilien statt. Der Zuwachs ist erforderlich, um die Personalressourcen mit den vorgesehenen Entwicklungsarbeiten in Übereinstimmung zu bringen.

Das Aufgabengebiet Landesverteidigung umfasst neben der Militärischen Landesverteidigung auch noch die Nationale Sicherheitskooperation. Diese verzeichnet gegenüber dem Vorjahr ein geringes Wachstum von 1,1 Prozent (+1 Mio.). Dieses ist auf den Transfer der Informatik-Betriebsmittel für die Nationale Alarmzentrale von der Führungs- und Unterstützungsbasis der Armee (FUB) ins Bundesamt für Bevölkerungsschutz zurückzuführen.

Im Voranschlag 2012 lag das Verhältnis der Betriebsausgaben (Personal-, Sach- und Transferausgaben, inkl. Arbeitgeberbeiträge) zu den Rüstungs- und Investitionsausgaben bei 68 zu 32 Prozent. 2013 liegt dieses Verhältnis bei 67 zu 33 Prozent. Damit kommt die Armee dem Ziel, mittelfristig ein Verhältnis zwischen Betriebs- und Rüstungsausgaben von 60 zu 40 Prozent zu erreichen, nur leicht näher.

## 26 Landwirtschaft und Ernährung

Mio. CHF	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Voranschlag 2013	Differenz zu VA 2012	
				absolut	%
<b>Landwirtschaft und Ernährung</b>	<b>3 663</b>	<b>3 728</b>	<b>3 693</b>	<b>-35</b>	<b>-0,9</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	5,9	5,8	5,7		
Grundlagenverbesserungen und Sozialmassnahmen	147	194	194	0	0,0
Produktion und Absatz	441	447	448	1	0,2
Direktzahlungen	2 795	2 809	2 779	-30	-1,1
Übrige Ausgaben	281	278	272	-6	-2,2

Mit 3,4 Milliarden werden über 90 Prozent des Landwirtschaftsbudgets gemäss den Vorgaben des Landwirtschaftsgesetzes über drei Zahlungsrahmen gesteuert. Das Parlament hat diese Zahlungsrahmen für die Jahre 2012 und 2013 mit Bundesbeschluss vom 14.4.2011 wie folgt festgelegt:

- Direktzahlungen: 5625 Millionen
- Produktion und Absatz: 837 Millionen
- Grundlagenverbesserung und Sozialmassnahmen: 388 Millionen

Die gesamten Ausgaben im Bereich Landwirtschaft und Ernährung gehen im Jahr 2013 im Vergleich zum Vorjahr leicht zurück (-0,9%). Dies ist darauf zurückzuführen, dass die vom Parlament im Rahmen der Beratung des Voranschlags 2012 vorgenommene Erhöhung der Mittel für die Milchwirtschaft im Voranschlag 2013 zwar weitergeführt, aber innerhalb des Landwirtschaftsbereichs kompensiert wird. In den einzelnen Bereichen präsentiert sich die Entwicklung folgendermassen:

Die *Direktzahlungen* machen mit 2,8 Milliarden rund drei Viertel der Agrarausgaben aus. Sie sinken im Vorjahresvergleich um 30 Millionen. Diese Mittel wurden in den Zahlungsrahmen Produktion und Absatz umgelagert und dienen der Finanzierung der Zulagen Milchwirtschaft (vgl. Erklärung weiter unten). Innerhalb des Zahlungsrahmens Direktzahlungen wurde eine leichte Mittelverschiebung von den allgemeinen zu den ökologischen Direktzahlungen vorgenommen. Um der erwarteten höheren Beteiligung an Öko- und Ethoprogrammen Rechnung zu tragen, werden die Mittel für ökologische Direktzahlungen um 13 Millionen (+2 %) auf gut 645 Millionen erhöht. Davon sind 8 Millionen für das Programm «Regelmässiger Auslauf im Freien» (RAUS) und 5 Millionen für das Programm «Besonders tierfreundliche Stallungssysteme» (BTS) vorgesehen. Mit gut 2,1 Milliarden fliesst aber auch im Jahr 2013 der Löwenanteil der Agrarausgaben in Form von allgemeinen Direktzahlungen an die landwirtschaftlichen Betriebe.

Die unter dem Zahlungsrahmen *Produktion und Absatz* subsumierten Mittel umfassen Marktstützungsmassnahmen in den Bereichen Milchwirtschaft, Viehwirtschaft und Pflanzenbau. Das Parlament hat im Voranschlag 2012 die in diesem Zahlungsrahmen enthaltenen Mittel um 30 Millionen aufgestockt, damit für die Milchwirtschaft weiterhin eine Zulage für verkäste Milch von 15 Rp./kg und eine Zulage für Fütterung ohne Silage von 3 Rp./kg ausgerichtet werden kann. Um die Kontinuität bei den Zulagen für die Milchwirtschaft sicherzustellen, soll der entsprechende Kredit auch im Jahr 2013 auf der für 2012 beschlossenen Höhe belassen werden, wobei der Mehrbedarf gegenüber der Finanzplanung des Vorjahres bei den Direktzahlungen vollumfänglich kompensiert wird. Somit bleiben die Mittel im Zahlungsrahmen Produktion und Absatz konstant bei knapp 450 Millionen.

Die Mittel bei den *Grundlagenverbesserungen und Sozialmassnahmen* bleiben gegenüber dem Vorjahresbudget unverändert bei 194 Millionen. Die zur Verfügung stehenden Mittel für die Pflanzen- und Tierzucht, das landwirtschaftliche Beratungswesen, die Betriebshilfe sowie die Umschulungsbeihilfen bleiben auf dem Vorjahresniveau. Hingegen werden die Mittel für die landwirtschaftliche Strukturverbesserung um 3 Millionen (+3%) auf 90 Millionen erhöht und bei den Investitionskrediten Landwirtschaft im gleichen Umfang auf 51 Millionen gesenkt (-6%). Damit wird dem ausgewiesenen Bedarf bei der landwirtschaftlichen Strukturverbesserung Rechnung getragen.

Die *übrigen Ausgaben*, welche nicht über die Zahlungsrahmen gesteuert werden, sinken im Vorjahresvergleich leicht (-2 %). Dies ist hauptsächlich auf einen Rückgang der budgetierten Mittel bei den landwirtschaftlichen Familienzulagen (-7,5 Mio.) zurückzuführen. Damit wird unter anderem eine Änderung des Familienzulagengesetzes (FamZG) berücksichtigt, die am 1.1.2013 in Kraft treten und die Zahl der Bezüger der Familienzulagen vermindern wird. Unter den übrigen Ausgaben enthalten sind auch die Ausfuhrbeiträge für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte («Schoggigesetz») im Umfang von 70 Millionen pro Jahr, die im Vorjahresvergleich unverändert bleiben.

## 27 Beziehungen zum Ausland – Internationale Zusammenarbeit

Mio. CHF	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Voranschlag 2013	Differenz zu VA 2012 absolut	%
<b>Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit</b>	<b>3 214</b>	<b>3 181</b>	<b>3 294</b>	<b>113</b>	<b>3,5</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	5,2	5,0	5,1		
Politische Beziehungen	720	820	749	-72	-8,7
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	2 358	2 100	2 280	179	8,5
Wirtschaftliche Beziehungen	136	260	265	5	1,9

Die Ausgaben für die *Beziehungen zum Ausland – Internationale Zusammenarbeit* erfahren – hauptsächlich aufgrund des starken Anstiegs bei der Entwicklungshilfe – gegenüber dem Vorjahr einen überdurchschnittlichen Zuwachs von 113 Millionen (3,5 %). Der Anstieg gegenüber der Rechnung 2011 fällt mit 80 Millionen etwas tiefer aus. Grund dafür ist die haushaltsneutrale Kapitalisierung der SIFEM AG, die in der Staatsrechnung 2011 bei der *Entwicklungshilfe* und den *Beziehungen zum Ausland* sowohl eine ausgaben- als auch eine einnahmenseitige Erhöhung von 416 Millionen zur Folge hatte.

Die *Politischen Beziehungen* verzeichnen einen Rückgang der Ausgaben um 72 Millionen (-8,7 %). Dieser Bereich macht rund 23 Prozent des Aufgabengebiets aus und umfasst insbesondere die diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Schweiz, Beiträge an internationale Organisationen (UNO, Europarat, Kommissionen und Organisationen im Umweltbereich, u.a.), die Sitzstaatpolitik, die Friedensförderung, den Beitrag an das Auslandsangebot der SRG sowie die Landeskommunikation. Der Hauptgrund für den Ausgabenrückgang ist der Wegfall des einmaligen, im Jahr 2012 gewährten Beitrags für die Renovation des UNO-Gebäudes in Genf (-50 Mio.) sowie der Baudarlehen für die WTO (-25 Mio.). Diesen und weiteren Minderausgaben stehen auch Mehrausgaben gegenüber, namentlich für die UNO aufgrund der nicht linearen Budgetierung der friedenserhaltenden Operationen (+11 Mio.), für die Personalkosten (+8 Mio.) sowie für die zivile Friedensförderung (+6 Mio.).

Wie bereits im Vorjahr verzeichnet die *Entwicklungshilfe* innerhalb der Beziehungen zum Ausland das grösste Wachstum. Ihr Anteil am Aufgabengebiet erhöht sich gegenüber dem Vorjahr (+3 %-Punkte) und beträgt neu 69 Prozent. Aufgrund des

Parlamentsentscheids vom Februar 2011, den Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe am Bruttonationaleinkommen (APD-Quote) bis im Jahr 2015 auf 0,5 Prozent zu erhöhen, steigen die Ausgaben zwischen 2012 und 2013 um 179 Millionen (+8,5 %). Das Wachstum erstreckt sich gemäss der vom Bundesrat im Februar 2012 verabschiedeten Botschaft über die Internationale Zusammenarbeit 2013–2016 auf alle Bereiche der Entwicklungszusammenarbeit. Von den einzelnen Finanzpositionen verzeichnet die finanzielle Unterstützung humanitärer Aktionen den grössten nominellen Zuwachs (+58 Mio.), gefolgt von den bestimmten Aktionen der Entwicklungszusammenarbeit (+53 Mio.), der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit (+34 Mio.), der multilateralen Hilfe (+23 Mio.) und der Osthilfe von SECO und DEZA (22 Mio. bzw. 20 Mio.). Einzig die Darlehen an Entwicklungsländer und osteuropäische Staaten haben einen namhaften Rückgang der Ausgaben (-30 Mio.) zu verzeichnen. Diese Abnahme rührt daher, dass sich die ausgelagerte Entwicklungsfinanzierungsgesellschaft SIFEM AG ab dem Jahr 2013 aus den laufenden Erträgen finanziert und somit die in den Vorjahren gewährte Anschubfinanzierung wegfällt.

Die Ausgaben für die *Wirtschaftlichen Beziehungen*, die neu auch die Beiträge an die Erweiterung der EU enthalten, umfassen 8 Prozent des Aufgabengebiets und weisen ein Wachstum von 5 Millionen (+1,9 %) auf. Die grösste Abweichung gegenüber dem Vorjahr besteht beim Erweiterungsbeitrag der DEZA (+10 Mio.), womit dem fortgeschrittenen Stand der Projekt- und Programmumsetzung Rechnung getragen wird. Dem steht der Wegfall des Beitrags an die Internationale Atomenergieagentur gegenüber (-6 Mio.), welcher ab 2013 den *übrigen Aufgabengebieten (Wirtschaft)* zugeordnet ist.

## 28 Übrige Aufgabengebiete

Mio. CHF	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Voranschlag 2013	Differenz zu VA 2012 absolut %	
<b>Übrige Aufgabengebiete</b>	<b>5 839</b>	<b>6 071</b>	<b>6 029</b>	<b>-42</b>	<b>-0,7</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	9,4	9,5	9,3		
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 490	2 599	2 637	38	1,4
Ordnung und öffentliche Sicherheit	950	1 043	1 087	44	4,2
Kultur und Freizeit	429	476	484	8	1,7
Gesundheit	210	217	229	12	5,5
Umweltschutz und Raumordnung	1 127	1 172	1 032	-140	-11,9
Wirtschaft	632	563	559	-4	-0,7

Die Ausgaben der sechs übrigen Aufgabengebiete belaufen sich auf 9,3 Prozent der Gesamtausgaben. Im Vergleich zum Voranschlag 2012 nehmen sie um 42 Millionen ab. Am stärksten wachsen die Aufgabengebiete Gesundheit (+5,5 %) sowie Ordnung und öffentliche Sicherheit (+4,2 %), während die Ausgaben für Umweltschutz und Raumordnung (-11,9 %) sowie für die Wirtschaft (-0,7 %) rückläufig sind.

Die Ausgaben im Aufgabengebiet *institutionelle und finanzielle Voraussetzungen* liegen 38 Millionen höher als im Voranschlag 2012 (+1,4 %). Die Teilaufgaben Bauten und Logistik (Mieten, Immobilienbetrieb; +20 Mio.) sowie Steuern und Abgaben (ESTV und EZV, v.a. im Informatikbereich, aber auch Aufwand für die Umsetzung der Abgeltungssteuer; +23 Mio.) weisen das stärkste Wachstum aus, während namentlich die Ausgaben für die Informatik (u.a. BIT; -11 Mio.) zurückgehen.

Im Aufgabengebiet *Ordnung und öffentliche Sicherheit* sind 44 Millionen mehr als im Vorjahr eingestellt (+4,2 %). Rund drei Viertel des Anstiegs entfallen auf das Teilgebiet Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug (+32 Mio.), insbesondere auf das Informatikprojekt «Automatisiertes Fingerabdruck Identifizierungssystem (AFIS)», die höheren Abgeltungen für die ausserordentlichen Schutzaufgaben der Kantone und Städte sowie auf höhere Bau- und Betriebsbeiträge an Erziehungs- und Strafvollzugseinrichtungen. Die Ausgaben für die Gerichte nehmen gegenüber dem Voranschlag 2012 um 7 Millionen zu (+4,1 %, v.a. Personal beim BVGer), diejenigen für die Grenzkontrollen um 4 Millionen (+1,2 %).

Für das Aufgabengebiet *Kultur und Freizeit* ist ein Zuwachs von 8 Millionen (+1,7 %) vorgesehen. Mehr als die Hälfte dieser zusätzlichen Mittel kommt dem Sport zu Gute, namentlich für das neue nationale Sportanlagenkonzept (NASAK IV) und für die sportwissenschaftliche Forschung. Die Mehrausgaben in den Bereichen Kulturerhaltung sowie Kulturförderung und Medienpolitik (+3 Mio.) fliessen vor allem in die Filmkultur.

Die Ausgaben für die *Gesundheit* wachsen gegenüber dem Vorjahr um 12 Millionen (+5,5 %). Die Gründe für diesen Zuwachs sind insbesondere die im Rahmen der Tierseuchengesetzrevision beschlossene Intensivierung der Tierseuchenbekämpfung und zusätzliche (drittmittelfinanzierte) Aufträge für das Institut für Viruskrankheiten und Immunprophylaxe (IVI). Daneben führen verschiedene gesundheitspolitische Vorhaben, u.a. die nationale Strategie zur Eliminierung der Masern, zu einem Mehrbedarf beim Bundesamt für Gesundheit (BAG).

Das Aufgabengebiet *Umweltschutz und Raumordnung* verzeichnet gegenüber dem Voranschlag 2012 einen Rückgang von 140 Millionen. Der Hauptgrund dafür ist die tiefere Rückverteilung der CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brennstoffen (-128 Mio.). Im Jahr 2011 wurden der Bevölkerung und der Wirtschaft mehr Mittel zurückverteilt, als die Abgabe einbrachte; dieser Effekt wird im Voranschlag 2013 kompensiert. Zudem musste die Rückverteilung um die (ebenfalls aus der CO<sub>2</sub>-Abgabe finanzierte) Einlage in den neuen Technologiefonds (25 Mio.) gekürzt werden. Rückläufig sind auch die Mittel für die Abwasser- und Abfallbeseitigung (-30 Mio.), u.a. weil die Kantone Projekte verschoben haben. Zudem wird die Entsorgung radioaktiver Abfälle (BFE; 6 Mio.) ab 2013 dem Aufgabengebiet Wirtschaft zugeordnet. Demgegenüber wachsen die Ausgaben für den Naturschutz (+3 %) und für den Schutz vor Naturgefahren (+1,6 %) um je 4 Millionen.

Die Ausgaben für das Aufgabengebiet *Wirtschaft* liegen schliesslich leicht unter dem Vorjahresniveau (-4 Mio.). Drei grössere Faktoren führen zu diesem Ergebnis: Einerseits musste das aus der CO<sub>2</sub>-Abgabe finanzierte Gebäudeprogramm aufgrund der tiefen Erträge im Jahr 2011 um 57 Millionen gekürzt werden. Andererseits wird im Voranschlag 2013 erstmals eine auch aus der CO<sub>2</sub>-Abgabe finanzierte Einlage in den neuen Technologiefonds geleistet (25 Mio.). Dieser dient zur Finanzierung von Bürgschaften zugunsten von Unternehmen, die klimafreundliche Anlagen und Verfahren entwickeln oder vermarkten und wird jährlich mit maximal 25 Millionen geäufnet. Zudem wurden im Voranschlag auch zusätzliche Mittel für die Energiestrategie 2050 im Umfang von 29 Millionen eingestellt. Demgegenüber gehen die Ausgaben für die Standortförderung um rund 6 Millionen zurück; dies ist namentlich auf eine Spitze beim Beitrag an Schweiz Tourismus im Jahr 2012 zurückzuführen (Bekämpfung der Frankenstärke).

### 31 Haushaltsrisiken

#### Begriff und Empfehlungen des IWF

Unter Haushaltsrisiken («Fiscal Risks») versteht man die Gefahr, dass die Abschlüsse der staatlichen Haushalte wesentlich von den budgetierten/geplanten Werten abweichen. Diese Gefahr besteht selbst dann, wenn ein Budget «auf Grund sorgfältiger Schätzung des voraussichtlichen Bedarfs festgesetzt» wird, wie es das Finanzhaushaltsgesetz in Artikel 32 vorschreibt. Ausgaben und Einnahmen beruhen auf zahllosen Annahmen über Ereignisse, die durch gesetzliche Bestimmungen oder vertragliche Verpflichtungen finanzielle Konsequenzen für den Staatshaushalt haben. Das effektive Eintreten des Ereignisses ist aber nur in den seltensten Fällen sicher. Eine sorgfältige Budgetierung kann sich nur an den (im Zeitpunkt der Budgetierung) wahrscheinlichsten relevanten Ereignissen orientieren – Abweichungen von den Plangrössen beim Budgetvollzug sind damit abhängig vom Ausmass der Unsicherheit.

Ein wichtiges Beispiel sind die makroökonomischen Referenzgrössen, die einem Voranschlag zugrunde liegen: Sie orientieren sich zwar an Expertenprognosen, die tatsächliche Wirtschaftsentwicklung wird aber in aller Regel davon abweichen. Von den wirtschaftlichen Grössen abhängige Steuereinnahmen verfehlen dann den Budgetwert, und auch die Ausgaben (etwa bei den Sozialversicherungen oder den Schuldzinsen) fallen deswegen oftmals anders aus als geplant.

Die Erfahrungen der letzten Finanzkrise haben gezeigt, wie gewichtig Haushaltsrisiken werden können und wie hoch der Preis einer fehlenden Vorsorge sein kann.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat 2008 Richtlinien mit dem Titel «Fiscal Risks: Sources, Disclosure, and Management» veröffentlicht. Im Rahmen des Berichts über die Fiskaltransparenz der Schweiz («Fiscal Report on the Observance of Standards and Codes», kurz: «Fiscal ROSC») hat der IWF im Jahr 2009 eine Beurteilung zum Stand der Umsetzung der Richtlinien in der Schweiz verfasst. Die Eidg. Finanzverwaltung (EFV) hat auf Grundlage der Richtlinien und des Berichts mögliche Verbesserungen untersucht und das vorliegende Kapitel in der Finanzberichterstattung als Gefäss für die Thematisierung der Haushaltsrisiken geschaffen.

#### Umgang mit Haushaltsrisiken

Gemäss den Richtlinien des IWF stützt sich der Umgang mit Haushaltsrisiken auf die drei Pfeiler Identifizierung, Offenlegung und Management:

Die *Identifizierung* umfasst die Feststellung/Benennung und Quantifizierung konkreter Haushaltsrisiken. Dabei unterscheidet der IWF drei Arten von Risiken:

1. *Makroökonomische bzw. Prognose-Risiken* beziehen sich insbesondere auf das Bruttoinlandprodukt (BIP), die Teuerung, das Zinsniveau oder die Wechselkurse.
2. *Explizite Risiken* entstehen wenn bestehende Verpflichtungen durch ein bestimmtes (nicht budgetiertes) Ereignis einen Finanzierungsbedarf auslösen. Explizite Risiken betreffen beispielsweise die Schuldenverwaltung, Pensionskassen oder staatliche Unternehmen.
3. *Implizite Risiken* entstehen nicht durch eine explizite Verpflichtung sondern durch öffentlichen Druck (z.B. bei Naturkatastrophen, Sozialversicherungen).

Eine weitere Risikokategorie stellen «politische Risiken» dar. Dabei handelt es sich um Belastungen des Haushaltes durch mögliche zukünftige Beschlüsse der politischen Entscheidungsträger, beispielsweise in Form von Mehrausgaben oder Steuersenkungen.

Neben der qualitativen Benennung von Haushaltsrisiken gilt es auch, ihre quantitative Bedeutung zu identifizieren. Sie bemisst sich an den möglichen finanziellen Folgen der jeweiligen Ereignisse und an deren Eintretenswahrscheinlichkeit. Die Quantifizierung erlaubt eine Priorisierung bei der Handhabung der Haushaltsrisiken.

Mit der *Offenlegung* von Haushaltsrisiken soll deren Management unterstützt werden. Eine hohe Transparenz kann beispielsweise zu einer verbesserten Bonität führen und somit die Kosten bei der Geldaufnahme reduzieren. Eine Offenlegung wird im Allgemeinen nicht empfohlen, wenn dadurch ein «Moral Hazard»-Problem (Anreizproblem) entstehen könnte. Diese Gefahr besteht namentlich bei den impliziten Risiken. Die Offenlegung des Risikos einer Stützung von Unternehmungen im Privatsektor kann beispielsweise deren Risikoverhalten negativ beeinflussen.

Ein erfolgreiches *Management* von Haushaltsrisiken stützt sich gemäss IWF auf einwandfreie Strategien in der Wirtschaftspolitik und der Schuldenverwaltung. Zudem ist eine klare Zuteilung von Rollen und Verantwortlichkeiten in Bezug auf den Umgang mit Haushaltsrisiken notwendig.

### Haushaltsrisiken des Bundes

Der IWF kam in seiner Beurteilung zum Schluss, dass der Bund bei der Umsetzung der Richtlinien betreffend Haushaltsrisiken mehrheitlich dem internationalen «Best-Practice-Standard» entspricht. Wesentlich dazu beigetragen hat die im Zuge der Einführung des NRM erfolgte konsequente Orientierung an den «International Public Sector Accounting Standards» (IPSAS) bei der Rechnungslegung und der Finanzberichterstattung.

Das bestehende Risikomanagement des Bundes basiert auf der Risikopolitik vom Dezember 2004. Das Risikomanagement wurde seither laufend weiterentwickelt. Der Bundesrat hat im

2010 neue Weisungen über die Risikopolitik des Bundes erlassen (s. Band 1, Ziff. 61/3). Die Vorgaben bezüglich Risikoerfassung und Risikobewertung decken sich grösstenteils mit dem empfohlenen Ausweis gemäss IWF-Richtlinien.

Die Offenlegung der Haushaltsrisiken erfolgt hauptsächlich in der Finanzberichterstattung zum Voranschlag und zur Rechnung. Die nachstehende Tabelle fasst sie zusammen und verweist auf die entsprechenden Publikationen. Die hier genannten Offenlegungen erfüllen die Vorgaben des IWF in unterschiedlichem Ausmass. Die EFV prüft fortlaufend Verbesserungen.

### Offenlegung der Haushaltsrisiken

#### Makroökonomische Risiken

Sensitivitätsanalyse makroökonomischer Referenzgrössen	Kapitel «Haushaltsrisiken», Band 3 zum Voranschlag
Bruttoinlandprodukt (BIP)	Kapitel «Alternativszenarien», Band 3 zum Voranschlag sowie Finanzplan
Schuldenverwaltung	Band 5 Finanzplan, Anhang 4
Eventualverbindlichkeiten	Band 1 der Staatsrechnung, Anhang
Vorsorgeverpflichtungen	Band 1 der Staatsrechnung, Anhang
Staatliche Unternehmen	Konsolidierte Rechnung Bund
Steuervergünstigungen	Teil des Subventionsberichts, Bericht ESTV
Sozialversicherungen	«Öffentliche Finanzen der Schweiz», Publikation des Bundesamtes für Statistik

#### Politische Risiken

Mehrausgaben/Steuersenkungen	Band 5 Finanzplan, Kapitel «Mögliche Mehrbelastungen»
------------------------------	---

### Sensitivitätsanalyse volkswirtschaftlicher Eckwerte

Aus der Sensitivitätsanalyse können einfache «Faustregeln» zum Einfluss ausgewählter volkswirtschaftlicher Eckwerte auf das Budget abgeleitet werden. Sie zeigen, wie gewisse Einnahmen- und Ausgabenpositionen im Voranschlag 2013 auf Änderungen des Wirtschaftswachstums oder die kurz- und langfristigen Zinssätze reagieren. Die Sensitivitäten basieren auf Erfahrungswerten und müssen als Grössenordnung verstanden werden.

Die Ergebnisse zeigen beispielsweise, dass bei einem tieferen BIP-Wachstum im Jahr 2013 (-1 %-Punkt) die Fiskaleinnahmen um 1 Prozent zurückgehen, was durch die geringeren Einnahmenanteile (ebenfalls -1 %) nur teilweise aufgefangen wird. Entsprechend fällt das Finanzierungsergebnis um rund 550 Millionen schlechter aus. Die Schuldenbremse würde eine derartige Verschlechterung im Budgetjahr mit einem grösseren Konjunkturfaktor ausgleichen (grösseres konjunkturell zulässiges Defizit).

Die in der nachstehenden Tabelle zusammengefassten Sensitivitätsanalysen basieren auf Annahmen über mögliche makroökonomische Schocks und zeigen die daraus erwarteten Auswirkungen

auf den Bundeshaushalt. Die temporären makroökonomischen Schocks wurden mit Hilfe des Finanzhaushaltsmodells der Eidg. Finanzverwaltung (EFV) simuliert. Die Berechnungen zeigen, dass die Faustregel zur BIP-Sensitivität der Fiskaleinnahmen und der Einnahmenanteile die verschiedenen Schocks relativ gut approximiert. Sie liegt etwa in der Mitte der verschiedenen Ergebnisse. Bei positiven anstelle von negativen Schocks können die Faustregeln ebenfalls verwendet werden. Die Auswirkungen sind ähnlich hoch wie in der Tabelle ausgewiesen, aber in entgegengesetzter Richtung.

Im Unterschied zu den alternativen Budgetszenarien (vgl. Ziff. 32) machen die Faustregeln keine Aussage über die Ursachen der makroökonomischen Schocks und ignorieren auch allfällige Rückkoppelungseffekte («Partialanalyse»). Dies ist vor allem für Änderungen der BIP-Wachstumsrate und deren Auswirkungen auf den Bundeshaushalt von Bedeutung. Ob die Wachstumsverlangsamung durch einen Investitions-, Konsum- oder ausländischen Nachfrageschock ausgelöst wird, hat unterschiedliche Auswirkungen auf die Bundeseinnahmen. Dies betrifft sowohl den Umfang wie auch den Zeitpunkt der Einnahmenreaktion.

### Sensitivitätsanalyse

	Δ Voranschlag 2013	
	in Mio.	in %
<b>1 Prozentpunkt tieferes BIP-Wachstum</b>		
Fiskaleinnahmen	-650	-1,0
Einnahmenanteile	-100	-1,0
Finanzierungsergebnis	-550	-
<b>1 Prozentpunkt höhere kurzfristige Zinsen</b>		
Zinsertrag	110	40,0
Passivzinsen	150	6,6
Nettozinsaufwand	-40	-
<b>1 Prozentpunkt höhere langfristige Zinsen</b>		
Zinsertrag	45	17,9
Passivzinsen	110	4,9
Nettozinsaufwand	-65	-

### Steuervergünstigungen

Die Problematik von Steuervergünstigungen besteht darin, dass sie wie versteckte Subventionen wirken, aber die damit verbundenen Einnahmehausfälle nur schwer quantifizierbar sind, weshalb auch ihre Wirksamkeit und Effizienz kaum einer Evaluation unterzogen werden können. Da sie gesetzlich festgelegt sind, entziehen sie sich auch der parlamentarischen Steuerung im Budget. Vor dem Hintergrund der fehlenden Transparenz hat die OECD im Jahr 2004 dazu Empfehlungen erarbeitet («Best Practice Guidelines – Off Budget and Tax Expenditures»). Sie fordern u.a. den Ausweis der Steuervergünstigungen im Budget, um die Vergleichbarkeit mit den Subventionen zu ermöglichen.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat 2009 im Rahmen seines Berichts über die Fiskaltransparenz der Schweiz die Steuervergünstigungen als Haushaltsrisiko identifiziert. Da ein Monitoring der Steuervergünstigungen nur schwer möglich ist, könne dies zu einer versteckten Erosion der Steuerbasis führen. Auch der IWF empfiehlt deshalb, aus Gründen der Transparenz jährlich mit der Budgetbotschaft über die bestehenden Steuervergünstigungen Bericht zu erstatten.

Beim Bund wurden die Steuervergünstigungen bis anhin im Rahmen des Subventionsberichtes nach Artikel 5 des Subventionsgesetzes in einem eigenständigen Kapitel ausgewiesen. Die Eidg. Steuerverwaltung (ESTV) hat in ihrer Studie vom 2.2.2011 erstmals die Steuervergünstigungen beim Bund systematisch aufgelistet und die Einnahmehausfälle geschätzt. Im Februar 2012 wurde auf der Internetseite der ESTV die Liste der einzelnen Steuervergünstigungen veröffentlicht. Sie soll in Zukunft periodisch aktualisiert werden.

Die Bedeutung der Steuervergünstigungen, sowohl in der Anzahl wie in Bezug auf die Einnahmehausfälle, lässt sich anhand der bisherigen Untersuchungen darstellen:

- Im Subventionsbericht 2008 wurden 92 Steuervergünstigungen gezählt. Auf eine Schätzung der Einnahmehausfälle wurde verzichtet, da in vielen Fällen die notwendige statistische Basis fehlte.
- Im IWF-Bericht über die Fiskaltransparenz der Schweiz wurden die Einnahmehausfälle aus Steuervergünstigungen auf ca. 10 Prozent der Einnahmen des Bundes geschätzt (d.h. bezogen auf 2009 rund 6 Mrd.).
- Der Bericht der ESTV weist nun 141 bestehende Steuervergünstigungen aus, welche – je nach Steuernorm als Berechnungsgrundlage – Einnahmehausfälle zwischen 17 und 21 Milliarden verursachen. Eine grosse Anzahl von Steuervergünstigungen konnte noch nicht quantifiziert werden.
- In der aktuellen Liste der Steuervergünstigungen (unter [www.estv.admin.ch/themen](http://www.estv.admin.ch/themen); Stand 1.2.2012) bleibt das Gesamtbild in Bezug auf die Anzahl und die Einnahmehausfälle unverändert. Neu quantifiziert wurden insb. die Steuervergünstigungen bei der Automobilsteuer (total 1,1 Mio.), der Mineralölsteuer (total 1496 Mio.) und der CO<sub>2</sub>-Abgabe (67 Mio.). Damit summieren sich die quantifizierten Mindereinnahmen aus Steuervergünstigungen zwischen 18,5 und 22,5 Milliarden (d.h. bezogen auf 2011 rund 29 bzw. 35 % der Bundeseinnahmen).

Bei der Beurteilung der obigen Zahlen ist zu berücksichtigen, dass sich im Zeitablauf sowohl die Definition der Steuervergünstigungen als auch die Methode zur Schätzung der Einnahmehausfälle gewandelt hat. Ein Vergleich mit den Zahlen vor 2011 ist deshalb nicht möglich. Erst die Grundlage der ESTV ermöglicht es, die Entwicklung der Steuervergünstigungen im Rahmen der Haushaltsrisiken zu verfolgen.

## 32 Alternativszenarien

Die volkswirtschaftlichen Eckwerte für den Voranschlag 2013 basieren auf der Juni-Prognose der Expertengruppe Konjunkturprognosen des Bundes. Für die Schweiz rechnet die Expertengruppe damit, dass die Konjunktorentwicklung sowohl im laufenden wie auch im kommenden Jahr weiterhin durch einen gut laufenden Binnensektor geprägt bleibt. Der Exportsektor hingegen dürfte aufgrund der verhaltenen europäischen Konjunkturperspektiven unter Druck bleiben. Für das Jahr 2012 erwartet die Expertengruppe ein Wachstum des realen Bruttoinlandprodukts von 1,4 Prozent und für 2013 ein solches von 1,5 Prozent.

Das beschriebene Basisszenario ist von zahlreichen Unsicherheiten geprägt. Jüngste Indikatoren deuten darauf hin, dass das Wirtschaftswachstum weltweit abnehmen könnte. In den USA ist das Bild gegenwärtig gemischt, positive und negative Meldungen wechseln sich ab. Insbesondere der US-amerikanische Arbeitsmarkt zeigt noch immer Schwächen. Das zentrale Konjunkturrisiko betrifft jedoch die Eurozone, wo im Extremfall eine Eskalation der Schuldenkrise droht. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass sich der eingeleitete Schuldenabbau in der Peripherie der Eurozone zunehmend auch auf die Kernländer auswirkt. So vermehren auch wettbewerbsstarke Volkswirtschaften wie Deutschland jüngst sinkende Exporte, rückläufige Industrieproduktion und fallende Auftragseingänge. Es besteht aber auch die Möglichkeit, dass sich sowohl die aussen- wie die binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen besser entwickeln und die Schweizer Konjunktorentwicklung die Erwartungen übertrifft. Die Binnenwirtschaft würde vor allem von einer weiterhin hohen Einwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte profitieren. Die beschriebenen Unsicherheiten und ihre möglichen Auswirkungen auf den Bundeshaushalt können durch die Simulation alternativer Budgetszenarien offengelegt werden.

### Bad Case-Szenario

Das Bad Case-Szenario kombiniert die oben beschriebenen Risiken und modelliert eine Eintrübung des aussenwirtschaftlichen Umfeldes, verbunden mit einer schwächeren internationalen Nachfrage nach schweizerischen Gütern und Dienstleistungen. Die exportorientierten Unternehmen sind im dargestellten Szenario unmittelbar und am stärksten betroffen, mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung kommt es anschliessend zur Transmission der Effekte auf den Binnensektor: Einkommen und Beschäftigung werden negativ tangiert, mit entsprechenden Konsequenzen für die Binnennachfrage. In diesem Szenario liegt das reale Bruttoinlandprodukt im Voranschlagsjahr 2013 rund 1,2 Prozent tiefer als im Basisszenario.

Die Berechnungen zeigen, dass bei diesem Szenario mit Mindereinnahmen in der Höhe von rund 900 Millionen zu rechnen wäre. Da der Auslastungsgrad der Wirtschaft abnimmt, erhöht sich der Konjunkturfaktor merklich. Das damit verbundene konjunkturell zulässige Defizit steigt um rund 500 Millionen an und erlaubt insgesamt ein negatives Finanzierungsergebnis von 1 Milliarde. Gleichzeitig erfährt der Bundeshaushalt – primär

aufgrund niedrigerer Anteile Dritter an den Bundeseinnahmen – ausgabenseitige Entlastungen. Diese Entlastungen und das höhere konjunkturelle Defizit vermögen allerdings die Mindereinnahmen nicht vollständig zu kompensieren. In der Folge resultiert ein kleines strukturelles Defizit von 210 Millionen.

### Good Case-Szenario

Im positiven Szenario unterstellen wir einen starken investitionsgetriebenen Aufschwung in den USA. Dank der höheren Investitions- und Konsumneigung in den USA entwickelt sich die Weltkonjunktur insgesamt dynamischer. Die Schweiz profitiert in der Folge aufgrund einer stärkeren internationalen Nachfrage nach schweizerischen Gütern und Dienstleistungen. Weiter wird angenommen, dass die in den vergangenen Jahren beobachtete Zuwanderung weiter anhält. Dadurch kann die Nachfrage der Unternehmen nach hochqualifizierten Arbeitskräften auch in den kommenden Jahren gedeckt werden, was sich positiv auf die Investitions- und Konsumtätigkeit auswirkt. In diesem Szenario liegt das reale Bruttoinlandprodukt um rund 1,8 Prozent über dem Niveau des Basisszenarios.

Aufgrund der besseren Konjunktorentwicklung wäre im positiven Szenario mit Mehreinnahmen von rund 1 Milliarde zu rechnen. Gleichzeitig verlangt die Schuldenbremse bzw. der Konjunkturfaktor aufgrund des starken Wirtschaftswachstums bereits einen kleinen Überschuss in der Finanzierungsrechnung statt einem Defizit von 0,4 Milliarden. Der verbleibende Spielraum würde aber durch höhere Ausgaben bei den Einnahmanteilen mehrheitlich aufgebraucht, so dass sich am Ende ein struktureller Überschuss von 210 Millionen ergibt.

### Fazit

In beiden Fällen zeigt sich, dass konjunkturelle Schwankungen im Voranschlag nur einen geringen Einfluss auf den strukturellen Saldo des Bundeshaushalts haben. Dank der konjunkturrechten Ausgestaltung der Schuldenbremse wird das schlechtere (bessere) Finanzierungsergebnis durch einen grösseren (kleineren) Konjunkturfaktor fast vollständig kompensiert und der Bundeshaushalt kann seine Wirkung als automatischer Stabilisator frei entfalten. Im Fall des Bad Case-Szenarios würde der strukturelle Saldo zwar negativ. Angesichts der zu erwartenden Minderausgaben beim Budgetvollzug und des hohen Stands des Ausgleichskontos bestünde jedoch kein unmittelbarer Handlungsbedarf.

### Volkswirtschaftliche Eckwerte (Basisszenario und Alternativszenarien; BIP real)

Wachstumsrate in %	Voranschlag 2012	Voranschlag 2013
Good Case-Szenario	1,8	2,8
Basisszenario	1,4	1,5
Bad Case-Szenario	0,6	1,2



## 41 Personal

Mio. CHF	Rechnung	Voranschlag	Voranschlag	Differenz zu VA 2012	
	2011	2012	2013	absolut	%
<b>Personalaufwand</b>	<b>4 923</b>	<b>5 278</b>	<b>5 376</b>	<b>99</b>	<b>1,9</b>
<b>Personalaufwand zu Lasten von Personalkrediten</b>	<b>4 804</b>	<b>5 151</b>	<b>5 237</b>	<b>86</b>	<b>1,7</b>
<b>Legislative</b>	<b>71</b>	<b>74</b>	<b>74</b>	<b>0</b>	<b>0,3</b>
Entschädigungen für Parlamentarier	36	38	38	0	-0,3
Personalaufwand	35	36	36	0	0,8
Übriger Personalaufwand	0	0	0	0	0,0
<b>Judikative</b>	<b>135</b>	<b>141</b>	<b>148</b>	<b>8</b>	<b>5,3</b>
Bezüge Bundesrichter	38	40	39	-1	-2,2
Personalaufwand	96	99	107	8	8,4
Übriger Personalaufwand	1	2	2	0	5,9
<b>Exekutive</b>	<b>4 498</b>	<b>4 690</b>	<b>4 730</b>	<b>40</b>	<b>0,8</b>
Bezüge BR und BK	4	4	4	0	0,0
Bezüge Kommissionen	1	1	1	0	0,0
Personalaufwand	4 383	4 546	4 576	30	0,7
Personalaufwand Lokalpersonal EDA	54	69	73	3	4,8
Übriger Personalaufwand	56	70	76	6	9,0
<b>Global- und Spezialkredite</b>	<b>51</b>	<b>192</b>	<b>226</b>	<b>34</b>	<b>17,5</b>
Berufliche Integration	-	12	12	0	0,0
Hochschulpraktikanten	-	9	8	-1	-6,4
Lernende	-	15	17	2	13,3
Lohnmassnahmen	-	17	25	8	43,9
Arbeitgeberbeiträge global	-	72	91	19	26,7
Arbeitgeberleistungen	51	67	74	6	9,5
<b>Umstrukturierungen</b>	<b>48</b>	<b>54</b>	<b>59</b>	<b>5</b>	<b>10,1</b>
Sozialplan	7	7	7	0	0,0
Vorruhestandsurlaub	42	47	52	5	11,3
<b>Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten</b>	<b>119</b>	<b>127</b>	<b>139</b>	<b>12</b>	<b>9,1</b>
Aufwand für befristet angestelltes Personal	119	127	139	12	9,1
<b>Personalausgaben</b>	<b>4 945</b>	<b>5 278</b>	<b>5 376</b>	<b>99</b>	<b>1,9</b>

Hinweise:

- Personalaufwand: Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge
- Lohnmassnahmen: V13 vorsorglich eingestellte Lohnmassnahmen
- Arbeitgeberbeiträge global: R11 dezentralisiert; V12 für zentral eingestellte Kredite reserviert (vor Abtretung); V13 für Lohnmassnahmen und zentral eingestellte Kredite sowie zum Ausgleich der Arbeitgeberbeiträge bei Altersdifferenzen reserviert (vor Abtretung)
- Arbeitgeberleistungen: Überbrückungsrenten nach BPV Art. 88f, BPV Art. 116c, Berufsunfall und Berufsinvalidität, Altlasten PKB (Prozessrisiken), familienergänzende Kinderbetreuung

Der Personalaufwand wird nach den drei staatlichen Gewalten gegliedert. Hinzu kommen die Global- und Spezialkredite, die zentral vom Eidg. Personalamt (EPA) budgetiert und bewirtschaftet werden.

Gegenüber dem Voranschlag 2012 steigt der Personalaufwand um 98 Millionen (+1,9%) an. Unter Berücksichtigung der haushaltsneutralen Stellenaufstockungen, die innerhalb der Ausgabenplafonds der Departemente kompensiert oder durch direkte Mehreinnahmen finanziert werden, wächst er leicht schneller als der Gesamtaufwand des Bundes (1,3%). Der Anstieg begründet sich vorab durch Aufstockungen bei der Judikative, der Exekutive sowie bei den Global- und Spezialkrediten.

### Legislative

Der Personalaufwand der Legislative bleibt gegenüber dem Voranschlag 2012 unverändert.

### Judikative

Während die Bezüge der Bundesrichter um knapp eine Million sinken, steigt der Personalaufwand der Judikative gegenüber dem Vorjahr um knapp 8 Millionen an. Dieser Anstieg ist hauptsächlich auf Aufgabenintensivierungen bei der Bundesanwaltschaft und den Gerichten sowie befristete Mehraufwendungen im Zusammenhang mit dem Umzug des Bundesverwaltungsgerichts nach St. Gallen zurückzuführen.

### Exekutive

Der für die Kostensteuerung massgebende Personalaufwand der Exekutive nimmt gegenüber dem Voranschlag 2012 um 40 Millionen (+0,8%) zu. Der Anstieg begründet sich im Einzelnen wie folgt:

Gut 30 Millionen ergeben sich aus den mit der Gesamtbeurteilung Ressourcen im Personalbereich 2012 beschlossenen Stellenaufstockungen. Von den Departementen sind knapp 300 neue Stellen beantragt worden (Vorjahr: 212). Davon haben rund 145 Stellen (20 Mio.) keine Auswirkungen auf den Haushaltssaldo, da deren Finanzierung über Mehreinnahmen oder eine Kompensation im Sachaufwand gesichert ist. 138 der beantragten Stellen (13 Mio.) führen zu Mehrausgaben. Darin enthalten sind Stellen zur Umsetzung der Energiestrategie 2050 (13 FTE), der diversen Steuerabkommen (31 FTE), des ausserprozessualen Zeugenschutzes (10 FTE) sowie diverser Vorhaben im Gesundheitsbereich (12 FTE). Weitere 20 Stellen entfallen auf Aufstockungen im Migrationsbereich für die Bewältigung der gestiegenen Asylgesuche. Die restlichen Stellen verteilen sich in etwa gleichmässig auf alle Departemente. Den Verwaltungseinheiten werden für diese neuen Stellen erstmals nur die Hälfte der angebotenen Mittel zugesprochen. Die hälftige Zuteilung der Lohnkosten im ersten Jahr ist eine Massnahme zur Eindämmung der Kreditrisse im Personalbereich und beruht auf dem Umstand, dass neue Stellen in den meisten Fällen erst im Verlauf eines Jahres besetzt werden können. Detaillierte Begründungen zu den Stellenaufstockungen können der Zusatzdokumentation des Eidg. Personalamtes zum Voranschlag 2013 entnommen werden.

Der Personalaufwand der nach FLAG-Grundsätzen geführten Verwaltungseinheiten bleibt gegenüber dem Voranschlag 2012 in etwa stabil. Hinter dieser vermeintlichen Stabilität verbergen sich indes namhafte Verschiebungen. Die Verselbstständigung des Bundesamtes für Metrologie (METAS) bewirkt, dass der Personalaufwand im Voranschlag 2013 um 25 Millionen zurückgeht. Die restlichen FLAG-Verwaltungseinheiten verzeichnen demgegenüber einen Zuwachs des Personalaufwandes in derselben Höhe. Die grösste Zunahme erfahren die Zentrale Ausgleichsstelle (ZAS; +12,5 Mio.) und das Bundesamt für Strassen (ASTRA; +5,4 Mio.).

Der Personalaufwand des Lokalpersonal EDA steigt um 3 Millionen an und ist hauptsächlich auf den Ausgleich der Teuerung und Realloohnerhöhungen zurückzuführen.

Der übrige Personalaufwand steigt um knapp 6 Millionen an. Davon entfallen knapp 5 Millionen auf die Verwaltungskosten der Familienausgleichskasse. Diese unterliegen nicht mehr der Leistungsverrechnung, sondern werden neu finanzierungswirksam in Rechnung gestellt. Entsprechend musste auch deren Budgetierung angepasst werden.

#### **Global- und Spezialkredite**

##### *Berufliche Integration, Hochschulpraktika und Lernende*

Der Kredit für die berufliche Integration bleibt gegenüber dem Vorjahr stabil. Bei den Hochschulpraktika hingegen sinkt er um 1 Million, während er bei den Lernenden gegenüber dem Vorjahr um 2 Millionen ansteigt. Der gestiegene Mittelbedarf bei den Lernenden ist auf einen weiteren Ausbau der Lehrstellen und Massnahmen zur Beschäftigung stellenloser Lehrabgänger zurückzuführen.

#### *Lohnmassnahmen*

Für allfällige Lohnmassnahmen sind vorsorglich Mittel im Umfang von 0,6 Lohnprozenten (25 Mio.) eingestellt. Der Zuwachs gegenüber dem Voranschlag 2012 fällt jedoch erheblich geringer aus (8 Mio.), weil die Lohnmassnahmen 2012 tiefer ausfielen als ursprünglich budgetiert. Die definitiven Lohnmassnahmen werden erst nach den Lohnverhandlungen zwischen den Sozialpartnern und in Kenntnis der Ergebnisse der Lohnrunde in der Wirtschaft Ende November festgelegt.

#### *Arbeitgeberbeiträge global*

Die zentral beim EPA eingestellten Arbeitgeberbeiträge steigen insgesamt um 19 Millionen an. Ein Mehraufwand von 14 Millionen gegenüber dem Vorjahr besteht, weil 2012 die Mittel für den Grundlagenwechsel PUBLICA nur für ein halbes Jahr, im 2013 hingegen für das ganze Jahr budgetiert wurden. Weitere 5 Millionen gehen auf die vorsorglich eingestellten Mittel für Lohnmassnahmen zurück.

#### *Arbeitgeberleistungen*

Die zentral eingestellten Arbeitgeberleistungen nehmen gegenüber dem Voranschlag 2012 um 6 Millionen zu. Die Zunahme ist auf die Überbrückungsrenten bei vorzeitigen freiwilligen Pensionierungen gemäss Art. 88f Bundespersonalverordnung (BPV) im Umfang von 9 Millionen zurückzuführen. Dieser Mehrbedarf ergibt sich aufgrund einer angepassten Berechnungsgrundlage (langjähriges Mittel). Gleichzeitig nehmen die Ausgaben der Arbeitgeberzusatzleistungen (VLVA) um knapp 2 Millionen zu sowie die Ruhegehälter an Magistratspersonen und deren Hinterlassene ab (-0,5 Mio.).

#### **Umstrukturierungen**

Die Aufwendungen im Rahmen des Sozialplans bleiben stabil. Diejenigen für den Vorruhestandsurlaub nach Artikel 34 BPV (VBS, GWK) nehmen hingegen um 5 Millionen zu. Die Kostensteigerung steht im Zusammenhang mit der von Jahr zu Jahr unterschiedlichen Anzahl an Personen, welche nach der entsprechenden Regelung in den Vorruhestandsurlaub eintreten.

#### **Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten**

Bei den Personalausgaben zu Lasten von Sachkrediten beträgt der Zuwachs 12 Millionen (inkl. Arbeitgeberbeiträge). Die Aufstockungen fallen hauptsächlich beim EVD/SECO (7,5 Mio. u.a. für Wirtschaftliche Zusammenarbeit) und beim EDA an (rund 5 Mio. u.a. für Entwicklungshilfe). Weitere 2 Millionen entfallen auf das UVEK/BFE (u.a. Umsetzung der Energiestrategie 2050). Gut zwei Drittel dieser Aufstockungen werden innerhalb der jeweiligen Sachkredite kompensiert. Dem Mehraufwand gegenüber steht ein Minderbedarf von fast 2,5 Millionen im EDI und EJPD.

## 42 Informations- und Kommunikationstechnologien IKT

In der Bundesinformatik besteht eine Trennung zwischen Leistungserbringern (LE) und Leistungsbezügern (LB). Das ermöglicht eine bessere Zuordnung der Verantwortung und die Schaffung einer Auftraggeber- und Auftragnehmerbeziehung.

Die *Leistungserbringer* (LE) – BIT, Informatikdienstleistungszentren des EDA, EJP, EVD und Führungsunterstützungsbasis der Armee (FUB) des VBS – erbringen als Service-Center Leistungen insbesondere gegenüber den Dienststellen der zentralen Bundesverwaltung und verrechnen sämtliche bundesinternen Leistungen kreditwirksam auf der Basis einer Planvollkostenrechnung. Die Leistungsverrechnung (LV) beläuft sich 2013 auf 506 Millionen. Daneben erbringen das BIT und das ISC-EJP in geringem Umfang auch Leistungen ausserhalb der zentralen Bundesverwaltung (z.B. für Swissmedic, Publica, FINMA, Schweizerisches Nationalmuseum und Schweizerische Steuerkonferenz); diese Leistungen werden finanzierungswirksam entschädigt. Das ISC-EJP erbringt zudem Aufgaben in Zusammenhang mit der Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs. Die IKT-LE werden seit dem 1.1.2007 mit Ausnahme der FUB als FLAG-Ämter mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt.

Die für die Leistungserbringung erforderlichen Mittel (Personalaufwand, Sach- und Betriebsaufwand, Abschreibungen sowie Investitionsausgaben) werden bei den LE eingestellt. Durch die Leistungserbringung erwirtschaften diese Erträge: finanzierungswirksam von den externen Bezüchern, LV von den bundesinternen Bezüchern. Dem LV-Ertrag der LE stehen LV-Aufwände der verschiedenen LB (Dienststellen) gegenüber.

Gemessen am für die Leistungserbringung benötigten Aufwand ist das BIT mit 347 Millionen der grösste IKT-LE. Es folgen FUB (338 Mio.), ISC-EJP (95 Mio.) und Informatik EDA (51 Mio.). Kleinster Leistungserbringer ist das ISCECO des EVD (20 Mio.).

Die *Leistungsbezüger* (LB) können ihre IKT-Leistungen bei bundesinternen LE oder – im Einverständnis mit ihrem Departement – bei externen LE beziehen. Die LB budgetieren die für den Bezug von IKT-Leistungen notwendigen Mittel: finanzierungswirksam für extern bezogene Leistungen und LV für bundesintern bezogene Leistungen. Bei den finanzierungswirksamen Mitteln der Leistungsbezüger handelt es sich insbesondere um Aufwand und Ausgaben für den Kauf bzw. die Entwicklung von amtsspezifischen Fachanwendungen und deren Betrieb.

Folgende IKT-Kredite werden zentral eingestellt und gesteuert:

- Bund: zentral budgetierte und durch den Bundesrat oder das Informatiksteuerungsorgan Bund (ISB) im Sinne einer strategischen Steuerung freizugebende Mittel (beim ISB: Informatikreserve Bund, IKT-Wachstum Bund und Investitionsmittel für IKT-Standarddienste).
- Departemente: Informatikreserven und Mittel für Projekte, bei denen der Entscheid betreffend einer externen oder internen Leistungserbringung noch nicht gefallen ist.

Die in der Tabelle ausgewiesenen Zahlen setzen sich wie folgt zusammen:

- Ertrag: finanzierungswirksame Erträge, welche die LE gegenüber externen Dritten erwirtschaften.
- Aufwand: finanzierungswirksamer und nicht-finanzierungswirksamer Aufwand von LB und LE sowie LV-Aufwand der LE für bundesintern bezogene Leistungen wie Mieten oder Büromaterial.
- Investitionsausgaben von LB und LE.
- Ausgaben: finanzierungswirksamer Aufwand und Investitionsausgaben.

Die Leistungsverrechnung zwischen IKT-LE (LV-Ertrag) und LB (LV-Aufwand) wird nicht ausgewiesen, da den LV-Aufwänden der LB finanzierungswirksame Aufwände bei den LE gegenüberstehen und diese Aufwände sonst doppelt enthalten wären.

Der finanzierungswirksame *Ertrag* der Informatik-Leistungserbringer steigt gegenüber dem Voranschlag 2012 um 1 Million (+3,0%) auf 34 Millionen. Die Zunahme ist vollumfänglich beim übrigen Ertrag zu verzeichnen, wo der Dienst für Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs neu feste und mobile Internetzugänge überwacht.

## Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)

Mio. CHF	Rechnung	Voranschlag	Voranschlag	Differenz zu VA 2012	
	2011	2012	2013	absolut	%
<b>Erfolgsrechnung</b>					
<b>Ertrag</b>	<b>43</b>	<b>33</b>	<b>34</b>	<b>1</b>	<b>3,0</b>
Ertrag aus Informatikleistungen	29	19	19	0	0,0
Übriger Ertrag	14	14	15	1	7,1
<b>Aufwand</b>	<b>1 094</b>	<b>1 203</b>	<b>1 189</b>	<b>-14</b>	<b>-1,2</b>
Personalaufwand (nur Leistungserbringer)	347	352	350	-2	-0,6
Sach- und Betriebsaufwand	645	710	727	17	2,4
Hardware Informatik	46	57	44	-13	-22,8
Software	36	36	35	-1	-2,8
Informatik Betrieb/Wartung	120	153	162	9	5,9
Informatikentwicklung, -beratung, -dienstleistungen	244	254	281	27	10,6
Telekommunikation	50	49	49	0	0,0
Übriger Sach- und Betriebsaufwand (nur Leistungserbringer)	149	161	156	-5	-3,1
Abschreibungen	102	141	112	-29	-20,6
<b>Investitionsrechnung</b>					
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>96</b>	<b>111</b>	<b>99</b>	<b>-12</b>	<b>-10,8</b>
Investitionen Informatiksysteme	46	58	54	-4	-6,9
Investitionen Software	49	53	45	-8	-15,1
Übrige Investitionen (nur Leistungserbringer)	1	0	0	0	-23,3
<b>Ausgaben</b>	<b>956</b>	<b>1 034</b>	<b>1 033</b>	<b>-1</b>	<b>-0,1</b>
Finanzierungswirksamer Aufwand	860	923	934	11	1,2
Investitionsausgaben	96	111	99	-12	-10,8

Der budgetierte *Aufwand* für die Informations- und Kommunikationstechnologien sinkt gegenüber dem Voranschlag 2012 um 14 Millionen (-1,2%). Der Anteil des IKT-Aufwands am Funktionsaufwand des Bundes sinkt ebenfalls von 12,2 Prozent auf 11,8 Prozent. Der Minderaufwand von 14 Millionen lässt sich durch gegenläufige Veränderungen vor allem in den folgenden Bereichen erklären:

- 29 Millionen Minderaufwand für Abschreibungen hauptsächlich in folgenden Bereichen: 11 Millionen für Informatikinfrastruktur bei den LE (6 Mio. beim ISC-EJPD und 5 Mio. beim BIT), 8 Millionen für Abschreibungen von Software beim Bundesamt für Strassen (ASTRA) und je 4 Millionen beim EDA und bei der Eidg. Zollverwaltung.
- 13 Millionen Minderaufwand für Hardware bei folgenden Dienststellen: Verteidigung, BIT, Informatik EDA und Bundesversammlung.
- Reduktion übriger Sach- und Betriebsaufwand der LE um 5 Millionen, davon 3 Millionen beim BIT wegen Minderaufwand Mieten und 2 Millionen bei der FUB beim Aufwand für Betrieb und Infrastruktur.
- Zunahme Aufwand für Informatikentwicklung um 10 Millionen durch haushaltsneutrale Verschiebungen von Projekten von den Investitionsausgaben in den Sachaufwand.
- 7 Millionen Mehrbedarf für die Modernisierung der Informatiklösungen bei der Zentralen Ausgleichsstelle (ZAS).

- 7 Millionen Mehrausgaben für folgende Grossprojekte beim EJPD: Automatisiertes Fingerabdruck Identifizierungssystem (AFIS) und Erneuerung Schweizer Pass und Identitätskarte.
- je 2 Millionen zusätzlicher Betriebsaufwand beim Bundesamt für Polizei (fedpol), beim GS-UVEK und beim Bundesamt für Umwelt.
- je 1 Million zusätzlicher Betriebsaufwand beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und beim ASTRA.

Betrachtet man die Änderungen im Aufwand gegliedert nach *Aufwandarten*, so nimmt der Sach- und Betriebsaufwand um 17 Millionen zu, während der Personalaufwand um 2 Millionen und die Abschreibungen um 29 Millionen abnehmen.

Die Abnahme beim *Personalaufwand* der Leistungserbringer ist hauptsächlich auf einen Rückgang des Personalaufwands beim BIT zurückzuführen. Beim *Sach- und Betriebsaufwand* sind gegenläufige Bewegungen zu verzeichnen: Während der Aufwand für die Entwicklung von neuen Projekten (+27 Mio.) und der Aufwand für Betrieb/Wartung (+9 Mio.) steigen, sinkt der Aufwand für Hardware (-13 Mio.), Software (-1 Mio.) und für übrigen Sach- und Betriebsaufwand der Leistungserbringer (-5 Mio.). Die Zunahme beim Betrieb/Wartung und beim Aufwand für Informatikentwicklung, -beratung und -dienstleistungen wurde bereits weiter oben erklärt. Die *Abschreibungen* sinken um 29 Millionen. Die Details dazu sind ebenfalls weiter oben beschrieben.

Die *Investitionsausgaben* gehen gegenüber dem Voranschlag 2012 um 12 Millionen zurück (-11,1 %). Dies ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass 10 Millionen haushaltsneutral von den Investitionsausgaben in den Informatik-Sachaufwand verschoben wurden. Ausserdem weist das BIT gegenüber dem Vorjahr Minderausgaben von 7 Millionen aus, weil grosse Projekte im Netzwerkbereich abgeschlossen werden konnten. Von den Investitionsausgaben von insgesamt 99 Millionen entfallen 39 Millionen auf die Leistungserbringer und 60 Millionen auf die Leistungsbezüger.

Die *Ausgaben* sinken insgesamt um 1 Million und betragen im Total 1033 Millionen. Sie setzen sich zusammen aus dem finanzierungswirksamen Aufwand (934 Mio.) und den Investitionsausgaben (99 Mio.). Der finanzierungswirksame Aufwand berechnet sich folgendermassen: Aufwand minus nicht-finanzierungswirksamer Aufwand (118 Mio.) minus LV-Aufwand der

Leistungserbringer (137 Mio.). Bei der Beurteilung des Ausgabenwachstums im IKT-Bereich ist zu berücksichtigen, dass einerseits das Bundesamt für Metrologie (METAS) per 1.1.2013 aus der zentralen Bundesverwaltung ausgelagert wird und damit IKT-Ausgaben von 2 Millionen wegfallen. Andererseits wurde das IKT-Lösungszentrum Genf vom BIT an die ZAS transferiert (43 Vollzeitstellen oder rund 7 Mio.). Damit ist die ZAS ein interner LE des EFD, welcher IKT-Leistungen ausschliesslich im Bereich der Fachanwendungen und für sich selbst erbringt. Die Personalausgaben für das Lösungszentrum der ZAS werden nicht mehr unter den IKT-Ausgaben geführt. Unter Berücksichtigung dieser beiden Sachverhalte steigen die Ausgaben um 8 Millionen oder 0,8 Prozent. Damit bestätigt sich, dass die Sparmassnahmen des Bundesrates im Eigenbereich der Verwaltung ihre Wirkung zeigen. Die aus finanzpolitischer Sicht positive Entwicklung ist zu einem grossen Teil auf die Umsetzung der Sparmassnahmen aus dem Konsolidierungsprogramm 2012/2013 zurückzuführen.

### 43 Bundestresorerie

Die Bundestresorerie sorgt dafür, dass die Zahlungsbereitschaft des Bundes sowie der ihr angeschlossenen Betriebe und Anstalten jederzeit gewährleistet ist. Der Finanzierungsbedarf wird grundsätzlich durch Mittelaufnahmen am Geld- und Kapitalmarkt gedeckt. Die wichtigsten Geldbeschaffungsinstrumente sind die Anleihen und die Geldmarkt-Buchforderungen. Die benötigten Devisen im Bereich Euro (EUR) und US-Dollar (USD) werden für das Budgetjahr mittels Termingeschäften an den Devisenmärkten beschafft. Zum Ausgleich von Liquiditätsschwankungen hält der Bund angemessene Tresoreriemittel, welche sicher und zinstragend angelegt sind.

Im Voranschlag 2013 ergibt sich insgesamt ein Finanzierungsbedarf von 0,7 Milliarden (Ergebnis der Finanzierungsrechnung, Infrastrukturfonds, Tresoreriedarlehen). Die Bundestresorerie wird die notwendigen Mittel am Geld- und Kapitalmarkt beschaffen. Bei den Anleihen ist eine Mittelaufnahme von 7 Milliarden geplant. Unter Berücksichtigung der Rückzahlung einer Anleihe im Betrag von 6,9 Milliarden ergibt sich eine Mittelbeschaffung von netto 0,1 Milliarden. Entsprechend werden die ausstehenden Anleihen Ende 2013 auf rund 79,5 Milliarden

verharren. Die Geldmarkt-Buchforderungen werden nur leicht um 0,2 auf 14,8 Milliarden abgebaut. Der Rest des Bedarfs wird durch eine Reduktion der liquiden Mittel sowie der kurzfristigen Geldanlagen gedeckt. Allfällige kurzfristige Mittelbedürfnisse und Schwankungen der Tresoreriemittel werden im Rahmen des täglichen Cashmanagements durch Geldmarktkredite und -anlagen abgedeckt. Das weiterhin regelmässige Auftreten des Bundes am schweizerischen Kapitalmarkt hilft, auch in Zukunft eine angemessene Marktliquidität im Segment der Bundesanleihen zu gewährleisten. Am Kapitalmarkt gelten die Renditen der Bundesanleihen als Referenzgrösse. Das heisst, dass die Renditen der Obligationen anderer Schuldner mit jener der «Eidgenossen» verglichen werden. Die Bundesanleihen weisen dank der erstklassigen Bonität des Bundes die tiefsten Renditen auf.

Im Rahmen des Devisen-Bewirtschaftungskonzepts hat die Tresorerie Fremdwährungen für das Budget 2013 von rund 276 Millionen Euro und rund 466 Millionen US-Dollar beschafft beziehungsweise abgesichert. Weiter sichert die Bundestresorerie bei Bedarf Spezialfinanzierungen in verschiedenen Währungen wie Euro, US-Dollar, britischen Pfund und norwegischen Kronen ab.

#### 44 Beratung und Auftragsforschung

Mio. CHF	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Voranschlag 2013	Differenz zu VA 2012 absolut	%
<b>Aufwand für Beratung und Auftragsforschung</b>	<b>225</b>	<b>266</b>	<b>292</b>	<b>26</b>	<b>9,7</b>
Allgemeiner Beratungsaufwand	202	252	206	-46	-18,1
Allgemeiner Beratungsaufwand Unselbständige	17	7	6	-1	-8,7
Kommissionen	6	7	8	0	6,1
Auftragsforschung	-	-	72	72	-
<b>Ausgaben für Beratung und Auftragsforschung</b>	<b>222</b>	<b>266</b>	<b>292</b>	<b>26</b>	<b>9,7</b>

Unter Beratung und Auftragsforschung werden Dienstleistungen ausgewiesen,

- deren Empfänger der Bund ist: Zur Beratung zählen somit Gutachten, Expertisen, Auftragsforschung sowie fachliche Beratung in Fragen der Politikgestaltung, der Kommunikation oder der Führung; und
- die einen Beitrag zur Optimierung von Bundesaufgaben leisten: Die externe Leistung muss einen Mehrwert für die Aufgabenerfüllung durch den Bund darstellen. Nicht zur Beratung zählen externe Dienstleistungen, bei denen die Aufgabenerfüllung an Dritte übertragen wird (z.B. Übersetzungen, Durchführung von Kampagnen, externe Revisionen, usw.).

Neu wird ab dem Voranschlag 2013 innerhalb der Beratung und Forschung zwischen allgemeiner Beratungstätigkeit (Gutachten, Expertisen) und Auftragsforschung unterschieden (Ressortforschung, Markt- und Meinungsforschung etc.). Unter die Auftragsforschung fällt rund ein Viertel des gesamten Beratungsaufwandes.

Gegenüber dem Voranschlag 2012 ist von Aufwandssteigerungen von 25,9 Millionen resp. 9,7 Prozent auszugehen. Davon entfallen rund 10 Millionen auf Auftragsforschung im Rahmen der Energiestrategie 2050 (BFE, BAV, ASTRA) und 7 Millionen auf Mehraufwendungen des Verteidigungsbereichs. Darüber hinaus weisen folgende Verwaltungseinheiten einen höheren Mehrbedarf aus:

- das Bundesamt für Strassen (ASTRA): 5,4 Millionen, davon 2,5 Millionen für die Energiestrategie 2050.
- das Bundesamt für Veterinärwesen (BVET): 3 Millionen für die Intensivierung der Früherkennung und Überwachung von Tierseuchen.
- das Bundesamt für Gesundheit (BAG): 1,6 Millionen zur Umsetzung verschiedener gesundheitspolitischer Vorhaben.
- die Eidg. Steuerverwaltung (ESTV): 1,3 Millionen für die Bereiche Mehrwertsteuer und Abgeltungssteuer.
- das Generalsekretariat VBS: 1,2 Millionen für das Projekt «Sicherheitsverbundübung 2014» und diverse weitere Projekte der Departementsführung.
- das EDA: 1,2 Millionen für Projekte im Bereich der zivilen Konfliktbearbeitung und der Menschenrechte.



## Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget FLAG

Mio. CHF	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Voranschlag 2013	Differenz zu VA 2012 absolut	%
<b>Erfolgsrechnung</b>					
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>2 465</b>	<b>2 241</b>	<b>2 281</b>	<b>40</b>	<b>1,8</b>
Funktionsertrag (Globalbudget)	2 237	2 107	2 095	-12	-0,6
Regalien und Konzessionen	30	30	30	0	-1,0
Übriger Ertrag	198	104	157	53	50,3
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>5 400</b>	<b>5 623</b>	<b>5 814</b>	<b>191</b>	<b>3,4</b>
Funktionsaufwand (Globalbudget)	4 001	4 116	4 176	60	1,5
Transferaufwand	1 342	1 417	1 544	128	9,0
Übriger Aufwand	57	90	93	3	3,8
<b>Ausserordentlicher Ertrag</b>	<b>-</b>	<b>634</b>	<b>-</b>	<b>-634</b>	<b>-100,0</b>
<b>Investitionsrechnung</b>					
<b>Ordentliche Investitionseinnahmen</b>	<b>40</b>	<b>35</b>	<b>35</b>	<b>-1</b>	<b>-1,8</b>
Veräusserung Sach- und immaterielle Anlagen (Globalbudget)	25	33	34	1	2,0
Rückzahlung Darlehen und Beteiligungen	15	3	1	-1	-50,0
<b>Ordentliche Investitionsausgaben</b>	<b>2 610</b>	<b>2 727</b>	<b>2 806</b>	<b>79</b>	<b>2,9</b>
Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget)	1 586	1 622	1 600	-23	-1,4
Investitionsbeiträge	170	177	181	4	2,4
Übrige Investitionen	854	928	1 026	98	10,6
<b>Ausserordentliche Investitionsausgaben</b>	<b>850</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>

Hinweis: Ausweis der Erfolgsrechnung inklusive interner Leistungsverrechnung

FLAG umfasst 2013 noch 20 Verwaltungseinheiten. Der Bestand sinkt um eine Einheit, weil das Bundesamt für Metrologie (METAS) per 1.1.2013 in eine öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechnung überführt wird. Für die bessere Vergleichbarkeit werden alle Zahlenwerte ohne Bundesreisezentrale (Verlust des FLAG-Status per 1.1.2012) und METAS dargestellt. Die FLAG-Einheiten sind wie im Vorjahr verantwortlich für rund 30 Prozent des Eigenaufwandes des Bundes.

Der *ordentliche Ertrag* der FLAG-Verwaltungseinheiten nimmt gegenüber 2012 um 40 Millionen (+ 1%) zu, was auf den steigenden *übrigen Ertrag* zurückzuführen ist.

Der *Funktionsertrag* verzeichnet einen leichten Rückgang um 12 Millionen (-0,6%), wobei der Anstieg beim finanzierungswirksamen Teil durch den Rückgang bei der Leistungsverrechnung überkompensiert wird.

- Der *finanzwirksame Funktionsertrag* macht mit 374 Millionen rund einen Sechstel des Funktionsertrages aus. Er steigt gegenüber dem Vorjahr um 38 Millionen (+11,4%). Der Hauptgrund dafür sind die vom AHV-Fonds vergüteten Mehrleistungen der Zentralen Ausgleichskasse (ZAS) und die künftig finanzierungswirksame Verrechnung der Verwaltungskosten der Eidg. Ausgleichskasse.
- 80 Prozent des Funktionsertrages (1674 Mio.) entstammen der *internen Leistungsverrechnung* (LV). Der Ertragsrückgang von 50 Millionen (-2,9%) hat hauptsächlich folgende Ursachen: Die armasuisse Immobilien verzeichnet als Folge der mit der Armee XXI zu vollziehenden Reduktion des Immobilienbestandes und im Rahmen des neuen Stationierungskonzeptes

geringere Mieterträge (-33 Mio.). Die Erträge des Bundesamtes für Informatik und Telekommunikation (BIT) verringern sich aufgrund von Preisreduktionen im Bereich Büroautomation, Telekommunikation und Betrieb von Anwendungen (-7 Mio.), der Überführung des IT-Lösungszentrums Genf (LZG) zur Zentralen Ausgleichsstelle (-4 Mio.) sowie aufgrund von Minderleistungen im Projektgeschäft (-3 Mio.).

- Der nicht finanzierungswirksame Ertrag von 46 Millionen hat lediglich einen Anteil von 2 Prozent des Funktionsertrages. Er bleibt stabil auf Vorjahresniveau.

Die Zunahme im *übrigen Ertrag* widerspiegelt einerseits die Eigentumsübertragung von Kantonen an den Bund nach Fertigstellung von Nationalstrassenteilstücken nach altem Recht beim ASTRA (+48 Mio.) und andererseits den im Vergleich zum Vorjahr um 3 Millionen höheren Münzumsatz bei der swissmint.

Der *ordentliche Aufwand* der FLAG-Einheiten erhöht sich gegenüber 2012 um 191 Millionen (+3,4%). Knapp ein Drittel betrifft den *Funktionsaufwand*, der um 60 Millionen ansteigt. Mehr als drei Viertel der Steigerung entfallen auf die ZAS und das ASTRA (+47 Mio.). Gleichzeitig sinkt der Funktionsaufwand beim BIT um 20 Millionen. Ohne ZAS, BIT und ASTRA wachsen die Globalbudgets der FLAG-Einheiten durchschnittlich um 0,8 Prozent. Im Vergleich dazu erhöht sich der Eigenaufwand im Nicht FLAG-Bereich um 1,4 Prozent. Der Funktionsaufwand setzt sich nahezu unverändert zusammen aus 22 Prozent Personalaufwand, 36 Prozent Sach- und Betriebsaufwand und 42 Prozent Abschreibungen. Die Aufwände verändern sich im Einzelnen wie folgt:

- Der *Personalaufwand* steigt um 28 Millionen (+3,2 %). 80 Prozent dieses Anstiegs (22 Mio.) entstehen bei der ZAS (+16 Mio.) und beim ASTRA (+6 Mio.). Bei der ZAS ist er bedingt durch die Übernahme des Lösungszentrums Genf vom BIT, die Modernisierung der IT-Systeme und veralteter Anwendungen sowie den Mengenzuwachs (Rentengesuche und Umsetzung der IV-Gesetzesrevision). Beim ASTRA ist die Zunahme auf die Umsetzung der Energiestrategie, des CO<sub>2</sub>-Gesetzes und des neuen Netzbeschlusses zurückzuführen. Weitere Mehraufwände von 12 Millionen entstehen bei der Vollzugstelle für den Zivildienst (+4 Mio.) zur Abdeckung des Vollzugsaufwands für die gestiegene Zahl an Zivildienstpflichtigen, bei armasuisse Immobilien (+3 Mio.) für die Instandsetzung von Liegenschaften, beim Informatik Service Center EJPD (+2 Mio.) für eine kostengünstigere interne Leistungserstellung, beim Bundesamt für Zivilluftfahrt (+2 Mio.) insbesondere für einmalige Umstellungskosten im Zusammenhang mit der Anpassung der Ruhestandsregelung sowie beim Bundesamt für Landestopografie (+2 Mio.) für die Leistungserbringung im Geodatenbereich. Diesen Mehraufwänden stehen grösstenteils auch entsprechende Mehrerträge gegenüber
- Der *Sach- und Betriebsaufwand* steigt um 26 Millionen (+1,7 %). Verantwortlich für den Zuwachs sind überwiegend die höheren Betriebsaufwände bei armasuisse Immobilien für die Instandsetzung von Liegenschaften (+11 Mio.) und infolge höherer Mieten und Pachten im Zusammenhang mit der Entflechtung Swisscom (+3 Mio.) sowie beim ASTRA für den betrieblichen Unterhalt der Nationalstrassen und dem Verkehrsmanagement (+7 Mio.), höhere Ausgaben im Bereich der Beratung und Auftragsforschung (+5 Mio.) sowie Informatik (+2 Mio.).
- Die *Abschreibungen* nehmen als Ergebnis verschiedener gegenläufiger Entwicklungen um 6 Millionen (+6%) zu.

Rund zwei Drittel der Zunahme des ordentlichen Aufwands fallen beim *Transferaufwand* (+128 Millionen) an. Der Hauptgrund liegt beim ASTRA (+73 Mio.), das höhere Wertberichtigungen auf Investitionsbeiträgen verzeichnet und beim BAKOM (+50 Mio.), das neu den Kredit für die Ermässigung der Transporte von Zeitungen und Zeitschriften führt.

Der *übrige Aufwand* steigt um 3 Millionen, weil die swissmint zur Abdeckung des zunehmenden Münzumschs höhere Rückstellungen bilden muss.

Die *ordentlichen Investitionsausgaben* steigen um 79 Millionen, wobei die *Investitionen im Eigenbereich* insgesamt rückläufig sind. Tieferen Investitionen im ASTRA (-24 Mio.) für den Ausbau und Unterhalt der Nationalstrassen, im BIT (-7 Mio.) und in der ZAS (-4 Mio.) stehen höheren Investitionen bei der armasuisse Immobilien (+7 Mio.) zur nachhaltigen Senkung der Betriebs- und Instandhaltungskosten und beim Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie (+2,5 Mio.) infolge Erweiterung der Infrastruktur (u.a. zusätzliche alpine Radaranlagen im Wallis und Graubünden) gegenüber. Die *Investitionsbeiträge* nehmen um 4 Millionen zu. Höhere Beiträge leistet das ASTRA den Kantonen für die Hauptstrassen (+2,6 Mio.) und das BASPO für nationale Sportanlagen (+1,7 Mio.). Die *übrigen Investitionen* wachsen aufgrund einer höheren Einlage des ASTRA in den Infrastrukturfonds um 98 Millionen.

#### **Weiterentwicklung der Verwaltungsführung – Projekt Neues Führungsmodell für die Bundesverwaltung (NFB)**

Der Bundesrat hat am 4.5.2011 den Richtungsentscheid zur Weiterentwicklung der Verwaltungsführung gefällt und am 16.12.2011 den detaillierten Projektauftrag NFB beschlossen. Die finanzielle Haushaltsteuerung soll bei der Planung verstärkt auf die mittelfristige Entwicklung von Aufgaben und Finanzen ausgerichtet werden. Die Budgetierung soll durch jährliche Leistungs- und Wirkungsziele («performance budgeting») ergänzt werden. NFB baut im Wesentlichen auf folgenden neuen Planungs- und Steuerungselementen auf:

- Integrierter Aufgaben- und Finanzplan zur Stärkung der mittelfristigen Planung und zur Verknüpfung von Aufgaben und Finanzen auf allen Ebenen der Bundesverwaltung;
- Globalbudgets für den Eigenbereich sowie ausgewählte Leistungs- und Wirkungsziele für jede einzelne Leistungsgruppe;
- Leistungskontrakte zwischen Departement und Amt für die Verknüpfung von politischen Steuerungsvorgaben und betrieblicher Planung von Kosten, Leistungen und Projekten.

Für sämtliche Verwaltungseinheiten sollen sich die zukünftigen Anreize und Handlungsspielräume am bestehenden FLAG-Modell orientieren.

Die interdepartementale Projektorganisation NFB hat die Arbeit im Februar 2012 aufgenommen. 2013 soll das Detailkonzept vorliegen, zu dem eine eingehende Konsultation des Parlaments vorgesehen ist. Die Einführung ist per 1.1.2016 geplant.

<b>Finanzierungsrechnung</b>	Voranschlag 2013	<b>Erfolgsrechnung</b>	Voranschlag 2013	Differenz
Mio. CHF				
<b>Finanzierungsergebnis</b>	<b>-363</b>	<b>Jahresergebnis</b>	<b>-300</b>	<b>63</b>
<b>Ordentliches Finanzierungsergebnis</b>	<b>-363</b>	<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>-300</b>	<b>63</b>
<b>Ordentliche Einnahmen</b>	<b>64 479</b>	<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>64 435</b>	<b>-44</b>
Fiskaleinnahmen	60 474	Fiskalertrag	60 474	-
Regalien und Konzessionen	907	Regalien und Konzessionen	908	1
Übrige laufende Einnahmen	1 750	Übriger Ertrag	1 871	121
Investitionseinnahmen	212			-212
<b>Finanzeinnahmen</b>	<b>1 137</b>	<b>Finanzertrag</b>	<b>1 175</b>	<b>39</b>
Beteiligungseinnahmen	867			-867
Übrige Finanzeinnahmen	269	Zunahme von Equitywerten	867	867
		Übriger Finanzertrag	308	39
		<b>Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital</b>	<b>6</b>	<b>6</b>
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>64 842</b>	<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>64 735</b>	<b>-107</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>10 582</b>	<b>Eigenaufwand</b>	<b>13 094</b>	<b>2 512</b>
Personalausgaben	5 376	Personalaufwand	5 376	-
Sach- und Betriebsausgaben	4 126	Sach- und Betriebsaufwand	4 433	307
Rüstungsausgaben	1 079	Rüstungsaufwand	1 079	-
		Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	2 206	2 206
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>44 180</b>	<b>Transferaufwand</b>	<b>49 147</b>	<b>4 966</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	8 826	Anteile Dritter an Bundeserträgen	8 826	-
Entschädigungen an Gemeinwesen	1 099	Entschädigungen an Gemeinwesen	1 099	-
Beiträge an eigene Institutionen	2 909	Beiträge an eigene Institutionen	2 909	-
Beiträge an Dritte	15 247	Beiträge an Dritte	15 246	-1
Beiträge an Sozialversicherungen	16 099	Beiträge an Sozialversicherungen	16 038	-61
		Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 596	4 596
		Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	432	432
<b>Finanzausgaben</b>	<b>2 290</b>	<b>Finanzaufwand</b>	<b>2 307</b>	<b>17</b>
Zinsausgaben	2 274	Zinsaufwand	2 197	-78
Übrige Finanzausgaben	16	Abnahme von Equitywerten	-	-
		Übriger Finanzaufwand	110	94
		<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>187</b>	<b>187</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>7 790</b>			<b>-7 790</b>
Sachanlagen und Vorräte	2 639			-2 639
Immaterielle Anlagen	45			-45
Darlehen	486			-486
Beteiligungen	23			-23
Investitionsbeiträge	4 596			-4 596
<b>Ausserordentliche Einnahmen</b>	<b>-</b>	<b>Ausserordentlicher Ertrag</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Ausserordentliche Ausgaben</b>	<b>-</b>	<b>Ausserordentlicher Aufwand</b>	<b>-</b>	<b>-</b>

Im Unterschied zur *Finanzierungsrechnung*, die aufzeigt, in welchem Ausmass die Ausgaben mit entsprechenden Einnahmen aus der gleichen Periode finanziert sind, zeigt die *Erfolgsrechnung* den periodisierten Wertverzehr (Aufwand) und Wertzuwachs (Ertrag) und damit im Saldo die Veränderung der vermögensmässigen Situation des Bundeshaushalts.

Die Tabelle gibt Auskunft über die Herkunft der Differenzen zwischen der Finanzierungs- und der Erfolgsrechnung. Zusätzlich zu den finanzierungswirksamen Ausgaben, welche zu einem unmittelbaren Mittelabfluss führen, werden in der Erfolgsrechnung auch nicht finanzierungswirksame Geschäftsvorfälle

berücksichtigt. Diese beinhalten beispielsweise Lagerbezüge von Halb- und Fertigfabrikaten, die in einer früheren Periode hergestellt oder beschafft wurden und mit entsprechenden Ausgaben verbunden waren. Dazu gehören aber insbesondere auch die in der Berichtsperiode anfallenden Abschreibungen auf den Investitionen sowie die Wertberichtigungen.

Die Investitionsausgaben und -einnahmen sind Teil der Finanzierungsrechnung. Die Investitionen führen in der Erfolgsrechnung zu Abschreibungen bei den Sach- und immateriellen Anlagen (jährlicher Wertverzehr) bzw. zu Wertberichtigungen bei den Investitionsbeiträgen (zu 100 % im Jahr der Gewährung) und

bei den Darlehen und Beteiligungen (allfälliger Wertverlust). Investitionseinnahmen erscheinen in der Erfolgsrechnung nur im Umfang des Verkaufsgewinns unter dem übrigen Ertrag (Einnahmen grösser als Buchwert) bzw. als zusätzliche Abschreibungen (Einnahmen kleiner als Buchwert).

Da das Investitionsvolumen des Bundes in der Regel keinen grossen Schwankungen unterliegt, sondern eine stetige Entwicklung aufweist, weichen die jährlichen Abschreibungen und Wertberichtigungen nicht stark von den jährlichen Investitionsausgaben ab.

Bei der prospektiven Erfolgsrechnung im Rahmen des Voranschlags ist weiter zu beachten, dass zeitliche Abgrenzungen zur periodengerechten Verbuchung der Geschäftsvorfälle nur sehr beschränkt planbar und damit nur teilweise enthalten sind. Gleiches gilt für die Vornahme von Wertberichtigungen und für erfolgswirksame Veränderungen von Rückstellungen. Diese Transaktionen sind meist erst Ende des Rechnungsjahres bekannt und deshalb in der Regel ebenfalls nicht planbar.

Die Erfolgsrechnung schliesst um 63 Millionen besser ab als die Finanzierungsrechnung. Im Einzelnen ergeben sich folgende Abweichungen zwischen den beiden Rechnungen:

#### **Ordentliche Einnahmen / ordentlicher Ertrag (-44 Mio.)**

Bei den *Regalien und Konzessionen* stammt die Abgrenzung (+1 Mio.) aus Erträgen für Funkkonzessionen, welche über die gesamte Laufzeit verteilt werden.

Bei den *übrigen Erträgen* (+121 Mio.) handelt es sich um Buchgewinne aus dem Verkauf von Immobilien (+22 Mio.), um Aktivierungen von Eigenleistungen im Zusammenhang mit laufenden Projekten (+20 Mio.), um den Ertrag aus der Aktivierung der von den Kantonen finanzierten Anteile an den Nationalstrassenteilstücken, welche 2013 in Betrieb genommen werden (+64 Mio.) sowie um zeitliche Abgrenzungen bei Immobilienerträgen (+15 Mio.).

Die *Investitionseinnahmen* (-212 Mio.) aus der Veräusserung von Investitionsgütern stellen nur im Umfang der Differenz zu den tieferen Buchwerten einen Ertrag dar, welcher in der Erfolgsrechnung in der Position «übriger Ertrag» ausgewiesen wird.

Die Differenz zwischen *Finanzeinnahmen* und *Finanzertrag* (+39 Mio.) ergibt sich aus der periodengerechten Erfassung der Zinserträge. Die in der Finanzierungsrechnung budgetierten Beteiligungseinnahmen von 867 Millionen (Swisscom 647 Mio., Post 200 Mio., RUAG 20 Mio.) werden in der Erfolgsrechnung über die Veränderung der Equitywerte neutralisiert.

Da die zweckgebundenen Einnahmen zur Finanzierung der aus diesen Mitteln zu bestreitenden Ausgaben nicht ausreichen, erfolgen zu Gunsten der Erfolgsrechnung *Entnahmen aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital* im Betrag von 6 Millionen. Diese betreffen zur Hauptsache den Altlastenfonds sowie in geringem Masse die Filmförderung.

#### **Ordentliche Ausgaben/ordentlicher Aufwand (-107 Mio.)**

Beim *Sach- und Betriebsaufwand* resultiert die Abweichung zur Finanzierungsrechnung (+307 Mio.) grösstenteils aus nicht finanzierungswirksamen Material- und Warenbezügen ab Lager (216 Mio.) sowie aus der Erhöhung der Rückstellung für den gestiegenen Münzumsatz (91 Mio.).

Die *Abschreibungen* auf dem Verwaltungsvermögen (+2206 Mio.) wurden nach den geltenden Bewertungsgrundsätzen budgetiert. Die Abschreibungen erfolgen linear über die Nutzungsdauer und betreffen im Einzelnen Gebäude (541 Mio.), Mobilien (85 Mio.), Informatik (56 Mio.), immaterielle Anlagen (57 Mio.) sowie den Nationalstrassenbau und den projektgestützten Unterhalt im Nationalstrassenbereich (1467 Mio.).

*Transferaufwand* (+4966 Mio.): Bei den *Beiträgen an Dritte* (-1 Mio.) ergibt sich die Differenz aus einer Teilauflösung einer Rückstellung für den Ausgleich der Unterdeckung der Skyguide Pensionskasse Eurocontrol Pension Fund. Bei den *Beiträgen an Sozialversicherungen* ist der im Vergleich zu den Ausgaben geringere Aufwand (-61 Mio.) aus einer Auflösung von Rückstellungen im Zusammenhang mit den jährlich neu berechneten Rentenverpflichtungen der Militärversicherung (-75 Mio.) sowie einer zeitlichen Abgrenzung im IV-Bereich (+14 Mio.) entstanden. Ausbezahlte *Investitionsbeiträge* (4596 Mio.) werden aktiviert, gleichzeitig jedoch im Transferaufwand wieder zu 100 Prozent abgeschrieben, weshalb die Summe der Position Wertberichtigung Investitionsbeiträge entspricht. Die *Wertberichtigungen Darlehen und Beteiligungen* (432 Mio.) betreffen Darlehen und Beteiligungen, die im Zeitpunkt der Auszahlung über die Investitionsrechnung gebucht sowie in der Bilanz aktiviert werden, anschliessend aber gemäss den Bewertungsregeln wertberichtigten sind. Dabei handelt es sich um Darlehen an die SBB und übrige KTU (+373 Mio.), Darlehen für die Gewährung von Krediten an die Landwirtschaft (+53 Mio.) sowie um Beteiligungen an Entwicklungsbanken (+23 Mio.). Reduziert werden die Wertberichtigungen durch Wertaufholungen auf bedingt rückzahlbaren Darlehen (KTU -16 Mio., übrige -1 Mio.).

Die Abgrenzung des *Zinsaufwandes* (-78 Mio.) ergibt sich aus der periodengerechten Verbuchung der Zinsausgaben sowie der Amortisation des Agios aus Anleihen. Der *übrige Finanzaufwand* liegt um 94 Millionen über den entsprechenden Ausgaben, was mit der zeitlichen Abgrenzung von Kommissionen im Zusammenhang mit den Finanzierungsinstrumenten der Bundestresorerie zu begründen ist.

Die *Einlagen in Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital* werden auf 187 Millionen veranschlagt. Es handelt sich dabei um die Lenkungsabgabe VOC/HEL (3 Mio.), die Rückverteilung der CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brennstoffen (90 Mio.), das Gebäudeprogramm der CO<sub>2</sub>-Abgabe (34 Mio.); die Sanktion CO<sub>2</sub>-Verminderung bei Personenwagen zu Gunsten des Infrastrukturfonds (55 Mio.), die Spielbankenabgabe (4 Mio.) und den Fonds Medienforschung, Rundfunktechnologie, Programmarchivierung (1 Mio.).

## Leistungverrechnung zwischen Verwaltungseinheiten

Mio. CHF	Rechnung	Voranschlag	Voranschlag	Differenz zu VA 2012	
	2011	2012	2013	absolut	%
<b>Total Leistungsverrechnung</b>	<b>2 643</b>	<b>2 644</b>	<b>2 570</b>	<b>-74</b>	<b>-2,8</b>
<b>Unterbringung</b>	<b>1 670</b>	<b>1 664</b>	<b>1 642</b>	<b>-22</b>	<b>-1,3</b>
armasuisse Immobilien	1 226	1 196	1 163	-33	-2,8
Bundesamt für Bauten und Logistik	444	468	480	12	2,5
<b>Informatik</b>	<b>593</b>	<b>533</b>	<b>511</b>	<b>-22</b>	<b>-4,2</b>
Bundesamt für Informatik und Telekommunikation	424	351	337	-14	-4,1
Übrige IKT-Leistungserbringer	170	181	174	-8	-4,3
<b>Betrieb und Instandsetzung Liegenschaften</b>	<b>247</b>	<b>275</b>	<b>273</b>	<b>-3</b>	<b>-1,0</b>
<b>Übrige verrechnete Leistungen</b>	<b>132</b>	<b>172</b>	<b>145</b>	<b>-27</b>	<b>-15,7</b>
Dienstleistungen	83	117	92	-25	-21,3
Verkäufe	49	54	52	-2	-3,7

Zur Förderung der Kostentransparenz in der Bundesverwaltung sieht das Rechnungsmodell des Bundes die kreditwirksame Leistungsverrechnung (LV) zwischen Verwaltungseinheiten vor. Gemäss den Bestimmungen von Artikel 41 der Finanzhaushaltverordnung (SR 611.01) sind die verrechenbaren Leistungen definiert und im zentralen Leistungsbereichskatalog aufgelistet. Es werden nur Leistungen verrechnet, die folgende Kriterien kumulativ erfüllen:

- *Wesentlichkeit:* Das jährliche Gesamtvolumen für verrechenbare Leistungen beträgt für den Leistungserbringer (LE) mindestens 3 Millionen; für den einzelnen Leistungsbereich mindestens 500 000 Franken.
- *Beeinflussbarkeit:* Es werden nur Leistungen verrechnet, welche einem Leistungsbezüger (LB) direkt zuordenbar und von ihm beeinflussbar sind. Der LB muss somit die Möglichkeit haben, durch sein Verhalten die Menge sowie Qualität und damit die Kosten seines Leistungsbezugs zu steuern.
- *Kommerzieller Charakter:* Bei den verrechenbaren Leistungen handelt es sich um Leistungen, welche vom LB grundsätzlich auch bei Dritten ausserhalb der Bundesverwaltung bezogen werden könnten.

Die aus der Evaluation zur LV hervorgegangenen Anpassungen wirken sich mit dem Voranschlag 2013 erstmals aus. Neben prozessualen und fachlichen Optimierungen wurde der Leistungsbereichskatalog aufgrund der neu definierten Wesentlichkeit für verrechenbare Leistungen gestrafft. Durch die Fokussierung auf die wesentlichen zentralen Leistungen wurde die Anzahl der LE von 23 auf 14 reduziert.

Das geplante Verrechnungsvolumen beträgt im Voranschlag 2013 knapp 2,6 Milliarden und bewegt sich damit leicht unter dem Voranschlag 2012. Davon bilden die Unterbringung einschliesslich Gebäudebewirtschaftung mit 1,9 Milliarden und die Informatik mit 0,5 Milliarden die grössten Positionen. Die restlichen 0,2 Milliarden werden für den Bezug von Dienstleistungen und Gütern beansprucht.

Im Vergleich zum Vorjahr sind die folgenden Veränderungen erwähnenswert:

- Der um 33 Millionen tiefere Ertrag der armasuisse Immobilien ist auf den Abbau des Immobilienbestandes (Kernbestand) zurückzuführen. Beim BBL sind die höheren Mieteinnahmen insbesondere durch Änderungen bei Flächen und Standards sowie durch die Ausweitung des kostenorientierten Mietermodells begründet.
- Im Bereich der Informatik ist ein Rückgang von 22 Millionen zu verzeichnen. Dieser ist grösstenteils beim BIT infolge Preisreduktionen in einzelnen Leistungsbereichen und Rückgänge im Projektgeschäft sowie durch den Transfer des Lösungszentrums Genf an die Zentrale Ausgleichskasse entstanden.
- Der LV-Umsatz für übrige Dienstleistungen ist deutlich um rund 21 Prozent zurück gegangen, was auf die erwähnte Straffung des Leistungsbereichskatalogs zurückzuführen ist.







## A01 Rechnungsabschlüsse des Bundes (ordentlicher Haushalt)

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung			Erfolgsrechnung			Bilanz	
	Ordentliches Finanzierungs- Ergebnis	Ordentliche Einnahmen	Ordentliche Ausgaben	Ordentliches Ergebnis	Ordentlicher Ertrag	Ordentlicher Aufwand	Eigenkapital	Brutto- schulden
VA 2013	-363	64 479	64 842	-300	64 435	64 735	–	112 600
VA 2012	-14	64 117	64 131	110	63 988	63 878	–	112 600
2011	1 912	64 245	62 333	3 013	65 693	62 680	-27 400	110 516
2010	3 568	62 833	59 266	4 139	63 523	59 385	-29 502	110 561
2009	2 721	60 949	58 228	6 420	64 146	57 726	-33 869	110 924
2008	7 297	63 894	56 598	7 461	64 047	56 587	-41 187	121 771
2007	4 127	58 092	53 965	3 711	58 000	54 289	-81 742	120 978
2006	2 534	54 911	52 377	2	55 230	55 228	-91 010	123 593
2005	-121	51 282	51 403	-2 646	51 871	54 517	-94 208	130 339
2004	-1 656	48 629	50 285	-5 721	49 037	54 758	-92 910	126 685
2003	-2 801	47 161	49 962	-6 905	47 435	54 340	-86 568	123 711
2002	-2 629	47 405	50 033	-6 449	46 815	53 264	-79 663	122 366
2001	-225	48 911	49 135	-4 862	46 914	51 776	-76 055	106 813
2000	3 970	51 101	47 131	964	50 616	49 653	-70 423	108 108
1999	-2 352	43 016	45 368	-4 153	43 353	47 506	-71 968	102 254
1998	-858	44 134	44 992	-1 678	45 262	46 941	-52 917	109 620
1997	-5 269	38 852	44 122	-5 375	38 343	43 718	-52 581	97 050
1996	-3 743	39 477	43 220	-5 003	39 429	44 431	-47 206	88 418
1995	-3 263	37 266	40 528	-5 014	37 400	42 415	-41 583	82 152
1994	-5 102	36 239	41 341	-5 693	36 623	42 316	-36 569	75 714
1993	-7 818	32 782	40 600	-6 251	33 617	39 868	-30 875	67 513
1992	-2 863	34 953	37 816	-4 031	35 515	39 545	-24 624	55 296
1991	-2 012	33 490	35 501	-3 122	34 091	37 213	-20 594	43 915
1990	1 058	32 673	31 616	-301	32 933	33 234	-17 493	38 509

## Hinweise:

- Bruttoschulden für 2012 und 2013 basieren auf Schätzung 2012
- Ordentlicher Ertrag und Aufwand bis 2006 (vor Einführung NRM) gemäss statistischer Erfolgsrechnung
- Beim Eigenkapital wird bis 2006 (vor Einführung NRM) der Bilanzfehlbetrag ausgewiesen. Seit der Einführung des NRM (2007) umfasst das Eigenkapital neben dem Bilanzfehlbetrag auch die zweckgebundenen Fonds im Eigenkapital, die Spezialfonds und die Reserven aus Globalbudgets.

## A02 Ausserordentlicher Haushalt (Finanzierungsrechnung)

### Ausserordentlicher Haushalt gemäss Schuldenbremse

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung			
	<b>Ausserordentliche Einnahmen</b>	<b>20 576</b>	<b>Ausserordentliche Ausgaben</b>	<b>21 724</b>
VA 2013	–	–	–	–
VA 2012	Neuvergabe Mobilfunkfrequenzen	634	–	–
2011	Verkauf Sapomp Wohnbau AG	256	Sanierungsbeitrag PK SBB	1 148
	Swisscom Aktienverkauf	34	Infrastrukturfonds	850
2010	–	–	Rückverteilung CO <sub>2</sub> -Abgabe auf Brennstoffe	427
2009	Pflichtwandelanleihe UBS	6 807	–	–
	CO <sub>2</sub> -Abgabe auf Brennstoffen	217	–	–
2008	CO <sub>2</sub> -Abgabe auf Brennstoffen	219	Pflichtwandelanleihe UBS	5 928
	Übernahme Swiss durch Lufthansa	64	Infrastrukturfonds	2 600
			Asyl- und Flüchtlingsbereich	113
			Übergang NFA	1 546
			PUBLICA	954
2007	Swisscom Aktienverkauf	754	Golderlös	7 038
2006	Swisscom Aktienverkauf	3 203	–	–
2005	Swisscom Aktienverkauf	1 350	–	–
	Golderlös	7 038	–	–
2004	–	–	Deckungskapitalien BVBD Post	204
			Deckungskapitalien ETH-Professoren	846
			Deckungskapitalien skyguide	20
			Aktienkapitalzuschuss skyguide	50
2003	–	–	–	–

### Ausserordentlicher Haushalt vor Einführung der Schuldenbremse

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung		
	<b>Ausserordentliche Einnahmen</b>		<b>Ausserordentliche Ausgaben</b>
2002	Swisscom Aktienverkauf	3 703	Aufrechterhaltung Flugbetrieb
2001	Einnahmen aus UMTS-Lizenzen	203	Aufrechterhaltung Flugbetrieb
2000	Einnahmen aus WLL-Lizenzen	582	–
1999	–	–	Konjunkturprogramm 1997
1998	Börsengang Swisscom	2 940	Zahlungsspitze SBB
1997	–	–	–
1996	–	–	Zahlungsspitze Prämienverbilligung KVG

Hinweis: Die erstmalige Anwendung der Schuldenbremse erfolgte mit dem Voranschlag 2003. Die ausserordentlichen Transaktionen gemäss Schuldenbremse wurden vom Parlament genehmigt. Die Liste der ausserordentlichen Transaktionen vor Einführung der Schuldenbremse hat rein statistische Zwecke und keine präjudizielle Wirkung.

### A03 Vorgaben der Schuldenbremse

Mio. CHF	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Voranschlag 2013	Differenz zu VA 2012 absolut	%
1 Gesamteinnahmen	64 177	67 973	62 833	64 535	64 751	64 479	-272	-0,4
2 Ausserordentliche Einnahmen	283	7 024	–	290	634	–		
3 Ordentliche Einnahmen [3=1-2]	63 894	60 949	62 833	64 245	64 117	64 479	363	0,6
4 Konjunkturfaktor	0,983	1,018	1,013	1,007	1,007	1,008		
<b>5 Ausgabenplafond</b> (Art. 13 FHG) [5=3x4]	<b>62 808</b>	<b>62 046</b>	<b>63 650</b>	<b>64 695</b>	<b>64 565</b>	<b>64 995</b>	<b>430</b>	<b>0,7</b>
6 Konjunkturell geforderter Überschuss / zulässiges Defizit [6=3-5]	1 086	-1 097	-817	-450	-449	-516		
7 Ausserordentliche Ausgaben (Art. 15 FHG)	11 141	–	427	1 998	–	–		
8 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17 FHG, Fehlbetrag Ausgleichskonto)	–	–	–	–	–	–		
9 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17b FHG, Fehlbetrag Amortisationskonto)	–	–	–	–	–	153		
10 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17c FHG, Vorsorgliche Einsparungen)	–	–	416	166	435	–		
<b>11 Höchstzulässige Ausgaben</b> [11=5+7-8-9-10]	<b>73 949</b>	<b>62 046</b>	<b>63 662</b>	<b>66 527</b>	<b>64 131</b>	<b>64 842</b>	<b>711</b>	<b>1,1</b>
12 Gesamtausgaben gemäss R / VA	67 739	58 228	59 693	64 331	64 131	64 842	711	1,1
<b>13 Differenz</b> (Art. 16 FHG) [13=11-12]	<b>6 210</b>	<b>3 818</b>	<b>3 969</b>	<b>2 197</b>	<b>0</b>	<b>0</b>		



## B11 Einnahmen nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Voranschlag 2013	Differenz zu VA 2012 absolut	%
<b>Ordentliche Einnahmen</b>	<b>63 894</b>	<b>60 949</b>	<b>62 833</b>	<b>64 245</b>	<b>64 117</b>	<b>64 479</b>	<b>363</b>	<b>0,6</b>
<b>Fiskaleinnahmen</b>	<b>58 752</b>	<b>55 890</b>	<b>58 157</b>	<b>58 996</b>	<b>59 914</b>	<b>60 474</b>	<b>560</b>	<b>0,9</b>
Direkte Bundessteuer	17 513	17 877	17 886	17 891	18 759	18 993	234	1,2
Verrechnungssteuer	6 460	4 380	4 723	4 861	4 186	4 811	625	14,9
Stempelabgaben	2 975	2 806	2 855	2 857	2 445	2 200	-245	-10,0
Mehrwertsteuer	20 512	19 830	20 672	21 642	22 550	22 630	80	0,4
Übrige Verbrauchssteuern	7 517	7 279	7 602	7 341	7 435	7 398	-37	-0,5
Mineralölsteuern	5 222	5 183	5 134	5 020	5 090	4 985	-105	-2,1
Tabaksteuer	2 186	1 987	2 356	2 208	2 233	2 301	68	3,0
Biersteuer	110	110	112	113	112	112	0	0,0
Verkehrsabgaben	2 137	2 114	2 210	2 323	2 323	2 326	3	0,1
Automobilsteuer	363	312	373	408	370	375	5	1,4
Nationalstrassenabgabe	333	351	347	360	353	371	18	5,1
Schwerverkehrsabgabe	1 441	1 452	1 490	1 555	1 600	1 580	-20	-1,3
Zölle	1 017	1 033	1 079	1 046	1 060	995	-65	-6,1
Spielbankenabgabe	455	415	381	376	395	380	-15	-3,8
Lenkungsabgaben	163	151	748	660	761	738	-23	-3,0
Lenkungsabgabe VOC	135	124	123	127	125	125	0	0,0
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	0	0	-	-	-	-	-	-
Altlastenabgabe	28	27	36	35	36	36	0	0,0
Lenkungsabgabe CO2	-	-	589	498	600	577	-23	-3,8
Übrige Fiskaleinnahmen	3	4	0	-	-	3	3	-
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>1 331</b>	<b>1 354</b>	<b>1 391</b>	<b>1 410</b>	<b>924</b>	<b>907</b>	<b>-17</b>	<b>-1,8</b>
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	235	246	243	269	275	248	-27	-9,7
Gewinnausschüttung SNB	833	833	833	833	333	333	0	0,0
Zunahme des Münzumsatzes	42	53	74	54	87	91	3	3,9
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	196	187	209	221	196	203	7	3,5
Übrige Regalien und Konzessionen	25	35	32	33	33	32	0	-0,9
<b>Finanzeinnahmen</b>	<b>1 719</b>	<b>1 608</b>	<b>1 233</b>	<b>1 601</b>	<b>1 337</b>	<b>1 137</b>	<b>-200</b>	<b>-15,0</b>
Zinseinnahmen	715	535	360	369	496	269	-227	-45,8
Finanzanlagen	298	34	11	24	53	20	-33	-62,8
Darlehen	180	240	67	64	165	72	-93	-56,3
Bevorschussung an FinöV-Fonds	226	177	204	193	194	170	-24	-12,2
Übrige Zinseinnahmen	11	84	77	88	83	6	-77	-92,3
Kursgewinne	91	49	82	169	-	-	-	-
Beteiligungseinnahmen	905	771	790	838	840	867	27	3,2
Übrige Finanzeinnahmen	8	254	1	226	1	1	0	-30,2
<b>Übrige laufende Einnahmen</b>	<b>1 840</b>	<b>1 802</b>	<b>1 720</b>	<b>1 645</b>	<b>1 691</b>	<b>1 750</b>	<b>59</b>	<b>3,5</b>
Entgelte	1 441	1 396	1 272	1 200	1 247	1 282	35	2,8
Wehrpflichtersatzabgabe	140	148	155	157	170	170	0	0,0
Gebühren	305	227	217	225	244	240	-4	-1,7
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	78	79	78	76	68	67	-1	-1,2
Verkäufe	183	148	128	101	74	80	6	7,7
Rückerstattungen	186	198	108	132	116	124	8	7,1
EU Zinsbesteuerung	147	166	120	97	135	141	6	4,2
Übrige Entgelte	402	430	466	411	440	460	20	4,6
Verschiedene Einnahmen	399	406	447	445	443	468	24	5,5
Einnahmen aus Liegenschaften	354	348	376	361	380	405	24	6,4
Übrige verschiedene Einnahmen	45	59	71	84	63	63	0	0,0
<b>Investitionseinnahmen</b>	<b>252</b>	<b>295</b>	<b>333</b>	<b>593</b>	<b>252</b>	<b>212</b>	<b>-40</b>	<b>-15,9</b>
Veräusserung von Sachanlagen	46	74	78	45	62	74	12	18,5
Rückzahlung von Darlehen	202	212	237	186	189	138	-51	-27,2
Übrige Investitionseinnahmen	4	9	18	362	-	-	-	-

## B12 Entwicklung der Einnahmen nach Kontengruppen

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
<b>Ordentliche Einnahmen</b>	<b>2,7</b>	<b>3,7</b>	<b>2,3</b>	<b>5,3</b>	<b>2,5</b>	<b>1,8</b>
<b>Fiskaleinnahmen</b>	<b>2,4</b>	<b>5,0</b>	<b>2,7</b>	<b>5,3</b>	<b>2,6</b>	<b>2,3</b>
Direkte Bundessteuer	4,7	6,3	4,2	5,5	3,8	4,0
Verrechnungssteuer	-16,0	-5,1	-0,3	26,7	3,5	1,0
Stempelabgaben	-3,1	16,4	-4,3	3,3	-1,1	-3,8
Mehrwertsteuer	5,6	4,9	3,3	3,5	2,4	2,9
Übrige Verbrauchssteuern	7,6	3,9	0,4	2,3	-0,1	-0,1
Mineralölsteuern	7,5	3,1	0,2	1,0	-0,3	-0,2
Tabaksteuer	8,1	6,4	0,8	5,6	0,3	0,1
Biersteuer	8,8	1,1	0,2	0,4	1,3	-0,1
Verkehrsabgaben	6,7	15,7	15,6	9,6	3,6	1,9
Automobilsteuer	-	-	-0,8	4,0	3,3	-2,1
Nationalstrassenabgabe	6,7	2,6	1,2	1,9	2,8	10,0
Schwerverkehrsabgabe	6,8	0,3	40,2	17,5	3,9	0,7
Zölle	-0,5	-3,3	0,0	-0,2	0,1	-2,4
Spielbankenabgabe	-14,5	-12,3	300,1	24,1	-4,3	2,2
Lenkungsabgaben	-	-	738,6	4,2	43,5	2,9
Lenkungsabgabe VOC	-	-	-	5,0	0,0	-0,3
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	-	-	39,0	41,8	-100,0	-
Altlastenabgabe	-	-	-	1,1	5,5	0,1
Lenkungsabgabe CO2	-	-	-	-	-	3,9
Übrige Fiskaleinnahmen	-5,5	-16,6	-29,1	-48,8	-100,0	-
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>-0,6</b>	<b>11,9</b>	<b>12,0</b>	<b>6,3</b>	<b>1,2</b>	<b>-11,3</b>
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	-5,1	-0,8	3,2	7,1	4,9	-2,4
Gewinnausschüttung SNB	-	25,7	13,6	-	-	-20,5
Zunahme des Münzumschs	-	-	-	-	4,4	5,5
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	-	-	-	75,0	3,3	-2,1
Übrige Regalien und Konzessionen	-26,5	-27,4	10,3	13,8	-10,1	-8,1
<b>Finanzeinnahmen</b>	<b>23,8</b>	<b>-8,6</b>	<b>-8,9</b>	<b>11,2</b>	<b>5,8</b>	<b>-1,6</b>
Zinseinnahmen	18,1	-17,1	-16,6	19,2	-13,7	14,5
Finanzanlagen	17,0	-8,9	-28,6	30,9	-48,1	68,7
Darlehen	19,6	-26,5	-2,7	-7,6	-18,5	39,5
Bevorschussung an FinÖV-Fonds	-	-	-	-	1,6	-0,4
Übrige Zinseinnahmen	12,2	-14,1	-10,4	-16,2	78,4	-47,9
Kursgewinne	-	-	-	-	16,4	-100,0
Beteiligungseinnahmen	366,0	15,3	-1,2	0,1	13,3	0,9
Übrige Finanzeinnahmen	-	-	-22,4	101,2	97,8	-75,7
<b>Übrige laufende Einnahmen</b>	<b>-5,5</b>	<b>-16,9</b>	<b>-0,4</b>	<b>11,3</b>	<b>-1,8</b>	<b>2,4</b>
Entgelte	4,8	-1,7	-0,5	6,4	-3,6	2,5
Wehrpflichtersatzabgabe	2,8	-1,2	3,3	-7,9	3,4	1,9
Gebühren	2,0	5,8	-1,9	3,6	-6,4	1,7
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	6,6	-36,4	-0,6	12,7	1,1	-3,2
Verkäufe	0,3	-6,6	8,7	15,8	-15,8	-3,4
Rückerstattungen	4,2	-0,6	-8,1	-10,0	3,9	-0,9
EU Zinsbesteuerung	-	-	-	-	-5,3	11,8
Übrige Entgelte	15,0	17,7	1,1	9,9	-2,3	3,9
Verschiedene Einnahmen	-11,8	-53,6	2,9	54,9	4,3	2,0
Einnahmen aus Liegenschaften	4,9	2,3	2,8	55,4	3,1	3,8
Übrige verschiedene Einnahmen	-12,2	-70,5	3,2	52,2	10,7	-7,0
<b>Investitionseinnahmen</b>	<b>61,1</b>	<b>16,3</b>	<b>-5,9</b>	<b>-16,3</b>	<b>12,9</b>	<b>-26,6</b>
Veräusserung von Sachanlagen	33,0	4,7	-14,6	26,1	-11,7	-0,5
Rückzahlung von Darlehen	66,2	17,2	-5,5	-20,2	-10,4	-8,9
Übrige Investitionseinnahmen	-2,2	8,9	-9,6	26,7	325,4	-100,0

### B13 Struktur der Einnahmen nach Kontengruppen

% Anteil an den ordentlichen Einnahmen	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
<b>Ordentliche Einnahmen</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Fiskaleinnahmen</b>	<b>86,8</b>	<b>89,1</b>	<b>90,4</b>	<b>92,3</b>	<b>92,0</b>	<b>93,7</b>
Direkte Bundessteuer	23,7	23,5	24,0	25,2	28,2	29,7
Verrechnungssteuer	8,1	7,7	5,8	7,0	8,1	7,2
Stempelabgaben	5,6	6,4	6,7	5,3	4,6	3,6
Mehrwertsteuer	29,0	32,0	34,8	35,0	32,8	35,2
Übrige Verbrauchssteuern	14,7	14,8	13,8	13,5	11,8	11,2
Mineralölsteuern	11,2	10,9	10,1	9,4	8,2	7,6
Tabaksteuer	3,3	3,6	3,5	4,0	3,5	3,4
Biersteuer	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
Verkehrsabgaben	1,0	1,6	2,7	3,4	3,5	3,6
Automobilsteuer	–	0,5	0,7	0,6	0,6	0,6
Nationalstrassenabgabe	0,6	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6
Schwerverkehrsabgabe	0,4	0,4	1,3	2,1	2,4	2,4
Kombinierter Verkehr	–	–	0,1	0,0	–	–
Zölle	3,4	2,4	2,1	1,9	1,7	1,5
Spielbankenabgabe	0,0	0,0	0,2	0,7	0,6	0,6
Lenkungsabgaben	–	0,0	0,2	0,3	0,7	1,1
Lenkungsabgabe VOC	–	–	0,2	0,2	0,2	0,2
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	–	0,0	0,0	0,0	0,0	–
Altlastenabgabe	–	–	0,0	0,1	0,1	0,1
Lenkungsabgabe CO2	–	–	–	–	0,4	0,9
Übrige Fiskaleinnahmen	1,2	0,7	0,1	0,0	0,0	0,0
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>1,0</b>	<b>1,3</b>	<b>1,7</b>	<b>2,4</b>	<b>2,2</b>	<b>1,4</b>
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Gewinnausschüttung SNB	0,4	0,8	1,2	1,7	1,3	0,5
Zunahme des Münzumsatzes	–	–	–	0,0	0,1	0,1
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	–	–	0,0	0,2	0,3	0,3
Übrige Regalien und Konzessionen	0,2	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0
<b>Finanzeinnahmen</b>	<b>3,7</b>	<b>3,3</b>	<b>2,3</b>	<b>1,9</b>	<b>2,4</b>	<b>2,0</b>
Zinseinnahmen	3,3	2,5	1,2	0,8	0,8	0,7
Finanzanlagen	1,4	1,2	0,5	0,4	0,1	0,1
Darlehen	1,8	1,2	0,6	0,3	0,2	0,2
Bevorschussung an FinöV-Fonds	–	–	–	0,2	0,3	0,3
Übrige Zinseinnahmen	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	0,0
Kursgewinne	–	–	–	0,0	0,2	–
Beteiligungseinnahmen	0,3	0,7	1,1	1,1	1,3	1,3
Übrige Finanzeinnahmen	–	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0
<b>Übrige laufende Einnahmen</b>	<b>7,9</b>	<b>3,2</b>	<b>2,3</b>	<b>2,7</b>	<b>2,8</b>	<b>2,7</b>
Entgelte	3,2	2,4	2,1	2,4	2,1	2,0
Wehrpflichtersatzabgabe	0,5	0,4	0,4	0,3	0,2	0,3
Gebühren	0,6	0,6	0,6	0,5	0,4	0,4
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	0,8	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Verkäufe	0,3	0,2	0,2	0,3	0,2	0,1
Rückerstattungen	0,7	0,7	0,4	0,4	0,2	0,2
EU Zinsbesteuerung	–	–	–	0,1	0,2	0,2
Übrige Entgelte	0,4	0,5	0,5	0,7	0,7	0,7
Verschiedene Einnahmen	4,7	0,8	0,1	0,3	0,7	0,7
Einnahmen aus Liegenschaften	0,1	0,1	0,1	0,2	0,6	0,6
Übrige verschiedene Einnahmen	4,5	0,6	0,0	0,0	0,1	0,1
<b>Investitionseinnahmen</b>	<b>0,7</b>	<b>3,1</b>	<b>3,4</b>	<b>0,7</b>	<b>0,6</b>	<b>0,3</b>
Veräusserung von Sachanlagen	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Rückzahlung von Darlehen	0,5	2,9	3,2	0,6	0,3	0,2
Übrige Investitionseinnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	–

## B21 Ausgaben nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Voranschlag 2013	Differenz zu VA 2012 absolut	%
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>56 598</b>	<b>58 228</b>	<b>59 266</b>	<b>62 333</b>	<b>64 131</b>	<b>64 842</b>	<b>711</b>	<b>1,1</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>9 107</b>	<b>9 533</b>	<b>9 487</b>	<b>9 789</b>	<b>10 311</b>	<b>10 582</b>	<b>271</b>	<b>2,6</b>
Personalausgaben	4 555	4 828	4 894	4 945	5 278	5 376	99	1,9
Personalbezüge	3 761	3 954	3 998	4 024	4 249	4 309	60	1,4
Arbeitgeberbeiträge	612	752	781	804	896	932	36	4,0
Arbeitgeberleistungen	107	41	53	47	51	49	-2	-3,6
Übrige Personalausgaben	76	80	62	70	81	87	5	6,7
Sach- und Betriebsausgaben	3 323	3 611	3 592	3 682	3 996	4 126	130	3,3
Material- und Warenausgaben	46	41	46	39	53	48	-6	-10,7
Betriebsausgaben	2 968	3 164	3 126	3 233	3 500	3 603	102	2,9
Liegenschaften	249	288	287	282	300	315	15	5,1
Mieten und Pachten	152	151	149	176	170	178	8	4,7
Informatik	434	482	470	496	549	565	16	2,9
Beratung und Auftragsforschung	262	252	239	222	266	292	26	9,7
Betriebsausgaben der Armee	796	809	863	928	1 001	965	-35	-3,5
Verluste auf Forderungen	208	195	189	217	173	184	10	5,8
Übrige Betriebsausgaben	866	987	929	913	1 041	1 103	63	6,0
Betrieblicher Unterhalt	309	405	420	409	443	476	33	7,5
Nationalstrassen								
Rüstungsausgaben	1 228	1 095	1 001	1 163	1 037	1 079	42	4,1
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	147	120	111	95	105	110	5	4,8
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	290	292	316	307	396	391	-5	-1,3
Rüstungsmaterial	792	683	575	761	536	578	42	7,9
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>37 146</b>	<b>38 194</b>	<b>39 536</b>	<b>42 494</b>	<b>43 554</b>	<b>44 180</b>	<b>626</b>	<b>1,4</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	7 414	7 116	7 705	8 549	8 874	8 826	-47	-0,5
Kantonsanteile	4 665	4 388	4 436	4 466	4 564	4 651	86	1,9
Anteile der Sozialversicherungen	2 619	2 596	2 694	3 519	3 826	3 820	-6	-0,2
Rückverteilung	130	132	576	564	483	356	-128	-26,4
Lenkungsabgaben								
Entschädigungen an Gemeinwesen	773	780	801	856	976	1 099	123	12,6
Beiträge an eigene Institutionen	2 573	2 723	2 850	2 971	3 078	2 909	-169	-5,5
Beiträge an Dritte	12 646	13 290	13 616	14 316	14 883	15 247	364	2,4
Finanzausgleich	2 725	2 808	2 901	3 049	3 102	3 178	76	2,5
Internationale Organisationen	1 465	1 497	1 602	1 760	1 812	1 927	115	6,3
Übrige Beiträge an Dritte	8 456	8 985	9 114	9 507	9 970	10 143	173	1,7
Beiträge an Sozialversicherungen	13 740	14 285	14 564	15 802	15 743	16 099	356	2,3
AHV / IV / ALV	10 550	10 918	11 055	12 124	11 853	12 177	324	2,7
Übrige Sozialversicherungen	3 190	3 367	3 508	3 677	3 890	3 922	32	0,8
<b>Finanzausgaben</b>	<b>3 791</b>	<b>3 255</b>	<b>2 972</b>	<b>2 605</b>	<b>2 889</b>	<b>2 290</b>	<b>-599</b>	<b>-20,7</b>
Zinsausgaben	3 660	3 135	2 834	2 380	2 773	2 274	-499	-18,0
Anleihen	3 270	2 896	2 595	2 178	2 480	2 122	-358	-14,4
Geldmarktbuchforderungen	141	1	3	5	72	27	-45	-63,1
Übrige Zinsausgaben	250	238	236	196	221	126	-95	-43,0
Kursverluste	77	26	54	88	-	-	-	-
Kapitalbeschaffungsausgaben	52	78	83	137	43	16	-27	-63,6
Übrige Finanzausgaben	1	16	2	0	73	-	-73	-100,0

**B21 Ausgaben nach Kontengruppen**

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Voranschlag 2013	Differenz zu VA 2012	
							absolut	%
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>6 554</b>	<b>7 245</b>	<b>7 270</b>	<b>7 444</b>	<b>7 377</b>	<b>7 790</b>	<b>413</b>	<b>5,6</b>
Sachanlagen und Vorräte	2 265	2 512	2 585	2 270	2 494	2 639	145	5,8
Liegenschaften	588	635	596	637	631	713	82	13,0
Mobilien und Vorräte	341	378	283	230	285	349	64	22,4
Nationalstrassen	1 336	1 499	1 706	1 403	1 579	1 578	-1	-0,1
Immaterielle Anlagen	31	39	46	50	53	45	-8	-15,2
Darlehen	366	599	307	854	422	486	64	15,2
Beteiligungen	31	30	30	110	52	23	-29	-55,8
Investitionsbeiträge	3 861	4 065	4 302	4 160	4 355	4 596	241	5,5
Fonds für	1 591	1 548	1 604	1 401	1 391	1 561	170	12,2
Eisenbahngrossprojekte								
Übrige Investitionsbeiträge	2 270	2 518	2 699	2 759	2 964	3 035	71	2,4

## B22 Entwicklung der Ausgaben nach Kontengruppen

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>3,4</b>	<b>2,9</b>	<b>2,4</b>	<b>1,9</b>	<b>3,7</b>	<b>2,5</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>0,8</b>	<b>-1,7</b>	<b>-2,6</b>	<b>-0,3</b>	<b>3,7</b>	<b>3,4</b>
Personalausgaben	2,4	0,0	-2,1	0,0	2,6	2,9
Personalbezüge	3,3	0,1	-2,0	0,2	2,4	2,4
Arbeitgeberbeiträge	0,8	-2,4	-0,8	2,1	8,1	4,8
Arbeitgeberleistungen	-4,3	3,3	-7,6	-9,9	-25,1	5,9
Übrige Personalausgaben	0,1	5,0	15,1	-3,5	5,9	7,0
Sach- und Betriebsausgaben	-0,3	0,6	-2,1	-0,2	6,7	4,2
Material- und Warenausgaben	-	-	78,3	38,5	-3,7	9,3
Betriebsausgaben	-0,3	0,5	-2,2	-0,5	3,7	3,8
Liegenschaften	-2,2	-1,6	-7,0	-15,6	5,2	4,3
Mieten und Pachten	7,5	2,2	-0,6	-0,2	7,2	1,1
Informatik	8,7	0,0	-4,1	13,2	13,9	4,8
Beratung und Auftragsforschung	5,5	34,0	11,0	4,0	-17,0	6,5
Betriebsausgaben der Armee	-7,8	5,9	-0,9	-3,3	7,0	1,2
Verluste auf Forderungen	-	-	-	-	-0,8	-5,5
Übrige Betriebsausgaben	3,6	-5,4	-4,5	-4,3	5,6	7,1
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	-	-	-	-	-	7,2
Rüstungsausgaben	-0,8	-9,4	-5,7	-1,6	-0,1	2,9
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	-10,0	-5,9	13,3	-0,6	-10,0	4,5
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	-5,2	-9,1	0,6	0,1	1,5	6,6
Rüstungsmaterial	1,2	-9,7	-9,4	-2,4	0,9	1,1
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>4,6</b>	<b>4,2</b>	<b>3,9</b>	<b>2,9</b>	<b>4,8</b>	<b>2,5</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	2,8	12,9	6,4	7,5	-0,2	2,8
Kantonsanteile	2,8	5,1	4,8	7,1	-7,1	3,0
Anteile der Sozialversicherungen	-	-	10,5	7,4	9,2	3,7
Rückverteilung Lenkungsabgaben	-	-	-	50,7	40,0	-6,4
Entschädigungen an Gemeinwesen	-12,0	11,2	1,6	21,8	-3,0	6,2
Beiträge an eigene Institutionen	5,0	-29,3	33,1	5,0	4,1	1,2
Beiträge an Dritte	4,5	8,2	-0,7	-1,8	10,2	2,9
Finanzausgleich	-	-	-	-	-	1,9
Internationale Organisationen	5,0	7,4	7,3	18,6	7,9	4,6
Übrige Beiträge an Dritte	4,5	8,2	-1,1	-3,7	3,1	2,9
Beiträge an Sozialversicherungen	6,0	3,0	4,2	2,7	4,2	2,0
AHV / IV / ALV	6,3	4,8	4,3	2,5	4,5	1,5
Übrige Sozialversicherungen	5,5	-1,8	4,0	3,3	3,3	3,5
<b>Finanzausgaben</b>	<b>11,1</b>	<b>4,2</b>	<b>-0,8</b>	<b>2,8</b>	<b>-10,2</b>	<b>1,5</b>
Zinsausgaben	10,7	3,9	-2,1	4,0	-11,3	3,6
Anleihen	24,9	8,0	2,5	9,6	-9,9	0,0
Geldmarktbuchforderungen	34,4	-17,2	-41,4	77,8	-60,3	165,6
Übrige Zinsausgaben	-2,9	3,4	-7,2	-24,5	-11,4	10,3
Kursverluste	-	-	-	-	12,8	-100,0
Kapitalbeschaffungsausgaben	49,7	17,6	26,5	-25,7	11,4	-42,1
Übrige Finanzausgaben	-	-	-	-	-75,1	48,4

## B22 Entwicklung der Ausgaben nach Kontengruppen

Fortsetzung

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>-1,0</b>	<b>4,7</b>	<b>5,6</b>	<b>-0,2</b>	<b>4,4</b>	<b>1,8</b>
Sachanlagen und Vorräte	2,2	1,9	-8,6	10,4	26,9	6,9
Liegenschaften	5,3	7,0	-19,3	28,2	1,4	2,4
Mobilien und Vorräte	-0,7	-4,5	3,6	-7,2	-4,0	6,4
Nationalstrassen	–	–	–	–	–	8,8
Immaterielle Anlagen	–	–	–	3,0	40,6	-1,5
Darlehen	-12,3	-13,2	3,7	13,7	22,8	-12,2
Beteiligungen	-33,3	43,3	102,2	-14,5	33,3	-33,9
Investitionsbeiträge	0,1	6,8	7,7	-2,2	-4,3	1,8
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	–	–	–	–	–	1,3
Übrige Investitionsbeiträge	0,1	6,8	7,7	-2,2	-13,7	2,0

## B23 Struktur der Ausgaben nach Kontengruppen

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>25,4</b>	<b>22,0</b>	<b>17,6</b>	<b>16,1</b>	<b>16,0</b>	<b>16,2</b>
Personalausgaben	12,1	10,9	8,9	8,5	8,1	8,2
Personalbezüge	9,7	8,8	7,0	7,0	6,7	6,6
Arbeitgeberbeiträge	1,7	1,4	1,2	1,0	1,2	1,4
Arbeitgeberleistungen	0,6	0,7	0,7	0,3	0,1	0,1
Übrige Personalausgaben	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Sach- und Betriebsausgaben	7,8	7,0	5,9	5,2	6,0	6,3
Material- und Warenausgaben	–	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1
Betriebsausgaben	7,8	7,0	5,9	5,2	5,3	5,5
Liegenschaften	1,6	1,5	1,0	0,7	0,5	0,5
Mieten und Pachten	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Informatik	0,5	0,5	0,4	0,4	0,8	0,9
Beratung und Auftragsforschung	0,2	0,4	0,7	0,7	0,4	0,4
Betriebsausgaben der Armee	2,0	1,7	1,7	1,5	1,4	1,5
Verluste auf Forderungen	–	–	–	0,1	0,3	0,3
Übrige Betriebsausgaben	3,1	2,6	1,8	1,5	1,6	1,7
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	–	–	–	–	0,7	0,7
Rüstungsausgaben	5,5	4,1	2,8	2,4	1,9	1,7
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	0,3	0,2	0,3	0,3	0,2	0,2
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	1,1	0,7	0,6	0,6	0,5	0,6
Rüstungsmaterial	4,1	3,1	1,9	1,6	1,2	0,9
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>54,6</b>	<b>57,6</b>	<b>61,8</b>	<b>64,4</b>	<b>66,6</b>	<b>68,0</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	7,9	8,9	12,9	14,7	13,0	13,8
Kantonsanteile	7,9	8,2	9,0	10,1	7,6	7,2
Anteile der Sozialversicherungen	–	0,7	3,8	4,3	4,8	5,9
Rückverteilung Lenkungsabgaben	–	–	0,1	0,2	0,6	0,7
Entschädigungen an Gemeinwesen	0,9	0,8	0,9	1,6	1,4	1,6
Beiträge an eigene Institutionen	6,3	3,7	4,2	4,3	4,7	4,6
Beiträge an Dritte	18,7	21,7	20,7	19,1	22,8	23,3
Finanzausgleich	–	–	–	–	4,9	4,8
Internationale Organisationen	0,9	1,0	1,2	2,1	2,7	3,0
Übrige Beiträge an Dritte	17,8	20,7	19,6	17,0	15,3	15,5
Beiträge an Sozialversicherungen	20,8	22,4	23,1	24,7	24,7	24,7
AHV / IV / ALV	15,1	17,1	17,5	18,8	18,9	18,6
Übrige Sozialversicherungen	5,7	5,4	5,5	5,9	5,8	6,1
<b>Finanzausgaben</b>	<b>7,2</b>	<b>7,5</b>	<b>7,6</b>	<b>7,3</b>	<b>5,3</b>	<b>4,0</b>
Zinsausgaben	7,0	7,3	7,1	7,0	5,1	3,9
Anleihen	2,8	4,1	4,8	5,8	4,6	3,4
Geldmarktbuchforderungen	1,1	0,5	0,4	0,3	0,1	0,2
Übrige Zinsausgaben	3,1	2,6	1,9	1,0	0,4	0,3
Kursverluste	–	–	–	0,0	0,1	–
Kapitalbeschaffungsausgaben	0,2	0,2	0,5	0,3	0,1	0,0
Übrige Finanzausgaben	–	–	–	0,0	0,0	0,0

### B23 Struktur der Ausgaben nach Kontengruppen

Fortsetzung

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>12,8</b>	<b>12,9</b>	<b>13,1</b>	<b>12,3</b>	<b>12,1</b>	<b>11,8</b>
Sachanlagen und Vorräte	2,1	1,7	1,1	1,3	4,1	4,1
Liegenschaften	1,1	1,0	0,5	0,6	1,0	1,0
Mobilien und Vorräte	1,0	0,7	0,6	0,6	0,5	0,5
Nationalstrassen	–	–	–	–	2,5	2,6
Immaterielle Anlagen	–	–	0,0	0,0	0,1	0,1
Darlehen	3,1	3,3	1,2	0,8	0,9	0,7
Beteiligungen	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,0
Investitionsbeiträge	7,6	7,9	10,7	10,1	6,9	6,8
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	–	–	–	–	2,6	2,3
Übrige Investitionsbeiträge	7,6	7,9	10,7	10,1	4,3	4,6

### B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten

Mio. CHF	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Voranschlag 2013	Differenz zu VA 2012	
							absolut	%
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>56 598</b>	<b>58 228</b>	<b>59 266</b>	<b>62 333</b>	<b>64 131</b>	<b>64 842</b>	<b>711</b>	<b>1,1</b>
<b>Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen</b>	<b>2 273</b>	<b>2 474</b>	<b>2 460</b>	<b>2 490</b>	<b>2 599</b>	<b>2 637</b>	<b>38</b>	<b>1,4</b>
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 273	2 474	2 460	2 490	2 599	2 637	38	1,4
<b>Ordnung und öffentliche Sicherheit</b>	<b>836</b>	<b>890</b>	<b>910</b>	<b>950</b>	<b>1 043</b>	<b>1 087</b>	<b>44</b>	<b>4,2</b>
Allgemeines Rechtswesen	77	75	76	77	84	85	1	1,3
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	324	339	354	397	437	468	32	7,2
Grenzkontrollen	291	316	314	314	345	349	4	1,2
Gerichte	145	159	166	161	177	184	7	4,1
<b>Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit</b>	<b>2 394</b>	<b>2 587</b>	<b>2 607</b>	<b>3 214</b>	<b>3 181</b>	<b>3 294</b>	<b>113</b>	<b>3,5</b>
Politische Beziehungen	645	712	726	720	820	749	-72	-8,7
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	1 642	1 723	1 761	2 358	2 100	2 280	179	8,5
Wirtschaftliche Beziehungen	86	76	75	81	83	265	182	220,0
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	21	75	44	55	177	-	-177	-100,0
<b>Landesverteidigung</b>	<b>4 537</b>	<b>4 515</b>	<b>4 395</b>	<b>4 533</b>	<b>4 653</b>	<b>4 810</b>	<b>157</b>	<b>3,4</b>
Militärische Landesverteidigung	4 439	4 413	4 292	4 417	4 530	4 686	156	3,4
Nationale Sicherheitskooperation	97	102	103	116	122	124	1	1,1
<b>Bildung und Forschung</b>	<b>5 339</b>	<b>5 715</b>	<b>6 067</b>	<b>6 509</b>	<b>6 681</b>	<b>6 916</b>	<b>235</b>	<b>3,5</b>
Berufsbildung	573	628	691	751	884	884	0	0,0
Hochschulen	1 655	1 765	1 833	1 891	1 927	1 984	56	2,9
Grundlagenforschung	2 038	2 196	2 350	2 506	2 519	2 608	90	3,6
Angewandte Forschung	1 043	1 099	1 164	1 331	1 322	1 408	86	6,5
Übriges Bildungswesen	30	28	28	29	29	32	3	8,9
<b>Kultur und Freizeit</b>	<b>429</b>	<b>395</b>	<b>413</b>	<b>429</b>	<b>476</b>	<b>484</b>	<b>8</b>	<b>1,7</b>
Kulturerhaltung	85	92	106	104	118	120	2	1,6
Kulturförderung und Medienpolitik	168	170	169	172	194	195	1	0,5
Sport	176	134	138	153	164	169	5	3,1
<b>Gesundheit</b>	<b>220</b>	<b>276</b>	<b>228</b>	<b>210</b>	<b>217</b>	<b>229</b>	<b>12</b>	<b>5,5</b>
Gesundheit	220	276	228	210	217	229	12	5,5
<b>Soziale Wohlfahrt</b>	<b>17 434</b>	<b>18 049</b>	<b>18 454</b>	<b>20 557</b>	<b>21 005</b>	<b>21 565</b>	<b>560</b>	<b>2,7</b>
Altersversicherung	9 322	9 671	9 935	10 184	10 452	10 714	262	2,5
Invalidenversicherung	3 655	3 581	3 523	4 671	4 951	5 022	71	1,4
Krankenversicherung	1 806	1 847	2 008	2 150	2 263	2 271	7	0,3
Ergänzungsleistungen	1 127	1 312	1 271	1 305	1 402	1 441	39	2,8
Militärversicherung	252	195	216	221	230	224	-6	-2,6
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	314	406	439	941	459	464	5	1,1
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	99	144	126	84	93	110	17	18,7
Migration	812	842	885	937	1 084	1 252	169	15,6
Soziale Hilfe und Fürsorge	47	53	51	64	71	66	-5	-6,7
<b>Verkehr</b>	<b>7 538</b>	<b>8 099</b>	<b>8 225</b>	<b>8 062</b>	<b>8 467</b>	<b>8 614</b>	<b>147</b>	<b>1,7</b>
Strassenverkehr	2 458	2 678	2 914	2 589	2 843	3 001	158	5,5
Öffentlicher Verkehr	4 989	5 325	5 215	5 341	5 444	5 419	-25	-0,5
Luftfahrt	91	96	96	132	180	193	13	7,4

### B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Voranschlag 2013	Differenz zu VA 2012	
							absolut	%
<b>Umweltschutz und Raumordnung</b>	<b>651</b>	<b>726</b>	<b>1 140</b>	<b>1 127</b>	<b>1 172</b>	<b>1 032</b>	<b>-140</b>	<b>-11,9</b>
Umweltschutz	330	340	792	762	745	597	-148	-19,8
Schutz vor Naturgefahren	212	257	239	247	274	279	4	1,6
Naturschutz	96	117	96	103	137	142	4	3,0
Raumordnung	13	13	14	14	15	15	-1	-3,6
<b>Landwirtschaft und Ernährung</b>	<b>3 551</b>	<b>3 692</b>	<b>3 666</b>	<b>3 663</b>	<b>3 728</b>	<b>3 693</b>	<b>-35</b>	<b>-0,9</b>
Landwirtschaft und Ernährung	3 551	3 692	3 666	3 663	3 728	3 693	-35	-0,9
<b>Wirtschaft</b>	<b>405</b>	<b>560</b>	<b>591</b>	<b>632</b>	<b>563</b>	<b>559</b>	<b>-4</b>	<b>-0,7</b>
Wirtschaftsordnung	160	109	119	120	145	138	-7	-4,7
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	131	247	168	234	147	141	-6	-4,1
Energie	90	179	280	254	245	254	9	3,6
Waldwirtschaft	25	27	24	24	26	27	0	0,9
<b>Finanzen und Steuern</b>	<b>10 991</b>	<b>10 248</b>	<b>10 111</b>	<b>9 954</b>	<b>10 345</b>	<b>9 921</b>	<b>-423</b>	<b>-4,1</b>
Anteile an Bundeseinnahmen	4 484	4 185	4 238	4 300	4 354	4 456	102	2,3
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	3 782	3 255	2 972	2 605	2 889	2 288	-601	-20,8
Finanzausgleich	2 725	2 808	2 901	3 049	3 102	3 178	76	2,5

### B32 Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>3,4</b>	<b>2,9</b>	<b>2,4</b>	<b>1,9</b>	<b>3,7</b>	<b>2,5</b>
<b>Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen</b>	<b>3,1</b>	<b>2,3</b>	<b>7,5</b>	<b>0,3</b>	<b>3,6</b>	<b>2,5</b>
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,1	2,3	7,5	0,3	3,6	2,5
<b>Ordnung und öffentliche Sicherheit</b>	<b>4,7</b>	<b>0,8</b>	<b>5,8</b>	<b>-1,2</b>	<b>4,0</b>	<b>4,0</b>
Allgemeines Rechtswesen	8,2	-11,9	11,8	-11,7	-0,3	3,4
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	5,7	4,2	9,8	-2,5	6,3	4,2
Grenzkontrollen	1,8	1,3	1,4	0,6	2,8	4,1
Gerichte	6,6	7,7	0,7	7,4	3,3	3,6
<b>Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit</b>	<b>3,5</b>	<b>1,3</b>	<b>2,5</b>	<b>-0,2</b>	<b>9,0</b>	<b>3,7</b>
Politische Beziehungen	4,7	2,2	4,2	-0,3	4,1	1,4
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	1,7	1,5	1,7	3,0	10,9	3,4
Wirtschaftliche Beziehungen	18,0	-1,9	3,3	0,1	3,3	35,1
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	9,7	-0,4	2,5	-38,7	16,1	-100,0
<b>Landesverteidigung</b>	<b>-1,4</b>	<b>-4,1</b>	<b>-1,7</b>	<b>-0,9</b>	<b>1,2</b>	<b>2,9</b>
Militärische Landesverteidigung	-1,2	-3,7	-1,8	-1,0	1,1	3,0
Nationale Sicherheitskooperation	-8,2	-18,3	1,6	3,2	5,0	1,3
<b>Bildung und Forschung</b>	<b>4,3</b>	<b>1,2</b>	<b>2,6</b>	<b>3,1</b>	<b>6,9</b>	<b>3,1</b>
Berufsbildung	5,3	-3,5	2,6	-0,4	9,7	4,7
Hochschulen	2,3	3,1	2,0	-8,8	4,9	3,4
Grundlagenforschung	7,3	1,0	6,0	22,1	8,1	2,9
Angewandte Forschung	3,7	2,9	0,9	8,4	7,4	2,2
Übriges Bildungswesen	32,5	-20,4	8,6	-4,0	-16,7	3,4
<b>Kultur und Freizeit</b>	<b>0,5</b>	<b>14,3</b>	<b>2,4</b>	<b>-3,7</b>	<b>-1,7</b>	<b>4,2</b>
Kulturerhaltung	0,9	-3,6	2,0	2,6	2,5	5,8
Kulturförderung und Medienpolitik	-4,1	31,6	1,7	-7,7	-6,6	3,9
Sport	5,9	4,7	4,5	0,0	2,3	3,4
<b>Gesundheit</b>	<b>7,0</b>	<b>0,8</b>	<b>4,5</b>	<b>10,7</b>	<b>-5,5</b>	<b>2,0</b>
Gesundheit	7,0	0,8	4,5	10,7	-5,5	2,0
<b>Soziale Wohlfahrt</b>	<b>6,0</b>	<b>7,1</b>	<b>3,2</b>	<b>2,6</b>	<b>5,0</b>	<b>2,7</b>
Altersversicherung	5,0	8,9	4,6	3,3	6,3	2,8
Invalidenversicherung	8,6	6,7	6,3	2,7	1,0	3,2
Krankenversicherung	8,4	-2,3	4,2	3,9	-1,3	3,1
Ergänzungsleistungen	-0,7	-0,4	5,8	4,3	16,4	4,9
Militärversicherung	0,8	-1,6	0,5	-2,8	-1,1	0,7
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	24,2	97,5	-0,7	13,5	32,8	-15,3
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	4,4	19,9	-10,8	-17,9	-6,4	9,6
Migration	6,3	15,1	-10,0	-4,8	4,3	8,2
Soziale Hilfe und Fürsorge	-11,7	-3,9	20,2	20,5	7,3	-7,7
<b>Verkehr</b>	<b>3,1</b>	<b>0,0</b>	<b>4,1</b>	<b>0,8</b>	<b>2,3</b>	<b>2,8</b>
Strassenverkehr	1,0	-0,1	0,7	-0,9	-1,5	7,2
Öffentlicher Verkehr	4,9	2,1	6,6	2,0	4,3	0,3
Luftfahrt	6,0	-32,7	12,8	-4,1	10,0	10,9
<b>Umweltschutz und Raumordnung</b>	<b>-4,2</b>	<b>-0,5</b>	<b>4,7</b>	<b>3,8</b>	<b>14,5</b>	<b>-0,2</b>
Umweltschutz	-1,2	2,4	1,5	0,5	24,2	-3,2
Schutz vor Naturgefahren	-5,5	-8,2	9,9	7,0	3,5	4,0
Naturschutz	-13,8	5,0	7,5	8,9	-0,9	8,8
Raumordnung	6,7	2,3	15,1	3,8	3,7	2,6
<b>Landwirtschaft und Ernährung</b>	<b>3,7</b>	<b>4,7</b>	<b>-2,0</b>	<b>-0,8</b>	<b>0,4</b>	<b>0,1</b>
Landwirtschaft und Ernährung	3,7	4,7	-2,0	-0,8	0,4	0,1

### B32 Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten

Fortsetzung

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
<b>Wirtschaft</b>	<b>-9,1</b>	<b>-2,3</b>	<b>5,2</b>	<b>-11,6</b>	<b>12,3</b>	<b>-2,4</b>
Wirtschaftsordnung	8,4	1,2	9,3	7,9	-5,0	3,9
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	-19,7	-2,4	1,9	-14,7	16,1	-12,2
Energie	31,3	-9,8	6,9	-6,9	33,1	1,3
Waldwirtschaft	-3,9	1,6	6,8	-32,2	-12,4	3,6
<b>Finanzen und Steuern</b>	<b>6,5</b>	<b>4,8</b>	<b>2,3</b>	<b>5,9</b>	<b>0,5</b>	<b>2,2</b>
Anteile an Bundeseinnahmen	2,1	5,6	5,5	8,4	-7,0	2,8
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	11,1	4,2	-0,8	2,8	-10,2	1,4
Finanzausgleich	-	-	-	-	-	1,9

### B33 Struktur der Ausgaben nach Aufgabengebieten

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen</b>	<b>3,6</b>	<b>3,5</b>	<b>4,1</b>	<b>4,2</b>	<b>4,1</b>	<b>4,0</b>
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,6	3,5	4,1	4,2	4,1	4,0
<b>Ordnung und öffentliche Sicherheit</b>	<b>1,6</b>	<b>1,5</b>	<b>1,6</b>	<b>1,5</b>	<b>1,5</b>	<b>1,6</b>
Allgemeines Rechtswesen	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6	0,7
Grenzkontrollen	0,6	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5
Gerichte	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3
<b>Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit</b>	<b>5,0</b>	<b>4,5</b>	<b>4,8</b>	<b>4,4</b>	<b>4,6</b>	<b>5,2</b>
Politische Beziehungen	1,2	1,2	1,2	1,1	1,2	1,2
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	3,2	2,7	2,9	2,9	3,2	3,6
Wirtschaftliche Beziehungen	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,3
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	0,5	0,4	0,4	0,2	0,1	0,1
<b>Landesverteidigung</b>	<b>14,3</b>	<b>11,6</b>	<b>9,5</b>	<b>8,4</b>	<b>7,6</b>	<b>7,3</b>
Militärische Landesverteidigung	13,8	11,3	9,3	8,2	7,4	7,2
Nationale Sicherheitskooperation	0,5	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
<b>Bildung und Forschung</b>	<b>9,1</b>	<b>8,6</b>	<b>8,6</b>	<b>9,0</b>	<b>10,0</b>	<b>10,6</b>
Berufsbildung	1,3	1,1	1,0	1,0	1,1	1,3
Hochschulen	4,6	4,4	4,4	2,9	3,0	3,1
Grundlagenforschung	1,5	1,5	1,5	3,3	3,8	4,0
Angewandte Forschung	1,6	1,5	1,5	1,8	2,0	2,1
Übriges Bildungswesen	0,2	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0
<b>Kultur und Freizeit</b>	<b>0,7</b>	<b>1,0</b>	<b>1,3</b>	<b>0,9</b>	<b>0,7</b>	<b>0,7</b>
Kulturerhaltung	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Kulturförderung und Medienpolitik	0,2	0,5	0,9	0,4	0,3	0,3
Sport	0,2	0,2	0,3	0,2	0,3	0,3
<b>Gesundheit</b>	<b>0,3</b>	<b>0,3</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>	<b>0,3</b>
Gesundheit	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,3
<b>Soziale Wohlfahrt</b>	<b>25,5</b>	<b>29,0</b>	<b>29,9</b>	<b>31,3</b>	<b>31,5</b>	<b>33,1</b>
Altersversicherung	9,8	10,8	13,7	14,3	16,5	16,5
Invalidenversicherung	5,6	6,7	7,5	8,4	6,5	7,7
Krankenversicherung	3,7	3,6	3,8	4,1	3,3	3,5
Ergänzungsleistungen	1,2	1,0	1,1	1,3	2,1	2,2
Militärversicherung	0,7	0,6	0,5	0,5	0,4	0,3
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	2,0	3,0	0,4	0,6	0,9	0,7
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	0,5	0,7	0,7	0,3	0,2	0,2
Migration	2,0	2,6	2,2	1,7	1,5	1,9
Soziale Hilfe und Fürsorge	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1
<b>Verkehr</b>	<b>14,8</b>	<b>14,2</b>	<b>14,0</b>	<b>14,2</b>	<b>13,5</b>	<b>13,2</b>
Strassenverkehr	6,9	6,1	5,9	5,3	4,5	4,7
Öffentlicher Verkehr	7,1	7,9	8,0	8,7	8,8	8,2
Luftfahrt	0,8	0,3	0,2	0,2	0,2	0,3
<b>Umweltschutz und Raumordnung</b>	<b>1,2</b>	<b>1,1</b>	<b>1,2</b>	<b>1,2</b>	<b>1,5</b>	<b>1,7</b>
Umweltschutz	0,7	0,7	0,7	0,6	0,9	1,0
Schutz vor Naturgefahren	0,4	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4
Naturschutz	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2
Raumordnung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Landwirtschaft und Ernährung</b>	<b>8,0</b>	<b>8,6</b>	<b>7,6</b>	<b>7,0</b>	<b>6,2</b>	<b>5,6</b>
Landwirtschaft und Ernährung	8,0	8,6	7,6	7,0	6,2	5,6

### B33 Struktur der Ausgaben nach Aufgabengebieten

Fortsetzung

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
<b>Wirtschaft</b>	<b>1,6</b>	<b>1,3</b>	<b>1,4</b>	<b>0,8</b>	<b>0,9</b>	<b>0,9</b>
Wirtschaftsordnung	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	0,8	0,5	0,5	0,3	0,3	0,2
Energie	0,2	0,3	0,2	0,2	0,3	0,4
Waldwirtschaft	0,4	0,3	0,4	0,1	0,0	0,0
<b>Finanzen und Steuern</b>	<b>14,3</b>	<b>14,9</b>	<b>15,7</b>	<b>16,7</b>	<b>17,5</b>	<b>15,7</b>
Anteile an Bundeseinnahmen	7,1	7,4	8,2	9,4	7,3	6,9
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	7,2	7,5	7,6	7,3	5,3	4,0
Finanzausgleich	–	–	–	–	4,9	4,8

**B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2013**

Kontengruppen	Total Voranschlag 2013	Aufgabengebiete					
		Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	Ordnung und öffentliche Sicherheit	Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	Landesverteidigung	Bildung und Forschung	Kultur und Freizeit
Mio. CHF							
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>64 842</b>	<b>2 637</b>	<b>1 087</b>	<b>3 294</b>	<b>4 810</b>	<b>6 916</b>	<b>484</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>10 582</b>	<b>2 231</b>	<b>868</b>	<b>770</b>	<b>4 231</b>	<b>263</b>	<b>125</b>
Personalausgaben	5 376	1 390	711	599	1 515	150	89
Sach- und Betriebsausgaben	4 126	841	158	170	1 636	113	35
Rüstungsausgaben	1 079	–	–	–	1 079	–	–
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>44 180</b>	<b>32</b>	<b>163</b>	<b>2 493</b>	<b>157</b>	<b>6 300</b>	<b>321</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	8 826	–	–	–	–	–	–
Entschädigungen an Gemeinwesen	1 099	–	68	–	20	0	4
Beiträge an eigene Institutionen	2 909	–	4	–	–	2 381	128
Beiträge an Dritte	15 247	32	91	2 493	137	3 920	188
Beiträge an Sozialversicherungen	16 099	–	–	–	–	–	–
<b>Finanzausgaben</b>	<b>2 290</b>	<b>2</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>0</b>	<b>–</b>	<b>0</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>7 790</b>	<b>372</b>	<b>56</b>	<b>31</b>	<b>422</b>	<b>353</b>	<b>39</b>
Sachanlagen und Vorräte	2 639	364	27	5	420	228	2
Immaterielle Anlagen	45	8	4	1	2	–	–
Darlehen	486	–	–	2	–	–	–
Beteiligungen	23	–	–	23	–	–	–
Investitionsbeiträge	4 596	–	25	–	–	124	38

Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Gesundheit	Soziale Wohlfahrt	Verkehr	Umweltschutz und Raumordnung	Landwirtschaft und Ernährung	Wirtschaft	Finanzen und Steuern
Mio. CHF							
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>229</b>	<b>21 565</b>	<b>8 614</b>	<b>1 032</b>	<b>3 693</b>	<b>559</b>	<b>9 921</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>139</b>	<b>540</b>	<b>755</b>	<b>166</b>	<b>122</b>	<b>194</b>	<b>179</b>
Personalausgaben	64	343	195	105	90	126	–
Sach- und Betriebsausgaben	75	196	560	62	33	67	179
Rüstungsausgaben	–	–	–	–	–	–	–
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>86</b>	<b>20 990</b>	<b>2 063</b>	<b>499</b>	<b>3 426</b>	<b>196</b>	<b>7 454</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	–	3 820	374	356	–	–	4 277
Entschädigungen an Gemeinwesen	3	965	31	–	3	4	–
Beiträge an eigene Institutionen	15	–	364	1	–	17	–
Beiträge an Dritte	68	187	1 295	142	3 342	175	3 178
Beiträge an Sozialversicherungen	–	16 018	–	–	81	–	–
<b>Finanzausgaben</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>0</b>	<b>2 288</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>4</b>	<b>36</b>	<b>5 796</b>	<b>367</b>	<b>145</b>	<b>169</b>	<b>–</b>
Sachanlagen und Vorräte	1	0	1 586	2	2	1	–
Immaterielle Anlagen	1	4	25	1	–	0	–
Darlehen	–	31	397	–	53	3	–
Beteiligungen	–	–	–	–	–	–	–
Investitionsbeiträge	3	0	3 788	364	90	164	–

**B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2012**

Kontengruppen	Total Voranschlag 2012	Aufgabengebiete					
		Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	Ordnung und öffentliche Sicherheit	Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	Landesverteidigung	Bildung und Forschung	Kultur und Freizeit
Mio. CHF							
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>64 131</b>	<b>2 599</b>	<b>1 043</b>	<b>3 181</b>	<b>4 653</b>	<b>6 681</b>	<b>476</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>10 311</b>	<b>2 193</b>	<b>841</b>	<b>745</b>	<b>4 167</b>	<b>261</b>	<b>124</b>
Personalausgaben	5 278	1 376	698	579	1 498	150	88
Sach- und Betriebsausgaben	3 996	817	143	166	1 633	111	36
Rüstungsausgaben	1 037	–	–	–	1 037	–	–
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>43 554</b>	<b>33</b>	<b>153</b>	<b>2 352</b>	<b>135</b>	<b>6 140</b>	<b>315</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	8 874	–	–	–	–	–	–
Entschädigungen an Gemeinwesen	976	–	63	–	20	0	4
Beiträge an eigene Institutionen	3 078	–	–	–	–	2 357	126
Beiträge an Dritte	14 883	33	90	2 352	115	3 783	184
Beiträge an Sozialversicherungen	15 743	–	–	–	–	–	–
<b>Finanzausgaben</b>	<b>2 889</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>0</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>7 377</b>	<b>373</b>	<b>49</b>	<b>84</b>	<b>351</b>	<b>279</b>	<b>37</b>
Sachanlagen und Vorräte	2 494	365	26	0	348	158	1
Immaterielle Anlagen	53	8	5	5	3	–	–
Darlehen	422	–	–	26	–	–	–
Beteiligungen	52	–	–	52	–	–	–
Investitionsbeiträge	4 355	–	19	–	–	122	36

Fortsetzung Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Gesundheit	Soziale Wohlfahrt	Verkehr	Umweltschutz und Raumordnung	Landwirtschaft und Ernährung	Wirtschaft	Finanzen und Steuern
Mio. CHF							
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>217</b>	<b>21 005</b>	<b>8 467</b>	<b>1 172</b>	<b>3 728</b>	<b>563</b>	<b>10 345</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>130</b>	<b>472</b>	<b>726</b>	<b>172</b>	<b>121</b>	<b>189</b>	<b>169</b>
Personalausgaben	63	316	184	104	89	132	–
Sach- und Betriebsausgaben	67	156	542	68	32	57	169
Rüstungsausgaben	–	–	–	–	–	–	–
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>83</b>	<b>20 517</b>	<b>2 278</b>	<b>628</b>	<b>3 462</b>	<b>172</b>	<b>7 286</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	–	3 826	379	483	–	–	4 185
Entschädigungen an Gemeinwesen	–	851	30	4	3	–	–
Beiträge an eigene Institutionen	15	–	580	–	–	–	–
Beiträge an Dritte	68	185	1 288	141	3 371	172	3 102
Beiträge an Sozialversicherungen	–	15 655	–	–	88	–	–
<b>Finanzausgaben</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>2 889</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>4</b>	<b>17</b>	<b>5 462</b>	<b>372</b>	<b>145</b>	<b>203</b>	<b>–</b>
Sachanlagen und Vorräte	2	0	1 588	2	2	3	–
Immaterielle Anlagen	1	4	26	1	–	0	–
Darlehen	–	12	325	–	56	3	–
Beteiligungen	–	–	–	–	–	–	–
Investitionsbeiträge	2	0	3 523	370	87	196	–

**B41 Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital** (ohne Spezialfonds)

Mio. CHF		Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Voranschlag 2013	Einlage (+) / Entnahme (-)
<b>Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital, Stand</b>		<b>1 037</b>	<b>1 096</b>	<b>1 276</b>	<b>181</b>
<b>VOC / HEL-Lenkungsabgabe</b>		<b>255</b>	<b>260</b>	<b>263</b>	<b>3</b>
606	E1100.0111/ 112/113	127	125	125	
606	E1400.0101	2	4	3	
810	A2300.0100	-130	-124	-125	
810	A2100.0001	0	-	-	
<b>CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brennstoffen, Rückverteilung</b>		<b>-132</b>	<b>-91</b>	<b>-1</b>	<b>90</b>
606	E1100.0121 (Teil)	332	400	347	
606	E1400.0114	0	1	1	
810	A2400.0105	-1	-1	-1	
810	A2300.0112	-434	-359	-231	
810	A4300.0150	-	-	-25	
<b>CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brennstoffen, Gebäudeprogramm</b>		<b>-38</b>	<b>-34</b>	<b>0</b>	<b>34</b>
606	E1100.0121 (Teil)	166	200	173	
810	A2400.0105 (Teil)	0	-	-	
810	A4300.0146	-133	-131	-93	
805	A4300.0126	-67	-65	-46	
<b>Sanktion CO<sub>2</sub>-Verminderung PW, Rückverteilung</b>		<b>-</b>	<b>-</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
805	E1400.0116 (Teil)	-	-	0	
<b>Sanktion CO<sub>2</sub>-Verminderung PW, Infrastrukturfonds</b>		<b>-</b>	<b>-</b>	<b>56</b>	<b>56</b>
805	E1100.0124	-	-	57	
805	E1400.0116 (Teil)	-	-	0	
806	E5300.0113	-	-	1	
805	A2114.0001 (Teil)	-	-	-1	
805	A2119.0001 (Teil)	-	-	0	
805	A2100.0001 (Teil)	-	-	0	
806	A6100.0001 (Teil)	-	-	-1	
<b>Spielbankenabgabe</b>		<b>757</b>	<b>771</b>	<b>775</b>	<b>4</b>
417	E1100.0122	376	395	380	
417	A2300.0113	-415	-381	-376	
<b>Filmförderung</b>		<b>1</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
306	E1300.0146	0	0	0	
306	A2310.0454	-	0	0	
<b>Altlastenfonds</b>		<b>154</b>	<b>149</b>	<b>143</b>	<b>-6</b>
810	E1100.0100	35	36	36	
810	A2310.0131	-10	-40	-41	
810	A2100.0001 (Teil)	-	-	-1	
<b>Familienzulagen an landwirtschaftliche Arbeitnehmer und Bergbauern</b>		<b>32</b>	<b>32</b>	<b>32</b>	<b>-</b>
318	E1400.0102	1	1	1	
318	A2310.0332 (Teil)	-1	-1	-1	
<b>Medienforschung, Rundfunktechnologie, Programmarchivierung</b>		<b>8</b>	<b>8</b>	<b>9</b>	<b>0</b>
808	E5200.0100	3	3	3	
808	A6210.0145	-1	-2	-2	
808	A6210.0146	0	0	-1	
808	A6210.0148	0	-	-	
<b>Krankenversicherung</b>		<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
605	E1100.0118 (Teil)	881	913	913	
606	E1100.0109 (Teil)	206	283	90	
316	A2310.0110 (Teil)	-1 086	-1 196	-1 003	

**B41 Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital** (ohne Spezialfonds)

Fortsetzung

Mio. CHF		Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Voranschlag 2013	Einlage (+) / Entnahme (-)	
<b>Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung</b>						
605	E1100.0118 (Teil)	Mehrwertsteuer, MWSt-Prozent für die AHV (83%)	2 248	2 323	2 322	-
605	E1100.0118 (Teil)	Mehrwertsteuer, Zuschlag 0,4% für die IV	855	1 122	1 122	-
605	E1100.0118 (Teil)	Mehrwertsteuer, Bundesanteil am MWSt-Prozent (17%)	461	477	476	-
606	E1100.0102	Tabaksteuer	2 208	2 233	2 301	-
601	E1200.0101	Reingewinn Alkoholverwaltung	269	275	248	-
318	A2310.0327 (Teil)	Leistungen des Bundes an die AHV	}	}	}	}
318	A2310.0328 (Teil)	Leistungen des Bundes an die IV				
318	A2310.0329 (Teil)	Ergänzungsleistungen zur AHV				
318	A2310.0384 (Teil)	Ergänzungsleistungen zur IV				
318	A2310.0453 (Teil)	Sonderbeitrag an die IV-Zinsen				
605	A2300.0105	Mehrwertsteuerprozent für die AHV	-2 248	-2 323	-2 322	-
605	A2300.0111	Mehrwertsteuerzuschlag für die IV	-855	-1 122	-1 122	-

**B42 Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital**

Mio. CHF	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Voranschlag 2013	Einlage (+)/ Entnahme (-)
<b>Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital, Stand</b>	<b>3 803</b>	<b>4 189</b>	<b>4 341</b>	<b>152</b>
<b>Spezialfinanzierung Strassenverkehr</b>	<b>2 028</b>	<b>1 822</b>	<b>1 471</b>	<b>-351</b>
Einnahmen	3 821	3 823	3 768	
Ausgaben	-4 576	-4 030	-4 119	
<b>Spezialfinanzierung Begleitmassnahmen FHAL/WTO</b>	<b>1 711</b>	<b>2 290</b>	<b>2 798</b>	<b>508</b>
606 E1100.0110 (Teil) Einfuhrzölle	533	579	508	
<b>Spezialfinanzierung Luftverkehr</b>	<b>9</b>	<b>23</b>	<b>18</b>	<b>-5</b>
606 E1100.0104 (Teil) Mineralölsteuer auf Treibstoffen	8	23	22	
606 E1100.0105 (Teil) Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	11	31	29	
803 A6210.0152 Technische Sicherheitsmassnahmen	-10	-27	-28	
803 A6210.0153 Umweltschutz-Massnahmen	-	-7	-14	
803 A6210.0154 Nicht-hoheitliche Sicherheitsmassnahmen	-	-7	-14	
<b>Bundeskriegstransportversicherung</b>	<b>55</b>	<b>55</b>	<b>55</b>	<b>0</b>
724 E1300.0010 (Teil) Entgelte	0	0	0	
724 A2119.0001 (Teil) Übriger Betriebsaufwand	0	0	0	
<b>Überwachung Tierseuchen</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>0</b>
708 E1100.0123 Schlachtabgabe	-	-	3	
720 A2310.0500 Überwachung Tierseuchen	-	-	-3	

### B43 Spezialfinanzierung Strassenverkehr

Mio. CHF	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Voranschlag 2013	Differenz zu VA 2012 absolut	%
<b>Einnahmen</b>	<b>3 821</b>	<b>3 823</b>	<b>3 768</b>	<b>-55</b>	<b>-1,5</b>
606 A2111.0141 Aufwandentschädigungen Bezug der Nationalstrassenabgabe	-34	-31	-33	-2	5,4
606 A2119.0001 Übriger Betriebsaufwand; Verkauf und Kontrolle Nationalstrassenabgabe	–	-5	-5	0	1,0
606 E1100.0104 Mineralölsteuer auf Treibstoffen	1 489	1 497	1 469	-29	-1,9
606 E1100.0105 Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	1 994	1 999	1 956	-43	-2,1
606 E1100.0108 Nationalstrassenabgabe	360	353	371	18	5,1
802 E3200.0001 Rückzahlung Darlehen Terminalanlagen	6	8	6	-1	-16,1
806 E7100.0001 Veräusserung Sach- und immaterielle Anlagen (Globalbudget); Erlös Restparzellen Nationalstrasse	5	3	4	1	22,8
806 E7200.0001 Rückzahlung Darlehen Bahnhofparkanlagen	0	0	0	–	–
<b>Ausgaben</b>	<b>4 576</b>	<b>4 030</b>	<b>4 119</b>	<b>90</b>	<b>2,2</b>
<b>Nationalstrassen (ohne Infrastrukturfonds)</b>	<b>1 484</b>	<b>1 640</b>	<b>1 644</b>	<b>4</b>	<b>0,2</b>
806 A6100.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget); Betrieb	313	335	363	28	8,2
806 A8100.0001 Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget); Unterhalt/Ausbau	1 171	1 305	1 281	-24	-1,8
<b>Infrastrukturfonds</b>	<b>1 703</b>	<b>928</b>	<b>1 026</b>	<b>98</b>	<b>10,6</b>
806 A8400.0100 Jährliche Einlage Infrastrukturfonds	853	928	1 026	98	10,6
806 A8900.0100 a.o. Einlage Infrastrukturfonds	850	–	–	–	–
<b>Hauptstrassen</b>	<b>166</b>	<b>168</b>	<b>171</b>	<b>3</b>	<b>1,5</b>
806 A8300.0107 Hauptstrassen	166	168	171	3	1,5
<b>Übrige werkgebundene Beiträge</b>	<b>529</b>	<b>565</b>	<b>561</b>	<b>-3</b>	<b>-0,6</b>
802 A2310.0214 Abgeltung alpenquerender kombinierter Verkehr	203	175	175	–	–
802 A2310.0215 Autoverlad	2	2	3	0	8,2
802 A2310.0450 Abgeltung nicht-alpenquerender Schienengüterverkehr	18	16	14	-2	-11,6
802 A4300.0119 Verkehrstrennung	4	2	2	–	–
802 A4300.0121 Anschlussgleise	16	22	22	0	1,5
802 A4300.0129 Fonds für Eisenbahngrossprojekte	279	310	301	-10	-3,1
802 A4300.0141 Terminalanlagen	7	37	45	8	20,7
<b>Nicht werkgebundene Beiträge</b>	<b>377</b>	<b>379</b>	<b>374</b>	<b>-6</b>	<b>-1,5</b>
806 A6200.0152 Allgemeine Strassenbeiträge	–	–	366	366	–
806 A6200.0153 Kantone ohne Nationalstrassen	–	–	7	7	–
806 A6210.0137 Allgemeine Strassenbeiträge	370	372	–	-372	-100,0
806 A6210.0139 Kantone ohne Nationalstrassen	8	8	–	-8	-100,0
<b>Forschung und Verwaltung</b>	<b>158</b>	<b>178</b>	<b>169</b>	<b>-9</b>	<b>-4,9</b>
806 A6100.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	155	171	162	-9	-5,2
806 A8100.0001 Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget)	3	7	7	0	2,8
<b>Umweltschutz</b>	<b>97</b>	<b>107</b>	<b>108</b>	<b>1</b>	<b>1,1</b>
806 A6210.0142 Langsamverkehr, Fuss- und Wanderwege	1	1	1	0	1,5
810 A2310.0134 Wald	45	46	46	0	0,8
810 A4300.0103 Schutz Naturgefahren	15	23	23	0	1,1
810 A4300.0139 Lärmschutz	36	37	37	1	1,5
<b>Heimat- und Landschaftsschutz</b>	<b>14</b>	<b>15</b>	<b>15</b>	<b>0</b>	<b>1,3</b>
306 A4300.0138 Heimatschutz und Denkmalpflege	11	11	11	0	1,5
806 A8300.0110 Historische Verkehrswege	2	2	2	0	1,5
810 A4300.0105 Natur und Landschaft	2	2	2	–	–

**B43 Spezialfinanzierung Strassenverkehr**  
Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Voranschlag 2013	Differenz zu VA 2012	
				absolut	%
<b>Schutz übriger Strassen vor Naturgewalten</b>	<b>48</b>	<b>51</b>	<b>52</b>	<b>1</b>	<b>2,6</b>
810 A4300.0135 Hochwasserschutz	48	51	52	1	2,6
<b>Saldo</b>	<b>-755</b>	<b>-206</b>	<b>-351</b>	<b>-145</b>	
<b>Stand der Spezialfinanzierung Ende Jahr</b>	<b>2 028</b>	<b>1 822</b>	<b>1 471</b>	<b>-351</b>	<b>-19,3</b>

## C01 Ertrag nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Voranschlag 2013	Differenz zu VA 2012	
							absolut	%
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>64 047</b>	<b>64 146</b>	<b>63 523</b>	<b>65 693</b>	<b>63 988</b>	<b>64 435</b>	<b>447</b>	<b>0,7</b>
<b>Fiskalertrag</b>	<b>58 052</b>	<b>56 790</b>	<b>57 757</b>	<b>60 096</b>	<b>59 914</b>	<b>60 474</b>	<b>560</b>	<b>0,9</b>
Direkte Bundessteuer	17 513	17 877	17 886	17 891	18 759	18 993	234	1,2
Verrechnungssteuer	5 760	5 280	4 323	5 961	4 186	4 811	625	14,9
Stempelabgaben	2 975	2 806	2 855	2 857	2 445	2 200	-245	-10,0
Mehrwertsteuer	20 512	19 830	20 672	21 642	22 550	22 630	80	0,4
Übrige Verbrauchssteuern	7 517	7 279	7 602	7 341	7 435	7 398	-37	-0,5
Mineralölsteuer	5 222	5 183	5 134	5 020	5 090	4 985	-105	-2,1
Tabaksteuer	2 186	1 987	2 356	2 208	2 233	2 301	68	3,0
Biersteuer	110	110	112	113	112	112	0	0,0
Verkehrsabgaben	2 137	2 114	2 210	2 323	2 323	2 326	3	0,1
Automobilsteuer	363	312	373	408	370	375	5	1,4
Nationalstrassenabgabe	333	351	347	360	353	371	18	5,1
Schwerverkehrsabgabe	1 441	1 452	1 490	1 555	1 600	1 580	-20	-1,3
Zölle	1 017	1 033	1 079	1 046	1 060	995	-65	-6,1
Spielbankenabgabe	455	415	381	376	395	380	-15	-3,8
Lenkungsabgaben	163	151	748	660	761	738	-23	-3,0
Lenkungsabgabe VOC	135	124	123	127	125	125	0	0,0
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	0	0	-	-	-	-	-	-
Altlastenabgabe	28	27	36	35	36	36	0	0,0
Lenkungsabgabe CO2	-	-	589	498	600	577	-23	-3,8
Übriger Fiskalertrag	3	4	0	-	-	3	3	-
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>1 284</b>	<b>1 350</b>	<b>1 383</b>	<b>1 403</b>	<b>925</b>	<b>908</b>	<b>-17</b>	<b>-1,8</b>
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	235	246	243	269	275	248	-27	-9,7
Gewinnausschüttung SNB	833	833	833	833	333	333	0	0,0
Zunahme des Münzumlaufs	42	53	74	54	87	91	3	3,9
Ertrag aus Kontingentsversteigerungen	148	182	199	213	196	203	7	3,5
Übrige Regalien und Konzessionen	26	36	33	34	34	33	0	-0,9
<b>Finanzertrag</b>	<b>2 740</b>	<b>3 075</b>	<b>2 446</b>	<b>2 136</b>	<b>1 365</b>	<b>1 175</b>	<b>-190</b>	<b>-13,9</b>
Zinsertrag	659	477	375	376	524	307	-217	-41,4
Finanzanlagen	248	10	11	18	58	20	-38	-64,7
Darlehen	175	206	83	78	189	110	-79	-41,7
Bevorschussung an FinöV-Fonds	226	177	204	193	194	170	-24	-12,2
Übriger Zinsertrag	11	84	77	88	83	6	-77	-92,3
Kursgewinne	86	49	82	169	-	-	-	-
Beteiligungsertrag	1	0	0	1	0	0	0	31,6
Zunahme von Equitywerten	1 807	2 179	1 840	1 256	840	867	27	3,2
Übriger Finanzertrag	187	370	149	334	1	1	0	-30,2
<b>Übriger Ertrag</b>	<b>1 970</b>	<b>2 893</b>	<b>1 803</b>	<b>1 880</b>	<b>1 779</b>	<b>1 871</b>	<b>92</b>	<b>5,2</b>
Entgelte	1 508	1 354	1 259	1 192	1 253	1 282	28	2,3
Wehrpflichtersatzabgabe	140	148	155	157	170	170	0	0,0
Gebühren	305	227	217	225	251	240	-11	-4,2
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	79	80	79	76	68	67	-1	-1,2
Verkäufe	183	149	129	102	74	80	6	7,7
Rückerstattungen	231	173	104	118	116	124	8	7,1
EU Zinsbesteuerung	147	166	120	97	135	141	6	4,2
Übrige Entgelte	423	412	455	415	440	460	20	4,6
Verschiedener Ertrag	462	1 539	544	689	526	589	64	12,1
Liegenschaftenertrag	354	357	371	365	380	405	24	6,4
Übriger verschiedener Ertrag	108	1 181	173	323	145	185	39	27,0
<b>Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital</b>	<b>2</b>	<b>37</b>	<b>135</b>	<b>178</b>	<b>5</b>	<b>6</b>	<b>1</b>	<b>24,4</b>

## C02 Aufwand nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Voranschlag 2013	Differenz zu VA 2012 absolut	%
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>56 587</b>	<b>57 726</b>	<b>59 385</b>	<b>62 680</b>	<b>63 878</b>	<b>64 735</b>	<b>857</b>	<b>1,3</b>
<b>Eigenaufwand</b>	<b>11 406</b>	<b>11 929</b>	<b>12 039</b>	<b>12 230</b>	<b>12 804</b>	<b>13 094</b>	<b>290</b>	<b>2,3</b>
<b>Personalaufwand</b>	<b>4 501</b>	<b>4 812</b>	<b>4 824</b>	<b>4 923</b>	<b>5 278</b>	<b>5 376</b>	<b>99</b>	<b>1,9</b>
Personalbezüge	3 767	3 948	3 998	4 023	4 249	4 309	60	1,4
Arbeitgeberbeiträge	611	752	781	804	896	932	36	4,0
Arbeitgeberleistungen	65	42	78	47	51	49	-2	-3,6
Übriger Personalaufwand	58	70	-34	49	81	87	5	6,7
<b>Sach- und Betriebsaufwand</b>	<b>3 762</b>	<b>4 120</b>	<b>4 071</b>	<b>3 983</b>	<b>4 300</b>	<b>4 433</b>	<b>133</b>	<b>3,1</b>
Material- und Warenaufwand	269	237	259	192	302	286	-16	-5,4
Betriebsaufwand	3 139	3 470	3 399	3 386	3 555	3 671	116	3,3
Liegenschaften	445	552	531	465	328	352	24	7,3
Mieten und Pachten	153	150	149	160	170	178	8	4,7
Informatik	434	488	471	496	549	571	22	4,0
Beratung und Auftragsforschung	263	252	238	225	266	292	26	9,7
Betriebsaufwand der Armee	794	809	861	929	1 001	965	-35	-3,5
Abschreibungen auf Forderungen	170	205	200	190	173	184	10	5,8
Übriger Betriebsaufwand	880	1 014	948	921	1 067	1 129	62	5,8
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	354	412	413	404	443	476	33	7,5
<b>Rüstungsaufwand</b>	<b>1 228</b>	<b>1 095</b>	<b>1 001</b>	<b>1 163</b>	<b>1 037</b>	<b>1 079</b>	<b>42</b>	<b>4,1</b>
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	147	120	111	95	105	110	5	4,8
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	290	292	316	307	396	391	-5	-1,3
Rüstungsmaterial	792	683	575	761	536	578	42	7,9
<b>Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen</b>	<b>1 914</b>	<b>1 902</b>	<b>2 143</b>	<b>2 162</b>	<b>2 190</b>	<b>2 206</b>	<b>16</b>	<b>0,7</b>
Gebäude	611	359	487	528	517	540	24	4,6
Nationalstrassen	1 176	1 390	1 424	1 416	1 455	1 467	12	0,8
Übrige Abschreibungen	127	153	232	218	219	199	-20	-9,2
<b>Transferaufwand</b>	<b>41 254</b>	<b>42 445</b>	<b>44 024</b>	<b>46 994</b>	<b>48 221</b>	<b>49 147</b>	<b>925</b>	<b>1,9</b>
<b>Anteile Dritter an Bundeserträgen</b>	<b>7 414</b>	<b>7 116</b>	<b>7 705</b>	<b>8 549</b>	<b>8 874</b>	<b>8 826</b>	<b>-47</b>	<b>-0,5</b>
Kantonsanteile	4 665	4 388	4 436	4 466	4 564	4 651	86	1,9
Anteile der Sozialversicherungen	2 619	2 596	2 694	3 519	3 826	3 820	-6	-0,2
Rückverteilung Lenkungsabgaben	130	132	576	564	483	356	-128	-26,4
<b>Entschädigungen an Gemeinwesen</b>	<b>785</b>	<b>778</b>	<b>807</b>	<b>856</b>	<b>981</b>	<b>1 099</b>	<b>117</b>	<b>12,0</b>
<b>Beiträge an eigene Institutionen</b>	<b>2 573</b>	<b>2 723</b>	<b>2 850</b>	<b>2 971</b>	<b>3 078</b>	<b>2 909</b>	<b>-169</b>	<b>-5,5</b>

## C02 Aufwand nach Kontengruppen

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Voranschlag 2013	Differenz zu VA 2012 absolut	%
<b>Beiträge an Dritte</b>	<b>12 668</b>	<b>13 279</b>	<b>13 608</b>	<b>14 317</b>	<b>14 883</b>	<b>15 246</b>	<b>363</b>	<b>2,4</b>
Finanzausgleich	2 725	2 808	2 901	3 049	3 102	3 178	76	2,5
Internationale Organisationen	1 482	1 496	1 597	1 762	1 812	1 926	114	6,3
Übrige Beiträge an Dritte	8 461	8 976	9 110	9 506	9 970	10 143	173	1,7
<b>Beiträge an Sozialversicherungen</b>	<b>13 582</b>	<b>14 280</b>	<b>14 493</b>	<b>15 754</b>	<b>15 671</b>	<b>16 038</b>	<b>367</b>	<b>2,3</b>
AHV / IV / ALV	10 524	10 915	11 053	12 126	11 856	12 191	335	2,8
Übrige Sozialversicherungen	3 058	3 365	3 439	3 628	3 815	3 847	32	0,8
<b>Wertberichtigung Investitionsbeiträge</b>	<b>3 861</b>	<b>4 065</b>	<b>4 302</b>	<b>4 160</b>	<b>4 355</b>	<b>4 596</b>	<b>241</b>	<b>5,5</b>
<b>Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen</b>	<b>372</b>	<b>203</b>	<b>259</b>	<b>386</b>	<b>378</b>	<b>432</b>	<b>54</b>	<b>14,2</b>
<b>Finanzaufwand</b>	<b>3 864</b>	<b>3 341</b>	<b>3 299</b>	<b>3 428</b>	<b>2 789</b>	<b>2 307</b>	<b>-482</b>	<b>-17,3</b>
<b>Zinsaufwand</b>	<b>3 334</b>	<b>3 042</b>	<b>2 902</b>	<b>2 669</b>	<b>2 602</b>	<b>2 197</b>	<b>-406</b>	<b>-15,6</b>
Anleihen	2 939	2 785	2 679	2 481	2 314	2 052	-261	-11,3
Geldmarktbuchforderungen	165	9	2	6	79	28	-50	-64,0
Übriger Zinsaufwand	230	248	221	182	210	116	-94	-44,7
<b>Kursverluste</b>	<b>77</b>	<b>26</b>	<b>54</b>	<b>88</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Kapitalbeschaffungsaufwand</b>	<b>134</b>	<b>128</b>	<b>122</b>	<b>116</b>	<b>113</b>	<b>110</b>	<b>-3</b>	<b>-2,9</b>
<b>Abnahme von Equitywerten</b>	<b>7</b>	<b>5</b>	<b>95</b>	<b>440</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Übriger Finanzaufwand</b>	<b>312</b>	<b>140</b>	<b>126</b>	<b>116</b>	<b>73</b>	<b>-</b>	<b>-73</b>	<b>-100,0</b>
<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>63</b>	<b>11</b>	<b>22</b>	<b>27</b>	<b>64</b>	<b>187</b>	<b>123</b>	<b>193,4</b>

**C03 Entwicklung von Ertrag und Aufwand nach Kontengruppen**

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Voranschlag 2013	2008-2013
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>10,4</b>	<b>0,2</b>	<b>-1,0</b>	<b>3,4</b>	<b>-2,6</b>	<b>0,7</b>	<b>0,1</b>
<b>Fiskalertrag</b>	<b>12,0</b>	<b>-2,2</b>	<b>1,7</b>	<b>4,1</b>	<b>-0,3</b>	<b>0,9</b>	<b>0,8</b>
Direkte Bundessteuer	13,8	2,1	0,0	0,0	4,9	1,2	1,6
Verrechnungssteuer	111,0	-8,3	-18,1	37,9	-29,8	14,9	-3,5
Stempelabgaben	-0,5	-5,7	1,8	0,1	-14,4	-10,0	-5,9
Mehrwertsteuer	4,2	-3,3	4,2	4,7	4,2	0,4	2,0
Übrige Verbrauchssteuern	1,9	-3,2	4,4	-3,4	1,3	-0,5	-0,3
Verkehrsabgaben	6,0	-1,1	4,6	5,1	0,0	0,1	1,7
Zölle	-2,2	1,6	4,5	-3,1	1,3	-6,1	-0,4
Verschiedener Fiskalertrag	2,2	-8,1	97,9	-8,3	11,6	-3,0	12,5
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>-3,5</b>	<b>5,1</b>	<b>2,5</b>	<b>1,5</b>	<b>-34,1</b>	<b>-1,8</b>	<b>-6,7</b>
<b>Finanzertrag</b>	<b>-7,7</b>	<b>12,2</b>	<b>-20,5</b>	<b>-12,7</b>	<b>-36,1</b>	<b>-13,9</b>	<b>-15,6</b>
Beteiligungsertrag	-31,9	-37,2	9,3	177,9	-83,5	31,6	-16,1
Zunahme von Equitywerten	-2,9	20,6	-15,5	-31,8	-33,1	3,2	-13,7
Übriger Finanzertrag	-15,9	-3,9	-32,4	45,2	-40,2	-41,4	-19,9
<b>Übriger Ertrag</b>	<b>6,8</b>	<b>46,9</b>	<b>-37,7</b>	<b>4,3</b>	<b>-5,4</b>	<b>5,2</b>	<b>-1,0</b>
Entgelte	8,7	-10,2	-7,0	-5,3	5,2	2,3	-3,2
Verschiedener Ertrag	1,1	233,3	-64,6	26,6	-23,7	12,1	5,0
<b>Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital</b>	<b>-91,3</b>	<b>1 978,9</b>	<b>262,0</b>	<b>31,7</b>	<b>-97,2</b>	<b>24,4</b>	<b>28,4</b>
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>4,2</b>	<b>2,0</b>	<b>2,9</b>	<b>5,5</b>	<b>1,9</b>	<b>1,3</b>	<b>2,7</b>
<b>Eigenaufwand</b>	<b>19,1</b>	<b>4,6</b>	<b>0,9</b>	<b>1,6</b>	<b>4,7</b>	<b>2,3</b>	<b>2,8</b>
Personalaufwand	0,2	6,9	0,2	2,1	7,2	1,9	3,6
Sach- und Betriebsaufwand	16,2	9,5	-1,2	-2,2	8,0	3,1	3,3
Rüstungsaufwand	5,2	-10,9	-8,6	16,2	-10,9	4,1	-2,6
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	183,4	-0,7	12,7	0,9	1,3	0,7	2,9
<b>Transferaufwand</b>	<b>1,6</b>	<b>2,9</b>	<b>3,7</b>	<b>6,7</b>	<b>2,6</b>	<b>1,9</b>	<b>3,6</b>
Anteile Dritter an Bundeserträgen	-14,0	-4,0	8,3	11,0	3,8	-0,5	3,5
Entschädigungen an Gemeinwesen	-17,8	-0,9	3,7	6,1	14,7	12,0	7,0
Beiträge an eigene Institutionen	1,8	5,8	4,7	4,2	3,6	-5,5	2,5
Beiträge an Dritte	30,0	4,8	2,5	5,2	4,0	2,4	3,8
Beiträge an Sozialversicherungen	1,2	5,1	1,5	8,7	-0,5	2,3	3,4
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	-22,3	5,3	5,8	-3,3	4,7	5,5	3,5
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	0,0	-45,3	27,5	49,0	-2,0	14,2	3,1
<b>Finanzaufwand</b>	<b>-3,7</b>	<b>-13,6</b>	<b>-1,2</b>	<b>3,9</b>	<b>-18,7</b>	<b>-17,3</b>	<b>-9,8</b>
Zinsaufwand	-8,3	-8,8	-4,6	-8,1	-2,5	-15,6	-8,0
Abnahme von Equitywerten	-	-15,8	1 632,4	363,9	-100,0	-	-100,0
Übriger Finanzaufwand	38,3	-43,9	2,9	5,9	-41,7	-41,0	-26,8
<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>-36,2</b>	<b>-82,1</b>	<b>97,3</b>	<b>22,1</b>	<b>136,0</b>	<b>193,4</b>	<b>24,4</b>

#### C04 Struktur von Ertrag und Aufwand nach Kontengruppen

% Anteil am ordentlichen Ertrag / Aufwand	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Voranschlag 2013
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Fiskalertrag</b>	<b>90,6</b>	<b>88,5</b>	<b>90,9</b>	<b>91,5</b>	<b>93,6</b>	<b>93,9</b>
Direkte Bundessteuer	27,3	27,9	28,2	27,2	29,3	29,5
Verrechnungssteuer	9,0	8,2	6,8	9,1	6,5	7,5
Stempelabgaben	4,6	4,4	4,5	4,3	3,8	3,4
Mehrwertsteuer	32,0	30,9	32,5	32,9	35,2	35,1
Übrige Verbrauchssteuern	11,7	11,3	12,0	11,2	11,6	11,5
Verkehrsabgaben	3,3	3,3	3,5	3,5	3,6	3,6
Zölle	1,6	1,6	1,7	1,6	1,7	1,5
Verschiedener Fiskalertrag	1,0	0,9	1,8	1,6	1,8	1,7
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>2,0</b>	<b>2,1</b>	<b>2,2</b>	<b>2,1</b>	<b>1,4</b>	<b>1,4</b>
<b>Finanzertrag</b>	<b>4,3</b>	<b>4,8</b>	<b>3,9</b>	<b>3,3</b>	<b>2,1</b>	<b>1,8</b>
Beteiligungsertrag	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zunahme von Equitywerten	2,8	3,4	2,9	1,9	1,3	1,3
Übriger Finanzertrag	1,5	1,4	1,0	1,3	0,8	0,5
<b>Übriger Ertrag</b>	<b>3,1</b>	<b>4,5</b>	<b>2,8</b>	<b>2,9</b>	<b>2,8</b>	<b>2,9</b>
Entgelte	2,4	2,1	2,0	1,8	2,0	2,0
Verschiedener Ertrag	0,7	2,4	0,9	1,0	0,8	0,9
<b>Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital</b>	<b>0,0</b>	<b>0,1</b>	<b>0,2</b>	<b>0,3</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Eigenaufwand</b>	<b>20,2</b>	<b>20,7</b>	<b>20,3</b>	<b>19,5</b>	<b>20,0</b>	<b>20,2</b>
Personalaufwand	8,0	8,3	8,1	7,9	8,3	8,3
Sach- und Betriebsaufwand	6,6	7,1	6,9	6,4	6,7	6,8
Rüstungsaufwand	2,2	1,9	1,7	1,9	1,6	1,7
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	3,4	3,3	3,6	3,4	3,4	3,4
<b>Transferaufwand</b>	<b>72,9</b>	<b>73,5</b>	<b>74,1</b>	<b>75,0</b>	<b>75,5</b>	<b>75,9</b>
Anteile Dritter an Bundeserträgen	13,1	12,3	13,0	13,6	13,9	13,6
Entschädigungen an Gemeinwesen	1,4	1,3	1,4	1,4	1,5	1,7
Beiträge an eigene Institutionen	4,5	4,7	4,8	4,7	4,8	4,5
Beiträge an Dritte	22,4	23,0	22,9	22,8	23,3	23,6
Beiträge an Sozialversicherungen	24,0	24,7	24,4	25,1	24,5	24,8
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	6,8	7,0	7,2	6,6	6,8	7,1
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	0,7	0,4	0,4	0,6	0,6	0,7
<b>Finanzaufwand</b>	<b>6,8</b>	<b>5,8</b>	<b>5,6</b>	<b>5,5</b>	<b>4,4</b>	<b>3,6</b>
Zinsaufwand	5,9	5,3	4,9	4,3	4,1	3,4
Abnahme von Equitywerten	0,0	0,0	0,2	0,7	–	–
Übriger Finanzaufwand	0,9	0,5	0,5	0,5	0,3	0,2
<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>0,1</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,1</b>	<b>0,3</b>

**C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2013**

Mio. CHF	Total Voranschlag 2013	B+G	EDA	EDI	EJPD	VBS	EFD	EVD	UVEK
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>64 435</b>	<b>22</b>	<b>47</b>	<b>107</b>	<b>498</b>	<b>140</b>	<b>63 019</b>	<b>327</b>	<b>274</b>
<b>Fiskalertrag</b>	<b>60 474</b>	–	–	–	<b>380</b>	–	<b>59 998</b>	<b>3</b>	<b>93</b>
Direkte Bundessteuer	18 993	–	–	–	–	–	18 993	–	–
Verrechnungssteuer	4 811	–	–	–	–	–	4 811	–	–
Stempelabgaben	2 200	–	–	–	–	–	2 200	–	–
Mehrwertsteuer	22 630	–	–	–	–	–	22 630	–	–
Übrige Verbrauchssteuern	7 398	–	–	–	–	–	7 398	–	–
Verkehrsabgaben	2 326	–	–	–	–	–	2 326	–	–
Zölle	995	–	–	–	–	–	995	–	–
Verschiedener Fiskalertrag	1 121	–	–	–	380	–	645	3	93
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>908</b>	–	–	–	–	–	<b>672</b>	<b>203</b>	<b>33</b>
<b>Finanzertrag</b>	<b>1 175</b>	<b>0</b>	–	<b>1</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>1 148</b>	<b>25</b>	<b>1</b>
Beteiligungsertrag	0	–	–	–	–	–	0	0	0
Zunahme von Equitywerten	867	–	–	–	–	–	867	–	–
Übriger Finanzertrag	308	0	–	1	0	0	281	25	1
<b>Übriger Ertrag</b>	<b>1 871</b>	<b>22</b>	<b>47</b>	<b>106</b>	<b>118</b>	<b>140</b>	<b>1 195</b>	<b>96</b>	<b>147</b>
Entgelte	1 282	21	46	104	98	69	787	81	76
Verschiedener Ertrag	589	1	0	2	21	70	408	15	71
<b>Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital</b>	<b>6</b>	–	–	–	–	–	<b>6</b>	–	–
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>64 735</b>	<b>386</b>	<b>2 843</b>	<b>21 372</b>	<b>2 163</b>	<b>5 087</b>	<b>16 291</b>	<b>6 582</b>	<b>10 009</b>
<b>Eigenaufwand</b>	<b>13 094</b>	<b>386</b>	<b>726</b>	<b>554</b>	<b>638</b>	<b>4 863</b>	<b>2 823</b>	<b>522</b>	<b>2 582</b>
Personalaufwand	5 376	314	543	335	378	1 659	1 418	355	374
Sach- und Betriebsaufwand	4 433	72	178	213	220	1 861	1 012	156	721
Rüstungsaufwand	1 079	–	–	–	–	1 079	–	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	2 206	1	5	5	40	265	392	11	1 487
<b>Transferaufwand</b>	<b>49 147</b>	–	<b>2 117</b>	<b>20 818</b>	<b>1 525</b>	<b>224</b>	<b>10 976</b>	<b>6 060</b>	<b>7 426</b>
Anteile Dritter an Bundeserträgen	8 826	–	–	–	376	–	7 721	–	729
Entschädigungen an Gemeinwesen	1 099	–	–	35	944	80	–	6	35
Beiträge an eigene Institutionen	2 909	–	–	2 429	27	–	–	40	414
Beiträge an Dritte	15 246	–	2 094	2 662	154	137	3 256	5 384	1 559
Beiträge an Sozialversicherungen	16 038	–	–	15 596	–	–	–	442	–
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 596	–	–	96	25	8	–	136	4 331
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	432	–	23	–	–	–	–	52	357
<b>Finanzaufwand</b>	<b>2 307</b>	–	–	–	–	<b>0</b>	<b>2 306</b>	–	<b>1</b>
Zinsaufwand	2 197	–	–	–	–	0	2 196	–	1
Übriger Finanzaufwand	110	–	–	–	–	–	110	–	–
<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>187</b>	–	–	–	–	–	<b>187</b>	–	–

**C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2012**

Mio. CHF	Total Voranschlag 2012	B+G	EDA	EDI	EJPD	VBS	efd	EVD	UVEK
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>63 988</b>	<b>22</b>	<b>46</b>	<b>103</b>	<b>523</b>	<b>135</b>	<b>62 673</b>	<b>314</b>	<b>172</b>
<b>Fiskalertrag</b>	<b>59 914</b>	–	–	–	<b>395</b>	–	<b>59 483</b>	–	<b>36</b>
Direkte Bundessteuer	18 759	–	–	–	–	–	18 759	–	–
Verrechnungssteuer	4 186	–	–	–	–	–	4 186	–	–
Stempelabgaben	2 445	–	–	–	–	–	2 445	–	–
Mehrwertsteuer	22 550	–	–	–	–	–	22 550	–	–
Übrige Verbrauchssteuern	7 435	–	–	–	–	–	7 435	–	–
Verkehrsabgaben	2 323	–	–	–	–	–	2 323	–	–
Zölle	1 060	–	–	–	–	–	1 060	–	–
Verschiedener Fiskalertrag	1 156	–	–	–	395	–	725	–	36
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>925</b>	–	–	–	–	–	<b>695</b>	<b>196</b>	<b>34</b>
<b>Finanzertrag</b>	<b>1 365</b>	<b>0</b>	–	<b>1</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>1 331</b>	<b>32</b>	<b>1</b>
Beteiligungsertrag	0	–	–	–	–	–	0	0	0
Zunahme von Equitywerten	840	–	–	–	–	–	840	–	–
Übriger Finanzertrag	525	0	–	1	0	0	491	32	1
<b>Übriger Ertrag</b>	<b>1 779</b>	<b>22</b>	<b>46</b>	<b>102</b>	<b>128</b>	<b>135</b>	<b>1 159</b>	<b>86</b>	<b>102</b>
Entgelte	1 253	22	46	101	107	65	760	74	79
Verschiedener Ertrag	526	0	0	1	21	70	398	12	23
<b>Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital</b>	<b>5</b>	–	–	–	–	–	<b>5</b>	–	–
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>63 878</b>	<b>377</b>	<b>2 702</b>	<b>20 895</b>	<b>1 992</b>	<b>5 020</b>	<b>16 369</b>	<b>6 542</b>	<b>9 981</b>
<b>Eigenaufwand</b>	<b>12 804</b>	<b>377</b>	<b>714</b>	<b>556</b>	<b>613</b>	<b>4 801</b>	<b>2 708</b>	<b>504</b>	<b>2 530</b>
Personalaufwand	5 278	304	533	337	389	1 648	1 366	343	356
Sach- und Betriebsaufwand	4 300	72	173	213	179	1 861	963	150	689
Rüstungsaufwand	1 037	–	–	–	–	1 037	–	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	2 190	1	8	6	46	255	379	11	1 484
<b>Transferaufwand</b>	<b>48 221</b>	–	<b>1 988</b>	<b>20 339</b>	<b>1 379</b>	<b>219</b>	<b>10 809</b>	<b>6 038</b>	<b>7 449</b>
Anteile Dritter an Bundeserträgen	8 874	–	–	–	381	–	7 630	–	863
Entschädigungen an Gemeinwesen	981	–	–	34	836	74	–	3	34
Beiträge an eigene Institutionen	3 078	–	–	2 415	–	–	–	33	630
Beiträge an Dritte	14 883	–	1 965	2 561	143	139	3 180	5 339	1 556
Beiträge an Sozialversicherungen	15 671	–	–	15 236	–	–	–	435	–
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 355	–	–	93	19	6	–	143	4 094
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	378	–	22	–	–	–	–	84	272
<b>Finanzaufwand</b>	<b>2 789</b>	–	–	–	–	<b>0</b>	<b>2 788</b>	–	<b>1</b>
Zinsaufwand	2 602	–	–	–	–	0	2 601	–	1
Übriger Finanzaufwand	186	–	–	–	–	–	186	–	–
<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>64</b>	–	–	–	–	–	<b>64</b>	–	–